

Fünf Jahre sandinistische Revolution in Nicaragua

Solidarische Zwischenbilanz

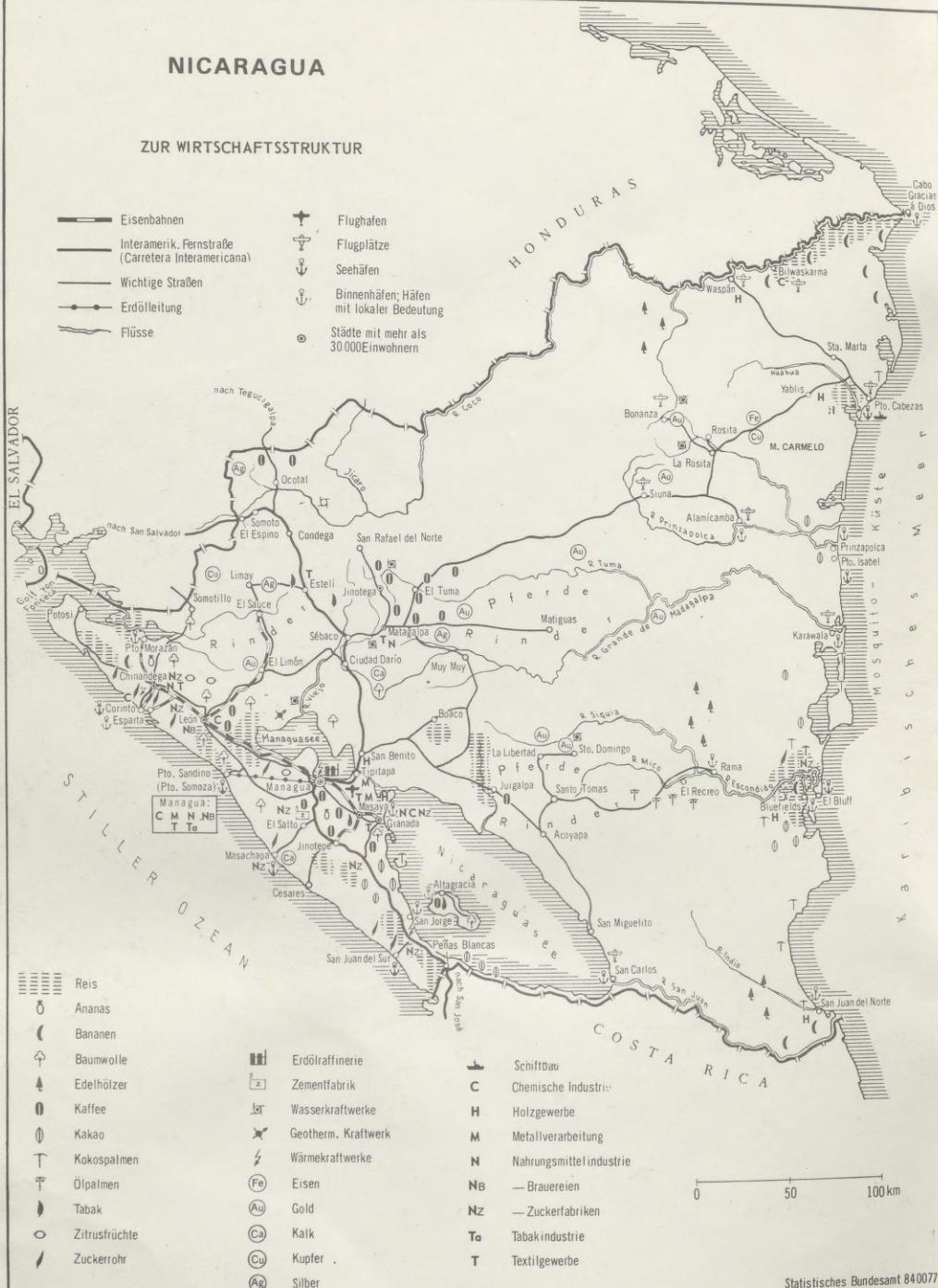


Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e. V., Wuppertal

Edition Nahua

NICARAGUA

ZUR WIRTSCHAFTSSTRUKTUR



Bert Strebe

Fünf Jahre sandinistische Revolution in Nicaragua

Eine solidarische Zwischenbilanz

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e. V., Wuppertal

Edition Nahua

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Veröffentlichung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Veröffentlichung nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fotos für die Umschlagseiten: Cordelia Dilg

1. Auflage 1984

Alle Rechte vorbehalten
Edition Nahua

Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH
und
Informationsbüro Nicaragua e. V.
Postfach 10 13 20
5600 Wuppertal 1
Tel.: 02 02 - 76 05 27

Für weiterführende Literatur, Informationen zu Projekten des Wiederaufbaus
in Nicaragua und Solidaritätsarbeit in der BRD und Berlin-West bitte
Anfragen an Verlag bzw. Informationsbüro richten.

Gesamtherstellung
Plambeck & Co, Neuss

Inhalt

| | |
|--|----|
| Vorwort | |
| Fragen, die uns bewegen | 5 |
| 19. Juli 1979: Aus Nicaragua war <i>Nicaragua libre</i> geworden | 9 |
| 19. Juli 1984: Der Erfolg kann sich sehen lassen | 19 |
| Aber die Zeichen stehen auf Sturm . . . | 31 |
| Die Revolution achtet die Religion | 53 |
| Tasba Pri – „Freies Land“ Wiedergutmachung für die Miskitos | 59 |
| Demokratie heißt Partizipation | 69 |
| Die Bundesregierung boykottiert den Wiederaufbau des freien Nicaragua | 77 |
| Die Solidarität mit Nicaragua wächst – und sie wird immer lauter | 83 |
| Anhang | 90 |

Vorwort Fragen, die uns bewegen

| | |
|---|-----|
| 1. Januar 1981: Die neue Verfassung wird in Kraft gesetzt | 1 |
| 1. Januar 1982: Der neue Präsident ist gewählt | 2 |
| 1. Januar 1983: Der neue Staatsoberhaupt ist vereidigt | 3 |
| 1. Januar 1984: Der neue Präsident ist vereidigt | 4 |
| 1. Januar 1985: Der neue Präsident ist vereidigt | 5 |
| 1. Januar 1986: Der neue Präsident ist vereidigt | 6 |
| 1. Januar 1987: Der neue Präsident ist vereidigt | 7 |
| 1. Januar 1988: Der neue Präsident ist vereidigt | 8 |
| 1. Januar 1989: Der neue Präsident ist vereidigt | 9 |
| 1. Januar 1990: Der neue Präsident ist vereidigt | 10 |
| 1. Januar 1991: Der neue Präsident ist vereidigt | 11 |
| 1. Januar 1992: Der neue Präsident ist vereidigt | 12 |
| 1. Januar 1993: Der neue Präsident ist vereidigt | 13 |
| 1. Januar 1994: Der neue Präsident ist vereidigt | 14 |
| 1. Januar 1995: Der neue Präsident ist vereidigt | 15 |
| 1. Januar 1996: Der neue Präsident ist vereidigt | 16 |
| 1. Januar 1997: Der neue Präsident ist vereidigt | 17 |
| 1. Januar 1998: Der neue Präsident ist vereidigt | 18 |
| 1. Januar 1999: Der neue Präsident ist vereidigt | 19 |
| 1. Januar 2000: Der neue Präsident ist vereidigt | 20 |
| 1. Januar 2001: Der neue Präsident ist vereidigt | 21 |
| 1. Januar 2002: Der neue Präsident ist vereidigt | 22 |
| 1. Januar 2003: Der neue Präsident ist vereidigt | 23 |
| 1. Januar 2004: Der neue Präsident ist vereidigt | 24 |
| 1. Januar 2005: Der neue Präsident ist vereidigt | 25 |
| 1. Januar 2006: Der neue Präsident ist vereidigt | 26 |
| 1. Januar 2007: Der neue Präsident ist vereidigt | 27 |
| 1. Januar 2008: Der neue Präsident ist vereidigt | 28 |
| 1. Januar 2009: Der neue Präsident ist vereidigt | 29 |
| 1. Januar 2010: Der neue Präsident ist vereidigt | 30 |
| 1. Januar 2011: Der neue Präsident ist vereidigt | 31 |
| 1. Januar 2012: Der neue Präsident ist vereidigt | 32 |
| 1. Januar 2013: Der neue Präsident ist vereidigt | 33 |
| 1. Januar 2014: Der neue Präsident ist vereidigt | 34 |
| 1. Januar 2015: Der neue Präsident ist vereidigt | 35 |
| 1. Januar 2016: Der neue Präsident ist vereidigt | 36 |
| 1. Januar 2017: Der neue Präsident ist vereidigt | 37 |
| 1. Januar 2018: Der neue Präsident ist vereidigt | 38 |
| 1. Januar 2019: Der neue Präsident ist vereidigt | 39 |
| 1. Januar 2020: Der neue Präsident ist vereidigt | 40 |
| 1. Januar 2021: Der neue Präsident ist vereidigt | 41 |
| 1. Januar 2022: Der neue Präsident ist vereidigt | 42 |
| 1. Januar 2023: Der neue Präsident ist vereidigt | 43 |
| 1. Januar 2024: Der neue Präsident ist vereidigt | 44 |
| 1. Januar 2025: Der neue Präsident ist vereidigt | 45 |
| 1. Januar 2026: Der neue Präsident ist vereidigt | 46 |
| 1. Januar 2027: Der neue Präsident ist vereidigt | 47 |
| 1. Januar 2028: Der neue Präsident ist vereidigt | 48 |
| 1. Januar 2029: Der neue Präsident ist vereidigt | 49 |
| 1. Januar 2030: Der neue Präsident ist vereidigt | 50 |
| 1. Januar 2031: Der neue Präsident ist vereidigt | 51 |
| 1. Januar 2032: Der neue Präsident ist vereidigt | 52 |
| 1. Januar 2033: Der neue Präsident ist vereidigt | 53 |
| 1. Januar 2034: Der neue Präsident ist vereidigt | 54 |
| 1. Januar 2035: Der neue Präsident ist vereidigt | 55 |
| 1. Januar 2036: Der neue Präsident ist vereidigt | 56 |
| 1. Januar 2037: Der neue Präsident ist vereidigt | 57 |
| 1. Januar 2038: Der neue Präsident ist vereidigt | 58 |
| 1. Januar 2039: Der neue Präsident ist vereidigt | 59 |
| 1. Januar 2040: Der neue Präsident ist vereidigt | 60 |
| 1. Januar 2041: Der neue Präsident ist vereidigt | 61 |
| 1. Januar 2042: Der neue Präsident ist vereidigt | 62 |
| 1. Januar 2043: Der neue Präsident ist vereidigt | 63 |
| 1. Januar 2044: Der neue Präsident ist vereidigt | 64 |
| 1. Januar 2045: Der neue Präsident ist vereidigt | 65 |
| 1. Januar 2046: Der neue Präsident ist vereidigt | 66 |
| 1. Januar 2047: Der neue Präsident ist vereidigt | 67 |
| 1. Januar 2048: Der neue Präsident ist vereidigt | 68 |
| 1. Januar 2049: Der neue Präsident ist vereidigt | 69 |
| 1. Januar 2050: Der neue Präsident ist vereidigt | 70 |
| 1. Januar 2051: Der neue Präsident ist vereidigt | 71 |
| 1. Januar 2052: Der neue Präsident ist vereidigt | 72 |
| 1. Januar 2053: Der neue Präsident ist vereidigt | 73 |
| 1. Januar 2054: Der neue Präsident ist vereidigt | 74 |
| 1. Januar 2055: Der neue Präsident ist vereidigt | 75 |
| 1. Januar 2056: Der neue Präsident ist vereidigt | 76 |
| 1. Januar 2057: Der neue Präsident ist vereidigt | 77 |
| 1. Januar 2058: Der neue Präsident ist vereidigt | 78 |
| 1. Januar 2059: Der neue Präsident ist vereidigt | 79 |
| 1. Januar 2060: Der neue Präsident ist vereidigt | 80 |
| 1. Januar 2061: Der neue Präsident ist vereidigt | 81 |
| 1. Januar 2062: Der neue Präsident ist vereidigt | 82 |
| 1. Januar 2063: Der neue Präsident ist vereidigt | 83 |
| 1. Januar 2064: Der neue Präsident ist vereidigt | 84 |
| 1. Januar 2065: Der neue Präsident ist vereidigt | 85 |
| 1. Januar 2066: Der neue Präsident ist vereidigt | 86 |
| 1. Januar 2067: Der neue Präsident ist vereidigt | 87 |
| 1. Januar 2068: Der neue Präsident ist vereidigt | 88 |
| 1. Januar 2069: Der neue Präsident ist vereidigt | 89 |
| 1. Januar 2070: Der neue Präsident ist vereidigt | 90 |
| 1. Januar 2071: Der neue Präsident ist vereidigt | 91 |
| 1. Januar 2072: Der neue Präsident ist vereidigt | 92 |
| 1. Januar 2073: Der neue Präsident ist vereidigt | 93 |
| 1. Januar 2074: Der neue Präsident ist vereidigt | 94 |
| 1. Januar 2075: Der neue Präsident ist vereidigt | 95 |
| 1. Januar 2076: Der neue Präsident ist vereidigt | 96 |
| 1. Januar 2077: Der neue Präsident ist vereidigt | 97 |
| 1. Januar 2078: Der neue Präsident ist vereidigt | 98 |
| 1. Januar 2079: Der neue Präsident ist vereidigt | 99 |
| 1. Januar 2080: Der neue Präsident ist vereidigt | 100 |

Die Zeit der sozialen und politischen Minderheiten oder der angeblich bedrohte Klientelbeziehungen ist vorbei. Die Durchführung von Wahlen oder die Amtseinführung eines Präsidenten sollte die Freiheit zur freien und fairen Meinungs- und Meinungsausübung garantieren. Aber es kann nicht mehr davon ausgehen, dass die Meinungsfreiheit und Meinungsausübung gewahrt werden. In die Wege geleitet, ihre Erfolge müssen aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden. Die Zeit reicht ebenfalls, um die sozialen und politischen Transformationen zu erneutern.

In der Zwischenzeit wird seit etwa einem Jahr (Ende 1983) – zunächst mit der sozialen und politischen Gefahr – wieder stärker über Nichtigen diskutiert. Wiederum in den letzten zwei Revolutionen die Alphabettisierung und Literarisierung erhoben, die großen Interessen auf sich ragen, und in einer Art von Praktiken verankerten, so findet auch einer hier, der zentralen Rolle andere Formen, wie lassen sich die Offenmarkten heute zusammenführen?

Gibt es den sozialen und politischen Minderheiten oder den angeblich bedrohten Klientelbeziehungen eine Zukunft? Es kann nur die Durchführung von Wahlen oder die Amtseinführung eines Präsidenten sein, die die Meinungs- und Meinungsausübung garantieren. Aber es kann nicht mehr davon ausgehen, dass die Meinungsfreiheit und Meinungsausübung gewahrt werden. In die Wege geleitet, ihre Erfolge müssen aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden. Die Zeit reicht ebenfalls, um die sozialen und politischen Transformationen zu erneutern.

Die sozialen und politischen Minderheiten oder die angeblich bedrohten Klientelbeziehungen sind in die Meinungs- und Meinungsausübung einzubringen. Das wird dem Land zu wichtig sein, um daran zu zweifeln, dass die neuen Präsidenten in Norwegen zu einer guten und freien und fairen Meinungs- und Meinungsausübung zu kommen. Die sozialen und politischen Kräfte im Süden und Norden unterstützen werden, um die sozialen und politischen Transformationen zu erneutern, wobei es

FÜNF JAHRE NACH DEM TRIUMPHALEN EINZUG DER SANDINISTischen Befreiungskämpfer in Managua am 19. Juli 1979 ist es angebracht, eine Bilanz der kurzen Geschichte der nicaraguanischen Revolution zu ziehen. Dies jedoch nicht etwa, weil die Sandinisten oder die Herausgeber dieser Broschüre in „Fünfjahresplänen“ denken, sondern um anlässlich des 5. Jahrestages der Revolution dem zunehmenden Bedürfnis nach einer Basisinformation über die Situation, über die Erfolge, über die Probleme und Widersprüche eines tiefgreifenden Umwälzungsprozesses entgegenzukommen.

Fünf Jahre: auf der einen Seite eine Menge Zeit, um spektakuläre Veränderungen im Überbau durchzuführen, so etwa die Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit, Ersetzung der Nationalgarde durch ein Volksheer, Durchführung von Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen, Aufbau der Gewerkschaftsbewegung und der Massenorganisationen, Einführung eines Volksbildungssystems und ähnliches.

Fünf Jahre: auf der anderen Seite aber viel zu kurz für einen grundsätzlichen Strukturwandel des Wirtschaftssystems, wie er von den Sandinisten angestrebt wird und dringend nötig ist. Erste Maßnahmen wie Agrarreform, Landverteilung, Aufbau eines volkseigenen Sektors, Entwicklung der Agroindustrie und der Kooperativenbewegung wurden in die Wege geleitet; ihre Erfolge lassen sich nicht innerhalb von fünf Jahren bilanzieren. Die Zeit reicht allenfalls, um die Tendenzen der ökonomischen Transformation zu erkennen.

In der Bundesrepublik wird seit etwa einem Jahr (Ende 1983) – zeitgleich mit der zunehmenden Interventionsgefahr – wieder stärker über Nicaragua diskutiert. Waren es in den ersten zwei Revolutionsjahren die Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen, die großes Interesse auf sich zogen, und in einer Flut von Publikationen mündeten, so sind es nach einer Phase der relativen Ruhe andere Themen, mit denen sich die Öffentlichkeit heute auseinander setzt.

Ob es der neu eingeführte Militärdienst oder die angeblich bedrohte Religionsfreiheit ist, ob es um die Durchführung von Wahlen oder die Miskito-Indianer geht: die Taktik der konzentrierten Medienpolitik der Herrschenden und ihrer Agenturen ist – bis auf Abstufungen – immer die Gleiche. Da wird dem Leser zu verstehen gegeben, daß die soziale Revolution in Nicaragua „an sich“ ja etwas gutes sei, weshalb sie immer von allen „demokratischen“ Kräften im In- und Ausland unterstützt worden wäre, nur daß sie inzwischen von den Sandino-kommunistischen *Comandantes* verraten wurde, welche in

bekannter marxistisch-leninistischer Weise alle anderen gesellschaftlichen Gruppen von der Macht ausschließen bzw. sogar unterdrücken (wobei der Leser möglichst vergessen soll, daß die US-Regierung seinerzeit in „demokratischer“ konzertierter Aktion mit dem nicaraguanischen Bürgertum bis zum letzten Tag der Diktatur versuchte, einen Somozismus ohne Somoza zu installieren, um den Triumph der Revolution zu verhindern).

Man ist so pluralistisch, es jedem Demokraten selbst zu überlassen, welche Konsequenz er aus der ihm dargebotenen Information zieht. Um bei den Miskito-Indios zu bleiben: da wird nicht etwa von der liberalen oder intellektuellen Öffentlichkeit (oder gar der Solidaritätsbewegung) erwartet, daß sie in Nicaragua interveniert, oder von der US-Regierung, daß sie aus der neu gewonnenen Erkenntnis heraus ihre eigenen Indianer- und Minderheitenpolitik ändert. Nein, eher umgekehrt: die Solidaritätsbewegung, die ihr Herz auch bei den Indios hat, soll zu einer kritischen werden (besser noch: von der Solidarität zu den Sandinisten ablassen) und die USA wird intervenieren.

Leider ist die Solidaritätsbewegung (noch?) nicht so stark, um losgelöst von den politischen Konjunkturen der ihr aufgezwungenen Öffentlichkeitskampagnen eigene Akzente zu setzen, und so diskutieren wir fleißig mit: können wir den obligatorischen Militärdienst in Nicaragua akzeptieren, obwohl wir in der Bundesrepublik für die Verweigerung aus Gewissens- (und anderen) Gründen eintreten? Gibt es nicht trotz Teilnahme von Priestern in der Regierung Unterdrückung von Religionsfreiheit? Wir verwenden viel Energie, um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß die Wahlen in Nicaragua wirklich frei und ohne Wahlbetrug ablaufen, sind uns aber selber nicht im klaren, ob diese Wahlen im sandinistischen (oder auch in unserem eigenen) Demokratiekonzept ein Schritt vor oder einer zurück sind.

Dieses sind Fragen, die *uns* bewegen, mit denen *wir* konfrontiert werden, sie widerspiegeln *unsere* Rezeption der sandinistischen Revolution. In Nicaragua werden diese Fragen anders diskutiert (so gibt es dort z. B. keine Tradition der Gewissensverweigerung) und es werden andere Fragen diskutiert.

Die handgreiflichen Probleme des nicaraguanischen Alltags (und die finden in der Bundesrepublik kaum Resonanz) sind die täglichen Überfälle der *Contras*, sind Probleme der Agrarreform, der Lebensmittelversorgung, der Preiskontrolle und der Aufbau neuer Binnenhandelskanäle. Eine Broschüre über „Fünf Jahre sandinistische Revolution in Nicaragua“ muß Basisinformationen über die Situation in Nicaragua bringen und dabei die Fragen aus der hiesigen Perspektive in einen Gesamtrahmen stellen. Der Leser und die Bewegung bleiben aufgefordert, auf dieser Informationsgrundlage selbst zu Einschätzungen, Stellungnahmen, Standpunkten zu kommen, um daraus das eigene Handeln abzuleiten. Es wird von uns erwartet!

Informationsbüro Nicaragua e. V., Wuppertal

19. Juli 1979 Aus Nicaragua war *Nicaragua libre* geworden

Rosa Hernández

Rosa Hernández hat sechs Kinder
weil Gott ihr nicht mehr gab
sie zog sie auf bis zum Alter
in dem der Indio zu arbeiten beginnt.
Unverblümt sagte sie ihnen
daß sie eines Tages fortgehen müßten
um der Stimme des Volkes zu gehorchen
die alle zum Kampf ruft.

Rosa ist 60 Jahre
die Haare weiß und die Söhne im Kampf
doch, sagt sie, fließt in meinen Adern
noch das Blut, das mir Sandino vermachte.

Rosa ist 60 Jahre
die Haare weiß und die Blicke grau
doch, sagt sie, fließt in meinen Adern
noch Blut, um auf den Barrikaden zu kämpfen.

Rosa Hernández ging nie zur Schule
doch auf dem Antlitz ihres Volkes
lernte sie in seinem Hunger das Leid lesen
die harten Ketten der Ausbeutung.
Doch Rosa Hernández weiß, daß schon bald
die Trauer endet und die Unterdrückung
weil das Volk aufgestanden ist
und für seine Freiheit kämpft . . .

Enrique Mejía Godoy

DIE BUNDESDEUTSCHE PRESSE HAT IHRE SCHWIERIGKEITEN mit den Schubladen, in die sie das sandinistische Nicaragua stecken will: „Linksregime“ ist wohl der am häufigsten verwendete Ausdruck, gefolgt von der „marxistisch-sandinistischen Junta“. Die größte Schublade hatte 1982 die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit dem „totalitären Staat“ des „Sandinismus-Leninismus-Castroismus“ geöffnet. Womit sie ihren Lesern jedoch nicht erklärt hatte, was Sandinismus ist.

Das ist auch nicht so einfach. Die *Frente Sandinista de Liberación Nacional* (FSLN) knüpfte bei ihrer Namensgebung an historische Prozesse an, an die nationalistische, anti-imperialistische, soziale Haltung einer Gruppe von Leuten um den General Augusto César Sandino.

Der Mann, dem die FSLN ihren Namen verdankt, wurde geboren, als der Proletarisierungsprozeß Nicaraguas gerade richtig in Gang gekommen war. Als Augusto César Sandino am 18. Mai 1895 zur Welt kam, herrschte in Nicaragua Präsident José Zelaya, der zum ersten Mal eine exportorientierte Kaffee-, Bananen- und Zuckerproduktion aufbauen ließ. In der Folge wurde es für die Großgrundbesitzer immer wichtiger, kostengünstig zu arbeiten, die *Patrones* verloren die Funktion, neben ihrer eigenen Bereicherung zumindest auch das Auskommen der Menschen auf ihren Ländereien sicherzustellen. Für den Plantagenanbau benötigte man große Flächen, Bauern wurden von ihren Feldern vertrieben und ihrer Existenzgrundlage beraubt. Um zu überleben, mußten sie sich gegen geringen Lohn bei Konzernen und Großgrundbesitzern als Landarbeiter verdingen.

Zu dem Zeitpunkt hatte das nicaraguanische Volk schon drei Jahrhunderte Unterdrückung hinter sich. Der erste Despot war *Don Pedro Arias de Avila Pedrarias* gewesen, der zur Zeit der spanischen *Conquista* das Land beherrschte. Nach der Unabhängigkeit von Spanien im Jahre 1821 stritten sich Liberale und Konservative um die Macht, was 1855 zur ersten direkten Einmischung von US-amerikanischer Seite führte: ein gewisser William Walker aus den Südstaaten leistete den Liberalen brüderliche Hilfe, wurde Präsident Nicaraguas und führte die Sklaverei wieder ein. Wie wenig die staatliche Souveränität mit Unabhängigkeit zu tun hatte, war schon fünf Jahre zuvor deutlich geworden. 1850 hatten sich USA und Großbritannien vertraglich das Recht geteilt, einen Kanal durch Nicaragua zu bauen. England war Kolonialmacht an der Atlantikküste.

1909, kurz bevor Augusto César Sandino das Haus seines Vaters verließ,

griffen die USA erneut ein. Präsident Zelaya hatte sich den Kanalbauplänen Washingtons widersetzt, worauf es in Bluefields an der *Costa Atlantica* zu einer Meuterei kam. Gefördert wurde der Aufstand von Angestellten der US-Firma *La Luz and Los Angeles Mining Company*, einer der Teilhaber: US-Außenminister Knox. 1910 kam mit Adolfo Díaz ein ehemaliger Manager der Bergbaugesellschaft an die Macht.

Zwei Jahre später waren die US-Truppen wieder da, weil Präsident Díaz sich eines gegen ihn gerichteten Aufstandes nicht allein erwehren konnte. Zeuge bei einem der folgenden Gemetzel wurde in Masaya der 17jährige Sandino. Das, schrieb er später, „öffnete mir die Augen für unsere Situation angesichts dieses nordamerikanischen Freibeutertums.“

Das Freibeutertum ging weiter. Nachdem die USA den Aufstand gegen Díaz unter Einsatz von 2 700 *marines* niedergeschlagen hatten, forderte dieser vom Kongreß eine Verfassungsänderung mit dem Ziel, den Vereinigten Staaten ein generelles Eingriffsrecht in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas zu gestatten. Am 5. August 1914 unterzeichneten US-Außenminister Bryan und Nicaragua Botschafter in Washington, Chamorro, ein Abkommen, das den USA völlige Steuerfreiheit garantierte, das alleinige Recht auf den Bau eines Kanals durch Nicaragua zugestand und die Einrichtung von nordamerikanischen Marinestützpunkten festlegte. Die Gegenleistung Washingtons: ganze drei Millionen Dollar, die nie ausgezahlt wurden. Nicaragua war abhängig von den USA, erniedrigt durch die USA, eine Kolonie der USA.

Zwei Jahre zuvor hatte US-Präsident Taft einen konkreten Besitzanspruch auf Mittelamerika angemeldet, schließlich gehörte die Region den Vereinigten Staaten „dank unserer rassischen Überlegenheit moralisch schon jetzt“. Es war die Zeit, in der der Begriff „Bananenrepubliken“ geboren wurde. Zentralamerika entwickelte sich zur Spielwiese US-amerikanischen Kapitals – darunter die *United Fruit Company* –, das unter dem Schutz der *marines* nach Guttücken schalten und walten konnte: Wehrten sich Arbeiter gegen die Ausbeutung, wurden sie einfach erschossen.

Augusto César Sandino hatte in dieser Zeit persönliche Schwierigkeiten. Nachdem er eine Weile im Süden des Landes als Mechaniker gearbeitet hatte, kehrte er mit 25 Jahren in seinen Heimatort Niquinohomo im *Departamento* Masaya zurück, um seine Cousine María Mercedes zu heiraten. Während der Trauung aber beschuldigte ihn der Bruder einer Witwe, mit seiner Schwester ein Verhältnis gehabt zu haben. Es kam zum Kampf, Sandino verletzte den Mann und floh.

In Honduras arbeitete er drei Jahre als Lagerverwalter, dann in Guatemala auf den Bananenplantagen der *United Fruit*. Schließlich ging Sandino nach Mexiko, wo er sich zunächst in Tampico und später in Veracruz bei Erdölgesellschaften seinen Lebensunterhalt verdiente und erste Erfahrungen mit gewerkschaftlichen Kämpfen machte.

Am 15. Mai 1926 trat Sandino die Rückreise an. Als er sich einschiffte, fragte ihn ein betrunkener Mexikaner, warum er weg wolle, die Nicaraguaner seien doch eine einzige Horde von Vaterlandsverrättern. Sandino notierte dazu: „Es stimmt, seit dem Abkommen Bryan-Chamorro werden wir überall als Vaterlandsverräter bezeichnet.“

Der junge Mann beschloß, konkret gegen die ausländische Bevormundung zu kämpfen, und sammelte ein kleines Heer um sich. Der Zeitpunkt war günstig. Díaz und sein Nachfolger Chamorro nämlich, die aufgrund der Verfassungsbestimmungen zwischenzeitlich als Präsidenten abgetreten waren, hatten neue Verschwörungen inszeniert. Und als sich Chamorro wieder des Präsidentenstuhls bemächtigt und den liberalen Vizepräsidenten Juan Bautista Sacasa unberücksichtigt gelassen hatte, entwickelte sich an der Atlantikküste unter General José Moncada ein Aufstand gegen das neue Staatsoberhaupt.

Die US-Truppen, erst ein Jahr zuvor abgezogen, marschierten wieder ein und verhalfen Díaz erneut zur Macht – aber die 12 000 *marines* konnten Moncadas Truppen nicht schlagen.

Sandino hatte Moncada und Sacasa seine Hilfe angeboten und diese hatten akzeptiert. Sie waren aber nicht bereit, der kleinen Armee des damals 31jährigen Waffen auszuhändigen. Die beschaffte sich Sandino dann selbst. Zum Teil kaufte er sie von Ersparnem, zum Teil fischte er sie aus dem Meer vor Puerto Cabezas an der Atlantikküste: US-Soldaten hatten dort Gewehre und Munition von Nicaraguanern versenkt.

Als klar war, daß Moncada und seine Truppen nicht zu besiegen waren, verlegten sich die USA auf's Verhandeln. Díaz wurde abgesetzt, Moncada mit der Aussicht auf das Präsidentenamt gekauft. Die Liberalen ergaben sich.

Sandino aber, der Moncada wegen seines Verrats tief verachtete, kapitulierte nicht. „Ich erklärte ihm, daß es meiner Meinung nach unsere Pflicht sei, uns zu befreien oder zu sterben. Daß ich gerade deshalb die rot-schwarze Fahne gehißt hätte, Symbol für Freiheit oder Tod“, schrieb Sandino später.

Sandino zog sich mit 30 seiner Leute in die Berge zurück. Zuvor heiratete er die Telefonistin Blanca Arauz aus San Rafael del Norte, in deren Haus er während der Kämpfe sein Quartier hatte einrichten können.

Am 1. Juli 1927 ließ Augusto César Sandino sein erstes politisches Manifest verbreiten. „Ich nehme die Aufforderung zum Kampf an und entfache ihn“, hieß es darin. „Die Herausforderung der feigen Invasoren und der Vaterlandsverräter beantworte ich mit einem Kampfschrei; meine Brust und die meiner Soldaten werden eine Mauer bilden, an der ganze Legionen von Feinden zerschellen werden.“

Zumindest gelang es nicht, Sandino zu besiegen – weder den US-Truppen, die sogar Napalm und Sturzkampfbomber einsetzten, noch der Nationalgarde, die die USA nach der Entwaffnung der kämpfenden Parteien hatten aufstellen lassen.

Sechs Jahre lang kämpfte der General, der sich nicht als solcher fühlte: „Ich unterscheide mich nicht im geringsten von einem Durchschnittssoldaten irgendeines Heeres.“ Sein Heer, das „Verteidigungsheer für Nationale Souveränität“, eroberte nach und nach wichtige Städte und nahm ausländischen Unternehmen einige Minen und Plantagen ab, schließlich kontrollierte es den Großteil Nicaraguas. Versuche der USA, Sandino zum Aufgeben oder zu Verhandlungen zu bewegen, scheiterten. „Die Souveränität eines Landes diskutiert man nicht“, schrieb der Freiheitskämpfer einem amerikanischen Admiral, „man verteidigt sie mit der Waffe in der Hand.“ Sandinos Versuche, Hilfe aus dem Ausland zu bekommen, schlugen fehl. Ein halbes Jahr lang versuchte er, mit dem mexikanischen Präsidenten über wirtschaftliche und militärische Unterstützung ins Gespräch zu kommen, doch der Präsident winkte ab.

An moralischer Unterstützung mangelte es hingegen nicht. Sandino, der mit seinem kleinen Guerilla-Heer immer mehr Erfolge errang und den übermächtigen Gegner entmutigte, wurde in Lateinamerika als Held gefeiert.

1932 schließlich tauchte Juan Bautista Sacasa, der während des Aufstandes 1926/27 ins Exil gegangen war, wieder auf: Der Liberale kandidierte für das Präsidentenamt und gewann die Wahlen, obwohl diese von den USA kontrolliert worden waren. Als Sacasa am 1. Januar 1933 sein Amt tatsächlich antreten konnte und die US-marines abgezogen wurden, willigte Sandino in Friedensgespräche ein. Am 2. Februar wurde ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet, drei Wochen später legte das „Verteidigungsheer für Nationale Souveränität“ bis auf einen vertraglich festgelegten Rest seine Waffen nieder. Sandino widmete sich wieder seinem Traum, mit der Gründung von Bauernkooperativen eine soziale und wirtschaftliche Neuordnung zu versuchen, die ausgebeuteten *Campesinos*, die Unterdrückten, zu „wirklichen Menschen“ zu machen; sie sollten die Zügel in die Hand nehmen.

Aber soweit kam es vorerst nicht. Sacasas Waffenarsenale wurden in Brand gesteckt, die Nationalgarde, das Erbe der US-Truppen, sorgte für Unruhe: Die Gardisten griffen Sandinos Soldaten an und verhafteten seine Anhänger. Sandino rüstete wieder auf, versuchte aber weiterhin, in Gesprächen eine Lösung des Konflikts zu erreichen.

„Die Nationalgarde ist keine rechtmäßige Autorität“, erklärte er. „Die Nationalgarde hört nicht auf den Präsidenten, wir hören nicht auf die Nationalgarde.“

Chef der Garde war General Anastasio Somoza García. Somoza erklärte Sandino zum Kriminellen und versuchte, seiner habhaft zu werden.

Das gelang am 21. Februar 1934. Sandino hatte sich zu erneuten Gesprächen mit Präsident Sacasa in Managua aufgehalten. Auf dem Rückweg wurde er, zusammen mit zweien seiner Generäle, von Mitgliedern der Nationalgarde abgefangen, entführt und ermordet.

„Auch tot kann man noch etwas beitragen, vielleicht sogar mehr“, hatte Sandino gesagt und recht behalten: Das Symbol Sandino war nicht totzukriegen, auch nicht von Somoza.

Alles andere aber machte der spätere Diktator dem Erdboden gleich. Zehn Tage nach Sandinos Ermordung wurde die Bauernkooperative im Norden zerstört, die letzten *Guerilleros* mußten sich Anfang März 1934 ergeben. Sandinos Lebenswerk war zerstört. Seine „Hinrichtung“ ging nicht nur auf Somozas Konto. Die USA, sagte er später, habe den Mord über ihren Botschafter genehmigen lassen.

Nicaragua, ausgeblutet durch den jahrzehntelangen Krieg, kontrolliert von der *Guardia Nacional* als der einzigen bewaffneten Kraft, regiert von dem ohnmächtigen Präsidenten Sacasa, war in Somozas Hand. Es dauerte nicht lange, dann gehörte ihm das Land tatsächlich. Zwei Jahre nach der Ermordung Augusto César Sandinos putschte Anastasio Somoza und ließ sich zum Präsidenten küren. Damit begann eine der grausamsten Diktaturen in der Geschichte Lateinamerikas.

Anastasio Somoza García, der schon eine Karriere als gewöhnlicher Kriminel ler hinter sich hatte und eigentlich in Nicaragua und den USA durch Haftbefehl gesucht wurde, verstand es geschickt, seine Macht zu erhalten. Auch wenn er zwischendurch aufgrund der Verfassung vom Präsidentenamt zurücktreten mußte, gab er doch nie die Gewalt über seine „Privatarmee“, die Nationalgarde, aus der Hand. Im übrigen stellte natürlich auch die Verfassung kein wirkliches Hindernis dar: Somoza änderte sie einfach.

Konflikten mit dem Bürgertum ging er aus dem Weg, indem er die Oberschicht häppchenweise an der Macht beteiligte. Konflikte mit dem Volk hingegen wurden mit Waffengewalt aus der Welt geschafft.

Dennoch entwickelten sich in den fünfziger Jahren Widerstandsziele aus Arbeitern und Intellektuellen, die den Diktator beseitigen wollten. Im September 1956 schließlich gelang es dem Dichter Rigoberto López Pérez, Somoza während einer Kundgebung in León zu erschießen.

Doch das Ende des Diktators bedeutete nicht das Ende der Diktatur. Luis und Anastasio Somoza Debayle nahmen grausame Rache für die Exekution ihres Vaters und teilten sich sodann die Macht: Luis Somoza bekam den Präsidentenstuhl, sein Bruder Anastasio den Oberbefehl über die *Guardia Nacional*.

Luis war kein guter Präsident im Sinne des Somoza-Clans. Zwar tastete er die Geschäfte seiner Familie oder die Position seines Bruders nicht an, aber er zeigte gewisse Skrupel bei der Machtausübung, dachte sogar gelegentlich über die Situation der *Campesinos* nach. Die Präsidentschaft des Mannes, der den irrwitzigen Beinamen „roter Somoza“ hatte, wurde dementsprechend nicht verlängert. Und als sein Nachfolger im Jahre 1966 starb, kam die Stunde des jungen Anastasio Somoza.

Der Clan der Somozas hatte seine wirtschaftlichen Interessen stets rücksichtslos durchgesetzt, wer sich in den Weg stellte, wurde besiegt. Das Instrument zur Unterdrückung des Volkes, die *Guardia Nacional*, entwickelte zudem eine Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung, bei der Achtung vor dem menschlichen Leben als verwerflich galt. Wer in die Kontrollen der *Guardia* geriet, war ihr wehrlos ausgeliefert. Niemand fragte im nachhinein die Verantwortlichen, warum es bei welchem Vorfall wieviel Tote gegeben hatte.

Die Liste der Menschen, die von den Patrouillen der Nationalgarde vor allem auf dem Land gefoltert und ermordet wurden, ist schier endlos. Es gab Konzentrationslager, in denen Somoza Bauern, die des nackten Überlebens wegen ihr bißchen Grund und Boden hatten behalten wollen, foltern ließ. Mit ausgeklügelten Qualen, an deren Entwicklung sich auch ausländische Fachleute beteiligten, wurde diesen Menschen beigebracht, was es hieß, einem Somoza widerstehen zu wollen. Willkürliche Verhaftungen, Vergewaltigungen und Massaker waren alltägliche Erscheinungen. Kontrolle durch die Justiz gab es nicht, unabhängige Gewerkschaften oder *Campesino*-Organisationen wurden aufgelöst oder verboten.

Die Erträge dieser Herrschaft sammelten sich auf den Konten des Somoza-Clans. Anastasio Somoza García war zum Zeitpunkt seiner Machtübernahme praktisch mittellos gewesen – als er erschossen wurde, verfügte er über einen Besitz in Höhe von 150 Millionen US-Dollar. Als Anastasio Somoza Debayle gestürzt wurde, mag der Clan etwa eine Milliarde US-Dollar besessen haben, angelegt in den größten und wichtigsten Firmen des Landes, in Banken, Versicherungen, Plantagen, in der Flug- und der Schiffahrtsgesellschaft Nicaraguaus.

Die Familie kontrollierte schließlich die gesamte Wirtschaft des Landes, nicht nur mit ihrem dem Volk abgepreßten Vermögen, sondern auch persönlich. In allen Schlüsselpositionen saßen Angehörige des Diktators. In ihrer maßlosen Raffgier schreckten sie vor nichts zurück: Als 1972 Nicaraguas Hauptstadt Managua bei einem Erdbeben zerstört wurde und Tausende von Toten und Verletzten zu beklagen waren und darüber hinaus mehr als zwei Drittel der Bewohner obdachlos wurden, eignete sich der Clan die reichlich eintreffenden internationalen Hilfsgüter an; die Nicaraguaner gingen leer aus. Sogar die Blutkonserven für die Verletzten verschacherte Somoza in die USA.

Von den Hunderten von Millionen Dollar Wirtschaftshilfe, die die Vereinigten Staaten der Familiendiktatur im Laufe der Jahre zukommen ließ, sahen die Einwohner Nicaraguas nichts. Nur die Militärhilfe bekamen sie zu spüren. Washington stützte das „stabile“ Regime, das die US-amerikanischen Steuermillionen auf Somozas Privatkonten transferierte und nebenher noch 1,6 Milliarden Dollar Auslandsschulden machte, bis zuletzt. Bis sich angesichts der Geldgier des Diktators und der Korruption im Staatsapparat sogar das gehobene Bürgertum genötigt sah, sich der Opposition anzuschließen.

Eine militärische Opposition gab es bereits seit Beginn der sechziger Jahre. 1961 hatte Carlos Fonseca Amador die *Frente Sandinista de Liberación Nacional* gegründet. In den ersten Jahren des Bestehens der FSLN gab es zwar Scharmützel zwischen ihren Guerilla-Gruppen und der *Guardia Nacional*, ernsthaft gefährdet konnten die *Sandinistas* das Regime aber nicht. Die Bevölkerung brachte den Aufständischen Sympathie entgegen, nur fehlte es an der breiten Unterstützung. Fonsecas Truppen wurden immer wieder aufgerieben.

Das änderte sich, als die FSLN Anfang der siebziger Jahre eine neue Strategie einführte und das Regime nicht mehr nur militärisch bekämpfte. Die Sandinisten kümmerten sich um die konkreten Sorgen des Volkes, führten Sozialprogramme durch, organisierten Bildungsveranstaltungen. Das Eis brach mit einer spektakulären Aktion am 27. Dezember 1974, als eine Gruppe *Guerilleros* mitten in Managua eine Reihe von Geiseln nahm, darunter zwei Minister und mehrere Geschäftsleute. Somoza wurde gezwungen, 14 politische Gefangene freizulassen und ein hohes Lösegeld zu zahlen. Die Rache des Diktators, der Hunderte von Menschen, die der Kollaboration mit der Guerilla verdächtigt wurden, umbringen ließ, konnte den Prozeß nicht mehr aufhalten.

Zwar spaltete sich 1976, nach dem Tode Carlos Fonsecas, die FSLN in drei Gruppierungen, aber Somozas Tage waren schon gezählt. 1977 kontrollierten die *Guerilleros* zehn Prozent Nicaraguas. Zu dem Zeitpunkt zählte sich das Bürgertum, das nach der jahrzehntelangen Clan-Diktatur wieder selbst an die Macht kommen wollte, bereits zum Widerstand.

Am 10. Januar 1978 wurde der *Prensa*-Verleger Pedro Joaquín Chamorro, der die oppositionelle Bourgeoisie in der *Unión Democrática de Liberación (UDEL)* zusammengeschlossen hatte, im Auftrag Somozas auf offener Straße erschossen. Seine Ermordung löste einen bereits vorbereiteten, dreiwöchigen Generalstreik aus. Das „Somoza-Land“ wurde von Grund auf erschüttert.

Der Diktator bekam Angst. Als im Juli 1978 zwölf prominente Regimegegner aus Kultur, Wirtschaft und Politik, die sich im Jahr zuvor als „Gruppe der 12“ zum Widerstand bekannt hatten und ins Exil gehen mußten, demonstrativ nach Nicaragua zurückkehrten, ließ Somoza sie gewähren – er fürchtete einen Volksaufstand.

Der ließ nicht lange auf sich warten. Am 24. August besetzten 25 FSLN-Mitglieder den Nationalpalast in Managua und preßten politische Häftlinge frei, am darauffolgenden Tag begann ein unbefristeter Generalstreik.

Das Volk erhob sich, die Zusammenstöße mit der *Guardia Nacional* nahmen zu. Im September gelang es Somoza noch einmal, Aufstände in mehreren größeren Städten brutal niederschlagen zu lassen, aber das nützte ihm nichts mehr. Im Dezember erfolgte die Wiedervereinigung der drei FSLN-Fraktionen. Bemühungen der USA, wenn schon nicht den Sturz Somozas, so doch wenigstens das Ende des ausbeuterischen Systems zu verhindern, scheiterten.

Ein in letzter Minute unternommener Versuch der Carter-Administration, über die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eine Invasion („Friedenstruppe“) und die Einsetzung einer kontrollierten Übergangsregierung zu erreichen, hatte ebenfalls keinen Erfolg. Am 19. Juli 1979 feierte die Bevölkerung den „Triunfo“, den Einzug der FSLN in Managua. Anastasio Somoza, der zuvor ins Ausland hatte fliehen können, wurde später im Exil erschossen. Aus Nicaragua war *Nicaragua Libre* geworden.

19. Juli 1984

Der Erfolg kann sich sehen lassen

Plakat

Die Revolution – das ist ein Schreibtisch
ist ein Bücherbrett in einer kleinen Schule
voll mit Bleistiften und Papier.

Die Revolution – das ist die Kleidung
ist der neue Sonntagsanzug der Armen
die Hose und das jeden Tag saubere Hemd.

Die Revolution – das ist das Essen
ist eine Mahlzeit mit Wasserkrug
mit Gabel und Messer
auf dem karierten Tischtuch
dazu ein wartender Teller
für den Fall daß Besuch kommt.

Die Revolution – das ist die Erde
die Pflüge die die Maisfelder furchen
und eine Bauernfamilie die Gemüse pflanzt.

Die Revolution – das ist der Arbeiter.
(Die Revolution ist der Arbeiter mit einer Blume.)

Die Revolution – das ist der Mensch
ist der Freund der nicht das gleiche denkt
der Nein stimmt und dennoch der Freund bleibt.

Die Revolution – das ist der Indio.

Die Revolution – das ist ein Buch und ein freier Mensch.

Mario Cajina-Vega

19. JULI 1979: NICARAGUA IST FREI, SOMOZA IST FORT, DER Krieg ist zu Ende, die Menschen feiern. Chaos allerorten – und ein grenzenloser Optimismus.

19. Juli 1984: Nicaragua ist immer noch frei, Somoza ist tot, der Krieg geht weiter, die Anlässe zum Feiern sind weniger geworden. Der nationale Wiederaufbau wird fortgesetzt, der Optimismus ist nüchterner. Die „Mühlen der Ebene“.

Was aber in diesen mühevollen fünf Jahren trotz der ständig wachsenden Schwierigkeiten innen- und außenpolitischer Art für die Bevölkerung geleistet wurde, ist beispiellos. Das Regierungsprogramm, drei Wochen vor dem Sieg über Somoza von der provisorischen Regierung verabschiedet und der Öffentlichkeit vorgestellt, legt sich eindeutig auf einen sozialen Staat fest.

Grundrechte, Menschenrechte, politische Partizipation, eine Mischung aus privatkapitalistischer und staatlich geführter Wirtschaft sowie außenpolitische Blockfreiheit werden garantiert. An der Spitze des Staates steht zunächst – „bis die Grundlagen für einen eigenständigen demokratischen Prozeß gegeben sind“, heißt es im Regierungsprogramm – die „Regierungsjunta des Nationalen Wiederaufbaus“, gebildet von Vertretern der FSLN, des Bürgertums und der „Gruppe der 12“.

Als die Vertreter der Bourgeoisie, Alfonso Robelo und die Witwe des ermordeten *Prensa*-Verlegers, Violeta Barrios de Chamorro, im April 1980 ihr Amt niederlegen, scheint das Bündnis gescheitert; es können jedoch mit Arturo Cruz und Rafael Cordova Nachfolger für sie gefunden werden. Ein Jahr später wird die Anzahl der Junta-Mitglieder reduziert, ohne die Gewichtung der politischen Positionen zu verschieben: der Exekutive gehören jetzt noch Daniel Ortega für die FSLN, Rafael Cordova für das bürgerliche Lager und Sergio Ramírez für die „Gruppe der 12“ an.

Die Gesetzgebung besorgt bis zur Wahl eines Parlaments der Staatsrat, in dem politische Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen vertreten sind. Dort haben die Sandinisten die Mehrheit.

Ein sozialer Staat sollte Nicaragua werden, ein Land, in dem die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit Hauptanliegen des Staates ist. Doch die Situation, die die *Sandinistas* bei ihrer Machtübernahme vorfanden, verleitete nicht zur Euphorie.

Die Kriegsschäden waren immens. Auf über 500 Millionen US-Dollar bezifferte die Junta die Zerstörungen im Landwirtschafts- und Industriesektor, die Aussaat hatte nicht stattfinden können, Nicaragua mußte täglich mehrere hundert Tonnen Lebensmittel einführen, um die Ernährung des Volkes sicherzustellen.

Es gab kaum eine Familie, die nicht Angehörige im Kampf verloren hatte, 40 000 Todesopfer hatte der Krieg gefordert. 100 000 waren schwer verletzt, rund 350 000 ins Ausland geflohen.

Von heute auf morgen mußten die jungen *Guerilleros* den Alltag des Landes organisieren, Häuser bauen, Industrieanlagen und die Landwirtschaft wieder in Schuß bringen. Es fehlte an Fachkräften, an Material, an Geld. Nur an einem fehlte es nicht: an Motivation.

Dennoch stellte (und stellt) vor allem das fehlende Geld ein schier unlösbares Problem für Nicaragua dar. 1,6 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden waren das „Erbe“ Somozas auf dem finanziellen Sektor, und die *Junta* hatte keine andere Wahl, als diese Schulden anzuerkennen und sich zur Rückzahlung zu verpflichten. Andernfalls hätte sie keine neuen Kredite bekommen; Nicaragua wäre bankrott gewesen. So floß wieder Geld, wenn auch selbst nach den Umschuldungsverhandlungen, die dem Land eine Atempause bis 1985/86 einräumen, die Last immer noch erdrückend ist. Aber es konnte erst einmal mit dem Wiederaufbau begonnen werden.

Die ersten Maßnahmen, die die *Junta* ergriff, trieben den Kapitalisten die Tränen in die Augen. Der gesamte Besitz des Somoza-Clans, fast 170 Industriebetriebe und 50 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens in Nicaragua, wurden verstaatlicht. Ebenso gingen alle nationalen Banken und alle US-amerikanischen Minen in Volkseigentum über. Schließlich übernahm der Staat den Export der wichtigsten Produkte und die Kontrolle über den Inlandsmarkt. Die Aufsicht über die Ausfuhren sichert Nicaragua Devisen. Die Maßnahmen im Inland haben vor allem eine Auswirkung: die Zwischenhändler, die die Bauern früher mit Wucherzinsen und willkürlich festgesetzten Preisen völlig von sich abhängig machen konnten, werden ausgeschaltet, den Bauern feste Abnahmepreise garantiert. Auch sonst zeigt sich der Staat den ärmeren Schichten zugeneigt: Güter des täglichen Bedarfs werden subventioniert, Luxusartikel mit einer hohen Steuer belegt.

Nicaraguas Landwirtschaft war in der Somoza-Zeit vor allem auf eines ausgerichtet: möglichst viel für den Export zu produzieren, wo die höchsten Gewinne erzielt werden konnten. Wie sich die Bevölkerung ernährte, war nicht weiter wichtig. Die Sandinisten mußten die Exportproduktion weiterführen, um die notwendigen Devisen etwa zum Aufbau einer eigenen Industrie und zur Finanzierung der Sozialprogramme zu bekommen. Sie förderten aber gleichzeitig den Anbau von Grundnahrungsmitteln, der dem Land langfristig

die Einfuhr von Nahrungsmitteln ersparen und eine bessere Ernährungslage der Bevölkerung sicherstellen sollte.

Bei der Reaktivierung des kleinen industriellen Sektors ergaben sich die größten Probleme durch fehlende technische Kenntnisse und dadurch, daß die Anlagen hoffnungslos veraltet waren bzw. noch immer sind. Reparaturen und Ersatzteilbeschaffung dauerten monatelang, neue Maschinen, die auch umweltschonender produzieren könnten, sind nicht bezahlbar.

Schon bald aber zeigte sich ein weiteres Manko, das nicht auf technischem Wege und schon gar nicht mit Sozialprogrammen zu beheben war: die Bremsmanöver des Bürgertums. Der nationale Konsens hatte ausgereicht, Somoza hinwegzufegen, schließlich war auch die Bourgeoisie unter dem Diktator geschröpft worden. Nur hatten sich die Unternehmer einen Staat gewünscht, in dem alles so blieb wie zuvor, wenn auch ohne die Person Somozas. Da die FSLN das nicht mitmachte, kam es zu Reibereien.

Trotz des Versprechens „ausreichender Gewinne“, trotz der Tatsache, daß im Rahmen der „economía mixta“ (nach wie vor) 60 Prozent der Wirtschaft privat organisiert sind, hielten sich die Unternehmer sehr mit Investitionen zurück und klagten über Enteignungen, über zuwenig Devisen und über Kosten druck: Die Arbeiter forderten Arbeitsschutzmaßnahmen und Sozialeistungen. Achtstundentag, vier Wochen Urlaub und Minimallöhne waren ohnehin gesetzlich garantiert. Die Unternehmer antworteten auf die Schmälerung ihrer Einkünfte mit Investitionsboykott, schmuggelten Geld und Produktionsmittel ins Ausland, frisierten ihre Buchhaltungen zugunsten ihrer Konten in Miami, „dekapitalisierten“ ihre Betriebe.

Diese Entwicklung führte schließlich dazu, daß zum zweiten Jahrestag der Revolution am 19. Juli 1981 ein Gesetz verkündet wurde, daß dem Staat die Möglichkeit gab, dekapitalisierte und verlassene Unternehmen zu konfiszieren – entschädigungslos. Zu dem Zeitpunkt hatte das Bürgertum schon einige hundert Millionen Dollar ins Ausland geschafft.

Trotz aller Widrigkeiten ging die wirtschaftliche Entwicklung zunächst bergauf, wenn auch nicht im wünschenswerten Maße. 1982 wurde erstmals ein Rückgang registriert. Allein die Naturkatastrophen, die Nicaragua in diesem Jahr heimsuchten, rissen ein Loch von 450 Millionen Dollar in den Staatshaushalt. Fallende Weltmarktpreise für Kaffee und Baumwolle, die Überfälle der Konterrevolutionäre, dadurch bedingte größere Verteidigungsausgaben und nicht zuletzt die wirtschaftliche Boykottpolitik der Vereinigten Staaten taten ihren Teil, eine weitere Aufwärtsentwicklung unmöglich zu machen. Auch wenn es 1983 aufgrund der guten Ernten wieder ein wirtschaftliches Wachstum von etwa fünf Prozent gegeben hat, belegten die folgenden Ereignisse, wie Privatwirtschaft und USA das Modell Nicaragua zu zerstören versuchen: Nicht sofort und plump durch den Einsatz der *marines*, aber gezielt und ohne viel Publizität durch die ökonomische Hintertür.

Sie müssen es versuchen, wenn sie ihre Pfründe sichern wollen. Die Menschen in Zentralamerika haben am Beispiel Nicaraguas gelernt, daß die Vorherrschaft der USA und die Unterdrückung der Völker durch US-gestützte Regimes sehr wohl zu durchbrechen sind, haben gesehen, daß die Bauern nicht in absoluter Armut leben müssen. In Washington nennt man so eine Erkenntnis „Revolutionsexport“.

In der Tat dürften die sozialen Errungenschaften der nicaraguanischen Revolution für die Ausgebeuteten etwa in Honduras oder Guatemala außerordentlich attraktiv sein, zum Beispiel was den Gesundheitszustand der Bevölkerung angeht. Unter Somoza kamen nur etwa zehn Prozent der Einwohner in den Genuß regelmäßiger ärztlicher Dienstleistungen, was in den übrigen Staaten Zentralamerikas heute noch nicht viel anders aussieht. Die Kindersterblichkeit lag vor der Revolution schätzungsweise bei bis zu 300 pro Tausend Lebendgeborenen. Genaue Zahlen gibt es nicht, weil während des Somozismus nur gefälschte oder gar keine Statistiken über den Gesundheitsstatus der Bevölkerung geführt wurden.

Bereits einen Monat nach dem Triumph verpflichtete sich die Regierung, über die Einrichtung eines einheitlichen Gesundheitssystems der Bevölkerung kostenlose medizinische Betreuung zukommen zu lassen. Gesundheit wurde ein Rechtsgut.

Nicaragua baute ein dezentrales Gesundheitsprogramm auf, in dem der Schwerpunkt auf der vorbeugenden Medizin lag, Arbeitsschutz, Hygiene und gesündere Ernährung eingeschlossen. Parallel zur Einrichtung von Krankenhäusern und Gesundheitsstationen wurden verschiedene Kampagnen durchgeführt, die Grundwissen über Krankheiten und das neue Gesundheitssystem vermittelten.

Der Erfolg kann sich sehen lassen. Kinderlähmung, Masern, Darminfektionen, Malaria oder Tuberkulose wurden erheblich zurückgedrängt. Um die Fehlernährung zu bekämpfen, wurde die Produktion der Grundnahrungsmittel angekurbelt und Mais, Reis und Bohnen staatlicherseits bezuschußt (eine Maßnahme, die später im Verlauf des Krieges wegen knapper Mittel zurückgenommen wurde). Die Kindersterblichkeit sank um mehr als die Hälfte. Nicaragua hat heute, stellten Vertreter der Vereinten Nationen fest, eines der besten Gesundheitssysteme in der Dritten Welt.

Ähnliches Lob der UN-Kulturorganisation UNESCO gab es auch für die Alphabetisierungskampagne, die zwei Wochen nach dem Sieg über Somoza in Angriff genommen worden war.

Wer sich beteiligen will am politischen und kulturellen Leben seines Landes, wer mit- und dazwischenreden will, muß sich informieren, muß schreiben und lesen können. Schon wer seine Ernte verkaufen und dabei nicht übers Ohr gehauen werden will, muß rechnen können, muß Maße und Gewichte kennen

– der „Kreuzzug der Alphabetisierung“ war eine logische Folge der Revolution und eine der Voraussetzungen für die weitere Entwicklung des Landes.

Über die Hälfte der nicaraguanischen Bevölkerung über 10 Jahre konnte zum Zeitpunkt des Triumphes mit Buchstaben und Zahlen wenig anfangen. Die Bildungspolitik Somozas war eher eine Politik der Verhinderung von Bildung gewesen. Sie diente dazu, einer verschwindend geringen Minderheit aus dem Bürgertum den Aufstieg in die wirtschaftlichen und politischen Führungspositionen zu ermöglichen und 95 Prozent der Bevölkerung in Unwissenheit zu halten. Nach zwei oder drei Jahren Grundschulbesuch war die Bildungsphase der meisten Nicaraguaner beendet.

1979 lag die Analphabetenrate bei 50,35 Prozent. In einem beispiellosen Kraftakt wurden Anfang 1980 rund 175 000 Alphabetisatoren ausgebildet, die in die einzelnen Gemeinden gingen und mit dem Unterricht begannen. Methodisch lehnte sich das Erziehungsministerium dabei an Paulo Freire an,bettete den Lernprozeß in die Alltagserfahrungen der Nicaraguaner, in politische und soziale Probleme ein.

Am Ende des „Kreuzzuges“ war die Analphabetenrate von 50 auf 12 Prozent gesunken. Seitdem wird das Erreichte in zahllosen Kursen ausgebaut und vertieft.

Eine der wesentlichen Errungenschaften bei Aufbau des *Nicaragua libre* aber ist die Agrarreform. Schon das Programm der Regierungsjunta hatte vorgesehen, „einen Umwandlungsprozeß der Bodenbesitzverhältnisse zu initiieren, um für die Landbevölkerung verschiedenen Zugangsmöglichkeiten zum Boden, zur technischen Hilfe, zur Finanzierung und anderen wichtigen Voraussetzungen zu schaffen“. 1981 war es soweit. Am Jahrestag der Revolution wurde – gleichzeitig mit dem Gesetz, das die Enteignung dekapitalisierter Unternehmen ermöglichte – das Gesetz über die Landreform verkündet.

Etwa die Hälfte der arbeitenden Nicaraguaner ist im Agrarsektor beschäftigt, 75 Prozent des Devisenaufkommens werden jedes Jahr mit dem Export landwirtschaftlicher Produkte – vor allem Kaffee und Baumwolle – erwirtschaftet.

Vor 1979 waren die Erlöse aus diesem einträglichen Bereich der Somozafamilie und einer Handvoll von Großgrundbesitzern vorbehalten. Fast drei Viertel der Bevölkerung mußten sich mit zwei Prozent des bebauten Bodens begnügen. Hinzu kamen vorsintflutliche Pachtverhältnisse, die die Kleinbauern meist auf Gedeih und Verderb von dem Eigentümer ihrer Felder abhängig machten: Sie mußten ihre Arbeitskraft an den Verpächter verkaufen, unter Preis ihre Produkte abgeben oder einfach die halbe Ernte abliefern.

Das neue Gesetz schaffte diese Zustände ab und eröffnete verschiedene Möglichkeiten zur Eindämmung des Großgrundbesitzes. Unterschiedlich nach Regionen können die Behörden verpachtetes oder brachliegendes Land über 380 Hektar (in den Departamentos Managua, Masaya, Carazo, Granada,

„Agrarreform: Ein Aufbruch ins Leben“

Wie die Landverteilung für die Bauern konkret aussieht, hat die in Managua erscheinende Zeitschrift „envío“ 1983 in einer Reportage über die Kooperative „Hermanos Martínez“, eine Cooperativa Agrícola Sandinista, in der Nähe von Somoto beschrieben.

Sieben Kilometer östlich von Somoto liegt das schöne, fruchtbare Tal von San Luis, umgeben von den Hügeln von Madriz. Gestern lagen die 1 430 ha dieses erstklassigen Bodens brach und dienten herrenlosem Vieh als Futterquelle. Heute hat sich das Bild geändert.

Bereits ein Blick vom Hügel ins Tal verrät ein emsiges Treiben. Häuser und Wege werden gebaut und die Felder bestellt. Eine Tafel am Eingang des Tales heißt alle Besucher willkommen in der Kooperative „Hermanos Martínez“.

Solide gebaute Holzhäuser säumen die neuerstellten Wege. Ein Kinderhort ist beinahe fertig errichtet und ein Kinderspeisesaal soll demnächst eingeweiht werden. Solange die Schule in Bau steht, werden die Schüler in einem Zelt unterrichtet. Zwischen den Straßen wurde Platz für einen Park eingeräumt.

Dieses Jahr wurden (auf den Feldern) 43 ha angepflanzt, davon 28 mit Mais und 15 mit roten Bohnen. Weil nach den ersten Regenfällen das Unkraut zu wuchern begann, waren drei Gruppen mit der Säuberung der Felder beschäftigt; eine weitere sprühte Schädlingsbekämpfungs-mittel. Während unseres Aufenthaltes beschloß die Gemeinschaft, in einer Hauptversammlung den Antrag zu stellen, daß alle Mitglieder – auch die Kinder – zwei Tage lang bei der Säuberung der Felder mithelfen sollen, um die Saat zu retten.

Im August werden Mais und Bohnen reif sein – die Ernte ist für den Eigenbedarf vorgesehen. Um die Felder gut zu nutzen werden anschlie-ßend Tomaten, Radieschen, Sellerie und Kohl angepflanzt. Auch dieses Gemüse dient zur Ernährung der Gemeinschaft. Im kommenden Jahr, nach der Fertigstellung aller Häuser, werden mehr Bauern bei der Feldarbeit mithelfen können. Ein Ernteüberschuß könnte dann auf dem nationalen Markt verkauft werden.

Diejenigen, die heute 640 ha des fruchtbaren Tales bebauen, sind Landarbeiter und Bauern, die noch vor sechs Monaten in vier Siedlun-gen – El Roble, El Terrero, El Gavilán und El Naranjo – nur ein bis sieben Kilometer von der honduranischen Grenze entfernt lebten.

So wie die große Mehrheit der Bauern in der traditionell armen Region um Somoto herum besaßen sie Kleinstparzellen steinigen unfruchtbaren Landes, auf dem mit Mühe das Notwendige für den Eigenbedarf produziert werden konnte. Obwohl zahlenmäßig in der Mehrheit, wurden sie nach und nach von den Großgrundbesitzern an die Hänge der Berge verdrängt und sicherten durch ihre Armut und den unzureichen-den Ertrag ihrer Felder billige Arbeitskräfte.

Nach dem Volksaufstand organisierten sich die verschiedenen Gemeinden in Kooperativen, der Boden jedoch blieb weiterhin schlecht. Zu diesen miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen kam seit Juli 1979 die ständige Bedrohung der Landarbeiter durch Nationalgardisten, die von Honduras aus die schutzlosen nicaraguanischen Grenzgemeinden überfielen. Fernando Sánchez Román erzählt: „Wir zogen hierher, weil wir in unseren Siedlungen ständig von den Konterrevolutionären bedroht wurden. Allein im Gebiet, in dem wir wohnten, wurden 18 Menschen massakriert. Unter ihnen Laienprediger, Frauen und Kinder, Alphabetisierer und Milizen. Dies geschah zwischen 1980 und 1981.“

Dort wo die Bauern lebten, konnte aufgrund der Grenznähe weder ihr Schutz garantiert werden, noch waren aufgrund der Bodenverhältnisse und der weit verstreuten Siedlungen infrastrukturelle Maßnahmen wie technische Unterstützung bei der Landbearbeitung, Schulen, Gesundheitsbetreuung, Straßenbau, etc. zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen möglich. Also mußte eine Entscheidung getroffen werden. Leonicio López: „Wir merkten, daß es so nicht weitergehen konnte. In einer Broschüre des Kleinbauernverbandes UNAG lasen wir, daß durch die Agrarreform guter Boden verteilt werde. Wir nahmen Kontakt auf mit der ganzen Gemeinde, beantragten Land und gingen es uns anschauen. Später berichteten wir den Zurückgebliebenen, daß der Boden fruchtbar und flach sei, ein Fluß in der Nähe vorüberziehe, daß es ein gelobtes Land sei... aber es war nicht einfach, alle zu überzeugen mit uns zu ziehen. Wir konnten nicht einfach sagen, wir ziehen um, sondern wir mußten die Leute motivieren. Nach und nach siedelten die Leute um. Wir begannen die Felder zu säubern und errichteten eine kleine Küche. Wir organisierten Gruppen, die den Boden herrichteten. Das Wohlfahrtsamt brachte uns Mais, Bohnen, Öl und Küchengeschirr damit wir kochen konnten. Das Rote Kreuz stellte uns Zelte zur Verfü-gung – wir besaßen nichts außer einer Decke. Für den Umzug schickten uns das Agrarreformministerium und die Grenzschutztruppen Fahr-zeuge. Das war der Anfang dieser Kooperative.“

Die Arbeit der CAS-Kooperative basiert auf der aktiven Beteiligung aller Mitglieder, die in der Organisationsstruktur schon angelegt ist. Der gewählte Vorstand der Kooperative besteht aus dem 1. und 2. Sekretär und Verantwortlichen für Produktion, Finanzen, Erziehung und Verteidi-gung. Die praktische Arbeit der Kooperative organisiert sich über Arbeitsgruppen, die für verschiedene Aufgaben gebildet werden.

„In der Versammlung beschließen wir was zu tun ist und dann bilden wir die Arbeitsgruppen. Alle Erwachsenen schließen sich einer Gruppe an, so daß sich alle an der Arbeit beteiligen“, erklärt uns der Erste Sekretär. „Was einer nicht kann, kann vielleicht ein anderer. Es ist wie in einer einzigartigen Schule; wir lernen nicht bloß neue Arbeitsmethoden, son-dern wir lernen auch miteinander zu arbeiten.“

Es existieren Baugruppen, die die Wohnhäuser der Mitglieder und den Kinderspeisesaal gebaut haben. Weiter sind geplant: Kindertagesstätte, Schule, Kirche, Büros für den Kleinbauernverband und die Entwicklungshilfsorganisation „Pronorte“, Bank, Gesundheitszentrum, Gemeinschaftshaus, Verkaufsladen und ein Quartier für die Milizen.

Gesundheitsgruppe: sieben Kooperativemitglieder wurden auf Lehrgängen ausgebildet, sich um die Gesundheit der Neuangesiedelten zu kümmern. Sie bauen momentan Latrinen und koordinieren gemeinsam mit der Kochgruppe die Ernährung der Kinder.

Eine andere zehnköpfige Gruppe kümmert sich um die 200 Rinder und Kühe, die verschiedene Kooperativemitglieder individuell besitzen.

Das Frühstück und Mittagessen der 314 Kinder im „Comedor Infantil“ wird von der dazu bestimmten Kochgruppe zubereitet. Diese Gruppe wird vom Wohlfahrtsamt unterstützt, das sich auch um die Ausbildung der Frauen kümmert.

Die Erwachsenenbildungsgruppe besteht aus 18 Koordinatoren, die gleichzeitig auch Unterricht in den Lernkollektiven erteilen. Diese Kollektive funktionieren seit die Umsiedlung beendet ist und die Kooperative ihre Tätigkeit aufgenommen hat. 60 % aller Erwachsenen waren Analphabeten. Heute lernen sie während fünf Tagen in der Woche je zwei Stunden in Lernkollektiven Lesen und Schreiben.

Daneben werden täglich wechselnde Selbstverteidigungsgruppen gebildet, die Tag und Nacht die Neuansiedlung vor Angriffen schützen.

Die größte Gruppe ist die Produktionsgruppe, die Mais, Bohnen und später Gemüse anbaut.

Die größten Schwierigkeiten zeigten sich nicht beim Bau einer Schule oder beim Erlernen des Traktorfahrens. Das Allerschwierigste war, miteinander zu leben und zu arbeiten. Die jetzigen Mitglieder der Kooperative haben bis vor sechs Monaten noch weit auseinander gewohnt und nur in loser Gemeinschaft gearbeitet. Luis Leoncio López schildert uns das Beispiel von einigen Bauern, die ihr Haus abseits errichtet und ein Stück Land individuell bearbeiten wollten: „Wir sind alle Individualisten und das macht uns auch heute noch am meisten zu schaffen. Es ist wichtig, daß wir uns darüber Klarheit schaffen. Wenn einer ein Stück Land für sich will, versammelt die Leitung alle Mitglieder und jeder wird gefragt ob wir individuell Land vergeben wollen, das von einem einzelnen bebaut würde. Die meisten antworten, daß wir eine Gemeinschaft sind und in der Versammlung wird das Problem gelöst.“

Fernando Sánchez fügt hinzu: „Es ist wichtig, daß wir die *compañeros* nicht entmutigen. Wir erklären ihnen was es bedeutet, in einem Kollektiv zu arbeiten. Wenn einer erkrankt, werden die andern seine Pflanzungen pflegen; wenn drei oder vier gleichzeitig erkranken, übernehmen alle andern die nötigen Arbeiten. So verstehen die *compañeros*, was wir wollen. Dies ist ein guter Anfang.“

Rivas, Chinandega, León, Matagalpa und Jinotega) bzw. über 760 Hektar (in den übrigen Provinzen) enteignen. Die Ländereien der Familie Somozas, seiner Gefolgsleute und der Nationalgardisten waren direkt nach dem Triumph verstaatlicht worden.

Insgesamt etwa 1,5 der rund sechs Millionen Hektar Agrarland könnten nach dem Agrarreformgesetz enteignet werden, obwohl es keine Obergrenze für Landbesitz gibt: wer seinen Grund und Boden produktiv bewirtschaftet, kann ihn auch behalten. Verlassene Ländereien werden ersatzlos eingezogen, für die Enteignungen gibt es eine Entschädigung.

Das zu verteilende Land geht an Bauern oder Kooperativen, die in der Regel bereits vorher Felder gepachtet hatten. Die Kooperativen, die in Nicaragua besonders gefördert werden, sind unterschiedlich organisiert. Da gibt es zum einen die *Cooperativas Agrícolas Sandinistas*, die Sandinistischen Kooperativen, die kollektiv ein Stück Land besitzen und bebauen. Die *Cooperativas de Crédito y Servicio*, die Kredit- und Dienstleistungskooperativen, belassen Grundbesitz, Erträge und Gerätschaften bei den Einzelpersonen, planen aber den Anbau gemeinsam und nehmen auch finanzielle und technische Hilfe gemeinsam in Anspruch. *Colectivos de Trabajo*, Arbeitskollektive, nennen sich die Zusammenschlüsse von Saisonarbeitern, die, wenn nicht gerade Erntezeit ist, auf meist vom Staat zur Verfügung gestelltem Land Grundnahrungsmittel anbauen. Schließlich gibt es noch die „Kollektive der Trennfurche“, deren Mitglieder – Privatbesitzer oder der Staat – ihr Eigentum zusammenfassen, um etwa den Einsatz besserer Maschinen auf größeren Flächen zu ermöglichen.

Die vom Agrarministerium favorisierten *Cooperativas Agrícolas Sandinistas* hatten es anfangs schwer, sich durchzusetzen. Von den im Sommer 1981 bestehenden 2200 Kooperativen war nur ein Prozent in der Form solcher Produktionsgenossenschaften organisiert. Das Bild wandelte sich aber mit der Zeit. Heute bebauen die sandinistischen Kooperativen annähernd genauso viel Land wie die Kredit- und Dienstleistungskooperativen.

Neben den Genossenschaften haben auch einzelne Bauern oder Familien die Möglichkeit, Besitztitel zu bekommen, in anderen Fällen bleibt der Staat Eigentümer und betreibt sogenannte Unternehmen der Agrarreform. Grundsätzlich gilt, daß das vergebene Stück Land die jeweilige Kooperative oder Familie ernähren können muß, die untere Grenze der Erträge ist die des gesetzlichen Mindestlohns. Im übrigen dürfen die verteilten Ländereien nicht verkauft oder durch Vererbung aufgeteilt werden.

Die Realisierung des Gesetzes brauchte seine Zeit. Auf lokaler Ebene untersuchten neugegründete Agrarreformräte, welche Ländereien zu enteignen wären und wie sie neu verteilt werden sollten, um eine möglichst effektive Produktion zu gewährleisten. Die ersten Besitztitel wurden im Oktober 1981 vergeben, hauptsächlich an Kooperativen.

Bis Ende 1984, so schätzt man, dürften rund 450 000 Hektar Land neu verteilt sein. Knapp 20 Prozent des Grund und Bodens werden dann von Kooperativen bewirtschaftet werden, über 60 Prozent von Einzelbauern, der Rest vom Staat.

Aber die Zeichen stehen auf Sturm ..

Bei Ende 1982, so schätzt man, dürften rund 45000 Hektar Land neu verbraucht sein. Knapp 20 Prozent des Grund und Bodens werden dann von Neubauern von bewirtschaftet werden, über 60 Prozent von Einwohnern, die kein Land mehr haben.

Für Enoc Ortez, im Kampf gefallen in den Bergen von Las Segovias

Ich möchte, daß du in Frieden ruhest.

Schau

ich bringe dir diese Decke
ich würde dir gerne einen heißen Kaffee bringen
und möchte mich leise mit dir unterhalten.

Kümmere dich jetzt um nichts mehr
ich werde dich immer behüten, Bruder.

Wir lassen uns nieder am Ufer dieses Baches.

Jetzt kann ich an nichts anderes denken

 ich verspreche dir, dich für immer zu bewahren.

Ich werde dich bewahren

hier tief in meinem Herzen

Bruder.

Pancho Otero

DAS WIR-GEFÜHL DER NICARAGUANER, DER AUFBAU EINES wirtschaftlichen Systems, das nicht auf der grenzenlosen Ausbeutung des Volkes basiert, die Vorbereitungen für eine Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß, die sich nicht in einer Kreuzchen-Demokratie erschöpft, der „dritte Weg“ Nicaraguas zwischen pro-westlicher oder pro-östlicher Orientierung – all das braucht Ruhe, um sich zu entwickeln. Nicaragua braucht das wenige vorhandene Geld für die Menschen und den Wiederaufbau, braucht Zeit, um Fehler machen und daraus lernen zu können. Statt dessen herrscht Krieg.

Alles Erreichte, alle geplanten weiteren Verbesserungen, das Modell Nicaragua selbst wird durch den schmutzigen, unerklärten Krieg der USA und der Konterrevolutionäre gegen das Land in Frage gestellt.

Die Vereinigten Staaten verfolgen in Mittelamerika nicht mehr die wirtschaftlichen Interessen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur gewaltsamen Sicherung neuer Absatzmärkte, Rohstoffvorkommen und eines nicht unerheblichen Arbeitskräfte reservoirs führten. Als Niedriglohnländer fungieren die Staaten des Isthmus zwar auch heute noch, die wirtschaftlichen Beziehungen aber sind – aus der Sicht der USA – eher zu vernachlässigen. Nur Guatemala wird wegen seiner Öl vorkommen aufmerksamer betrachtet.

Damals wie heute jedoch gilt, daß sich die USA den Rücken freihalten, ein uneingeschränktes militärisches Bewegungsrecht und eine uneingeschränkte Kontrolle in der Region haben wollen, die in Washington mit so maßlos arroganten Bezeichnungen wie „Hinterhof“ oder „Vorgarten“ belegt wird.

Die Grundlage dafür legte US-Präsident Monroe 1823 mit der nach ihm benannten Doktrin, in der sich die Vereinigten Staaten zum „Beschützer“ der lateinamerikanischen Länder machten, ob es diesen paßte oder nicht. Die zahlreichen militärischen Interventionen belegen, wie dieser „Schutz“ zu verstehen ist.

Heute argumentieren die jeweiligen Administrationen zwar defensiver, aber immer noch auf derselben Grundlage. Da wäre die Bedeutung des Panamakanals für die nordamerikanischen Importe und, heißt es mit einem Seitenblick auf die NATO, für die Verteidigung der ganzen westlichen Hemisphäre.

Ronald Reagan stellte sich im März 1983 bei einer Pressekonferenz vor eine Landkarte und erläuterte die Gefahren für die „Festung Amerika“. Wenn El Salvador falle („zweites Nicaragua, drittes Kuba“), würden die drei Länder „eine Basis für die Ausweitung weiterer Gewalt auf Guatemala, Honduras und

Costa Rica. Das Morden wird zunehmen. Es werden Panama und der Kanal gefährdet, schließlich Mexiko". Die Schlußfolgerung: „Es sind nicht Muskatnüsse, um die es in der Karibik und in Mittelamerika geht. Es ist die Sicherheit der Vereinigten Staaten.“

Es ist die alte Dominotheorie, wonach ein „sozialistischer“ Umsturz den nächsten im Nachbarland vorprogrammiert. 1980 verstieg sich Reagan sogar zu der Äußerung, es sei für das amerikanische Volk an der Zeit einzusehen, „daß wir der letzte Dominostein sind“. In diesem Weltbild sind Selbstbestimmung und Souveränität nur für die USA vorgesehen.

Zur Taktik gehört dabei, die Gefahr als „kommunistisch“ zu verkaufen, so als würden alle Revolutionen, Guerillakämpfe und sonstige Probleme in der Region vom Einfluß des „Reichs des Bösen“ (Reagan über die Sowjetunion) ausgehen. Das macht sich gut bei der antikommunistisch erzogenen Bevölkerung im Westen, die immer noch hysterisch auf die sogenannte rote Gefahr reagiert.

Es scheint schwer vorstellbar, daß in Washington unbekannt ist, was schon jeder dritte Fernsehkommentator in der Bundesrepublik begriffen hat (und vielleicht nur nicht sagt): daß die aufständischen Bewegungen in der Dritten Welt in erster Linie nationale Bewegungen sind, denen es nicht um den Transport einer Ideologie, sondern um gerechtere Verhältnisse und nicht selten um das nackte Überleben der verarmten Bevölkerung geht. Da solche Erkenntnisse aber Verständnis selbst bei der westlichen Bevölkerung hervorrufen könnten, beschwört man lieber die „kommunistische Expansion“ und spielt den nordamerikanischen Hegeemonieanspruch herunter.

Dieser Anspruch hat durch die Entwicklung in Nicaragua erheblich gelitten. Die USA müssen befürchten, daß auch andere Länder Versuche unternehmen könnten, sich dem Einfluß Washingtons zu entziehen. Es geht nicht um die Sicherheit, sondern um die Macht der USA.

Jimmy Carter, US-Präsident zu Zeiten des Triumphes der Sandinisten, hatte noch versucht, den privaten Sektor der nicaraguanischen Wirtschaft massiv mit US-Geldern zu unterstützen und auf diese Weise das Schlimmste zu verhindern. Auch befürwortete die Carter-Administration Nicaraguas Kreditanträge bei den internationalen Finanzorganisationen. Mit dem Amtsantritt Ronald Reagans aber war das vorbei.

Reagan strich die US-amerikanische Wirtschaftshilfe rigoros zusammen, übrig blieb nur ein Programm der nordamerikanischen Entwicklungshilfeorganisation AID, das noch unter Carter beschlossen worden war und auch schon zu den Destabilisierungsbemühungen zählte: Finanzhilfe für erklärtermaßen antisandinistische Gruppen wie etwa die Vertretung der Privatunternehmer in Nicaragua, COSEP.

Als Begründung für die Sanktionen diente die Behauptung, Nicaragua beliefe die Guerilla in El Salvador mit Waffen – eine These, die nie bewiesen

Blockfreiheit ist immer anti-imperialistisch und anti-kolonialistisch

„Als die sandinistische Revolution siegte“, sagte Nicaraguas Außenminister Miguel d'Escoto im Dezember 1982 vor Journalisten, „besaß Nicaragua nichts, was man sonst üblicherweise Außenministerium nennt.“ Alle wichtigen außenpolitischen Entscheidungen, erläuterte der Minister, waren bis dahin im US-amerikanischen *State Department* oder in Washingtons Botschaft in Managua getroffen worden. „Seit dem 19. Juli 1979“, fuhr d'Escoto fort, „hat sich diese entwürdigende Situation radikal geändert.“

Mit den ersten Revolutionszielen wurde auch das Grundprinzip der Außenpolitik formuliert: Blockfreiheit. Schon zwei Monate nach dem Sieg über Somoza, im September 1979, trat Nicaragua der Bewegung der Blockfreien bei. Die Staatengruppe, die 1961 ins Leben gerufen wurde und der inzwischen 101 Länder angehören, versteht sich als Gegengewicht zu den in die Ost-West-Konfrontation verbissenen Staaten um USA und UdSSR.

Die Blockfreienbewegung setzt sich für das Recht jedes Staates auf eigenständige Entwicklung ohne Einmischung anderer Länder (oder Großmächte) ein. Insofern war das „neue Nicaragua“ gerade dazu prädestiniert, sich dieser Bewegung anzuschließen.

Darüber hinaus zeigte sich sehr rasch, daß das Land Verbündete braucht, die mithelfen, die Revolution gegen die drohende Invasion der USA zu verteidigen. Diese Verbündeten fand Nicaragua bei den Blockfreien, zu denen immerhin so unterschiedlich ausgerichtete Staaten wie etwa Saudiarabien auf der einen und Vietnam auf der anderen Seite gehören. Die Sympathie bei westlichen europäischen Staaten ließ zusehends nach, als sich der Druck der USA auf Nicaragua verschärfe und Managua von den guten Beziehungen zu Kuba nicht lassen wollte. Auch die Unterstützung der Sozialistischen Internationale ist kaum mehr als halbherzig zu nennen.

Vor allem konservative NATO-Staaten aber kritisieren, Nicaragua sei nicht „wirklich“ blockfrei – „wirkliche“ Blockfreiheit ist für die NATO immer nur pro-westliche Blockfreiheit.

Authentische Blockfreiheit, sagte Miguel d'Escoto Anfang 1983 auf einer Pressekonferenz, erfordere eine anti-imperialistische und anti-kolonialistische Haltung. Diese Haltung dokumentierte Nicaragua beispielweise während des Krieges um die Malvinen 1982 und solidarisierte sich mit Argentinien – nicht nur gegen die Kolonialmacht Großbritannien, sondern auch gegen die Vereinigten Staaten. Gerade die Haltung der USA in dem Malvinen-Krieg führte zu einer deutlichen Distanz vieler lateinamerikanischer Staaten gegenüber Washington,

weil die Reagan-Administration nach anfänglichem Zögern und Vermittlungsbemühungen den „Interamerikanischen Beistandspakt“ aus dem Jahre 1948 ignoriert und sich auf die Seite ihres englischen NATO-Partners geschlagen hatte.

Nicaraguas Haltung in dieser Frage trug erneut zu einem Sieg über die USA auf diplomatischem Parkett bei: Im Oktober 1982 wählte eine Zweidrittelmehrheit der Vereinten Nationen Nicaragua in den UN-Sicherheitsrat. Die USA scheiterten mit ihrem Gegenkandidaten, der Dominikanischen Republik.

Mit einer Erklärung gegen jede ausländische Intervention endete ein Vierteljahr später eine Konferenz des Koordinationsbüros der Blockfreien zum Thema „Lateinamerika und Karibik“ vom Januar 1983, die demonstrativ in Nicaragua abgehalten wurde.

Was die Beziehungen zur Sowjetunion angeht, so existieren in der Blockfreienbewegung zwei Theorien. Die eine vertritt eine gleichmäßige Distanz der Entwicklungsländer sowohl zum Ost- wie zum Westblock, die andere kommt aufgrund der Zweiteilung der Welt in imperialistische Länder bzw. deren Verbündete und progressive und vom Imperialismus betroffene Staaten zu einer „natürlichen Anlehnung“ an die UdSSR. Die FSLN ist hier auf keine Position festgelegt, die USA tun aber ihr Möglichstes, Managua zum Verbündeten Moskaus zu machen: Durch den Wirtschaftsboykott mußten neue Handelspartner gefunden werden, der Krieg der Contra macht weiterhin einen Ausbau der militärischen Ausrüstung nötig. Die erforderlichen Waffen wird Managua kaum in den USA bekommen.

Daraus aber den Schluß einer direkten Anbindung Nicaraguas an die Sowjetunion zu ziehen – wie es Reagan und seine Verbündeten tun –, wird den Tatsachen nicht gerecht. Nicht einmal die guten Beziehungen zu Kuba rechtfertigen derartige Mutmaßungen. Kuba und die Sowjetunion haben die FSLN während ihres Befreiungskampfes kaum unterstützt. Nach dem Triumph leisteten kubanische Experten wertvolle Aufbauhilfe, unterstützten Nicaragua etwa bei der Alphabetisierungskampagne. Die Entwicklungshelfer von der Insel sind inzwischen wieder zu Hause. Die Militärexperten würde Nicaragua ebenfalls nach Hause schicken – wenn die USA ihre Berater aus den Nachbarstaaten abzögen.

Nicaragua ist nicht daran interessiert, sich einem der Machtblöcke anzuschließen: FSLN-Mitbegründer und Innenminister Tomás Borge sagte in einem Interview, sein Land habe nicht die Abhängigkeit von den USA abgeschüttelt, um sich anschließend in die Arme einer anderen Großmacht zu begeben.

wurde, dennoch in den folgenden Jahren immer wieder auftauchte und auch bei den Angriffen konservativer Politiker in Europa gegen Nicaragua Verwendung fand (und immer noch findet).

Die Regierung der Vereinigten Staaten fühlt sich den Prinzipien des freien Unternehmertums verpflichtet und unterliegt darüber hinaus bestimmten Regeln zwischenstaatlicher Beziehungen, die sie anerkannt hat. So verbietet es etwa die Charta der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), daß ein Mitgliedsland mit ökonomischen Zwangsmaßnahmen versucht, die Wirtschaft eines anderen Landes zu zerstören. Aber Reagan und seine Berater fühlen sich daran offensichtlich nicht gebunden.

Washington veranlaßt beispielsweise in der Weltbank, in der Interamerikanischen Entwicklungsbank und im Internationalen Währungsfonds, in denen die USA jeweils mindestens über eine Sperrminorität verfügen, daß Nicaragua von diesen Institutionen keine Kredite bekommt, während Guatemala und El Salvador reichlich bedacht werden. In einer Studie zum „Finanzkrieg“ in Mittelamerika stellte das Washingtoner *Center for International Policy* fest, daß der IWF seit 1980 keinen Pfennig mehr für Nicaragua bewilligt hat. Die Weltbank, die 1980 noch 52 Millionen Dollar zahlte, genehmigte 1982 nur noch 16 Millionen.

Auch in der Interamerikanischen Entwicklungsbank sorgten die USA im Verbund mit Chile und Argentinien dafür, daß jegliche Mittelvergabe an Nicaragua unterblieb – bis Ende 1982. Da änderte sich die Haltung Argentiniens, weil Nicaragua die damalige Militärdiktatur im Malvinen-Krieg gegen Großbritannien unterstützt hatte. Die Junta in Managua hatte der Solidarität im Nord-Süd-Konflikt gegen den Kolonialismus mehr Gewicht eingeräumt als der unterschiedlichen politischen Ausrichtung der beiden Länder. Prompt beendete Argentinien seine Blockadepolitik in der Interamerikanischen Entwicklungsbank und Nicaragua wurde – gegen den Willen der USA – ein 34-Millionen-Dollar-Kredit bewilligt.

An den übrigen Fronten im Wirtschaftskrieg blieb Reagan erfolgreich. Selbst die Kredite privater amerikanischer Banken gingen erheblich zurück. Anfang 1983 stufte das *Inter Agency Country Expose Review Committee*, das für US-Banken die Zahlungsmoral von Entwicklungsländern beurteilt, Nicaragua als „zweifelhaft“ ein – eine rein politische Klassifizierung, weil Nicaragua alle Raten und Zinsen der laufenden Darlehen ordnungsgemäß und pünktlich bezahlt hat.

Investitionen und Lieferungen nordamerikanischer Firmen wurden erschwert oder unmöglich gemacht. Von Krediten der Import-Export-Bank der USA, die den Handel fördern sollen, schloß man Nicaragua aus. Auch Bürgschaften Washingtons für Firmen, die im Ausland investieren wollen, kommen im Falle Nicaraguas nicht mehr in Frage.

„Die USA sind in den Dritten Weltkrieg verwickelt . . .“

Auszüge aus dem Geheim-Dokument des Santa Fe-Komitees

Im Mai 1980 erstellte das sogenannte Santa-Fe-Komitee, eine Gruppe von reaktionären Theoretikern, ein vertrauliches Papier für den Interamerikanischen Sicherheitsrat der USA. Der Inhalt: ein Konzept für „eine neue interamerikanische Politik der 80er Jahre“. Wie sich inzwischen feststellen läßt, wurden große Teile daraus verwirklicht. Ein Auszug aus dem Papier:

„Ganz Amerika ist Ziel eines ständigen äußeren und inneren Angriffs. Lateinamerika, als integraler Bestandteil der westlichen Gemeinschaft, ist im Begriff, von Satelliten und abhängigen Staaten überannt zu werden, die von der Sowjetunion unterstützt und erhalten werden. Die Verminderung der Präsenz der USA in der Karibik und in Mittelamerika – als Knotenpunkt von Schifffahrtswegen und als Zentrum für die Erdölverarbeitung – schreitet weiter voran. Mittlerweile bemühen sich die iberoamerikanischen Länder, die ihre Unabhängigkeit bewahren, zweifeln, ihre eigene strategische und ökonomische Situation zu retten, während sie an dem guten Willen und den Absichten der USA zweifeln. (...)

Das Komitee von Santa-Fe behauptet, daß die Bemühungen der USA zur Versöhnung mit den Sowjets und deren iberoamerikanischen Marionetten nichts anderes sind als eine Bemächtigung der Aggression und eine Anpassung an sie.

Das Komitee von Santa-Fe drängt außerdem darauf, daß die USA (...) den unabhängigen Nationen dabei helfen, die Subversion zu überleben. Andererseits schlägt das Komitee von Santa-Fe vor, daß die USA eine ökonomische und ideologische Kampagne zugunsten der Entwicklung eines Energieplans einleiten, indem sie die Last der Schulden Lateinamerikas erleichtern, die Bildung lateinamerikanischen Kapitals stimulieren, die Industrie und Landwirtschaft der Region durch Handel und Technologie unterstützen und vor allem den Instrumenten der Außenpolitik ideologischen Rückhalt geben durch Bildungsprogramme, deren Ziel es sein muß, die Hirne der Menschen zu gewinnen. Denn der Glaube ist als Rückhalt der Politik wesentlich für den Sieg. Wahrhaftig gibt es im Krieg keinen Ersatz für den Sieg und die USA sind in den Dritten Weltkrieg verwickelt.

Lateinamerika ist für die USA von lebenswichtiger Bedeutung: die Projektion der globalen Macht der USA hat immer auf einer kooperationsfreudigen Karibik und einem uns unterstützenden Südamerika beruht. Für die USA ist Isolationismus unmöglich. Gegenüber der Sowjetunion genügt Eindämmung nicht. Entspannung bedeutet Tod.

Nur die USA sind in der Lage, die unabhängigen Nationen Lateinamerikas als Partner vor der kommunistischen Eroberung zu schützen und mitzuhelfen, die hispano-amerikanische Kultur vor ihrer Sterilisierung durch den internationalen marxistischen Materialismus zu bewahren. Die USA müssen die Führung übernehmen. Nicht nur die Beziehungen der USA zu Lateinamerika sind in Gefahr, sondern es steht das Überleben unseres Landes selbst auf dem Spiel.“

Aus: „Eine neue interamerikanische Politik für die 80er Jahre“, ASK, Frankfurt

Hart wurde das Land vom Zuckerboykott der USA getroffen. Im Mai 1983 reduzierte Washington die jährlichen Zuckerlieferungen Nicaraguas an die USA einseitig von 59 000 auf 6 000 Tonnen, was praktisch einer Streichung gleichkam. Nicaragua, ohnehin nicht üppig mit Devisen versorgt, mußte auf Exporterlöse in Höhe von über 15 Millionen Dollar verzichten. Mittlerweile sind andere Märkte gefunden worden, auf denen aber keine vergleichbaren Preise erzielt werden können.

Dennoch bemüht sich Managua, neue Handelspartner zu finden, vor allem in der Dritten Welt und in den Staaten des Warschauer Paktes. Die Rolle des wichtigsten Handelspartners hat inzwischen Mexiko von den USA übernommen.

Die Vereinigten Staaten führen ihren ökonomischen Krieg gegen Nicaragua aber nicht nur mit wirtschaftlichen, sondern auch mit militärischen Mitteln, besser: sie lassen führen. Die vom US-Geheimdienst CIA bezahlten, ausgebildeten, ausgerüsteten und zum Teil sogar eingekleideten Konterrevolutionäre konzentrieren sich bei ihren Anschlägen auf Wirtschaftssabotage.

Öltanks in den bedeutsamen Häfen des Landes wurden bei Kommandounternehmen in Brand geschossen, wichtige Straßen oder Brücken besetzt oder gesprengt, es gab zahllose Anschläge während der Baumwoll- und Kaffee-Ernten. Und nicht zuletzt werden immer wieder Agrarexperten (die bei der Verwirklichung der Bodenreform mithelfen), Ingenieure, Ärzte, Krankenschwestern und Lehrer überfallen und ermordet.

Das ist der unerklärte, aber offizielle Krieg der USA gegen Nicaragua, von der Reagan-Administration politisch beschlossen, von den US-Verbündeten mindestens geduldet, von nordamerikanischen Steuergeldern bezahlt, von schätzungsweise 10 000 Konterrevolutionären, den *Contras*, militärisch geführt – und vom Volksgerichtshof in Den Haag im Mai 1984 vorläufig verurteilt. Aber das kümmert die USA genausowenig wie ihre übrigen völkerrechtlichen Verstöße.

Am 21. Februar 1984 wies Daniel Ortega, Koordinator der Regierungsjunta, in einer Rede anlässlich des 50. Todestages von Augusto César Sandino darauf hin, daß auch im fünften Jahr der Revolution die USA wieder Millionen

Dollar dafür ausgeben werden, „den Schmerz unseres Landes zu steigern“. Seit März 1982, sagte Ortega, habe die US-Administration 73 Millionen US-Dollar dafür eingesetzt – 73 Millionen Dollar „um Nicaraguaner umzubringen, die Bemühungen des Wiederaufbaus zu zerstören, 73 Millionen um Nicaraguaner zu töten, zu verwunden, zu kidnappen, um landwirtschaftliche Kooperativen und Maschinen zu zerstören, Treibstofflager, Schulen und Gesundheitszentren“ – die Kosten dieses Krieges, sagte Ortega, überschreiten bereits 200 Millionen US-Dollar.

Am 15. April 1983 zitierte die *New York Times* Ronald Reagan mit dem Satz: „Wir tun überhaupt nichts, um zu versuchen, die nicaraguanische Regierung zu stürzen.“ Als der Präsident das sagte, war seine Entscheidung, geheime Aktionen gegen das unliebsame mittelamerikanische Land zu gestatten, schon zwei Jahre alt.

Am 9. März 1981 baute Reagan die unter seinem Amtsvorgänger begonnenen Aktivitäten zur Finanzierung oppositioneller Gruppen in Nicaragua aus und erweiterte sie um die militärische Komponente der *covert actions*, verdeckte militärische Maßnahmen. Für alles zusammen bewilligte der Präsident zunächst rund 19 Millionen Dollar. Seit diesem Zeitpunkt sind die USA in den Krieg gegen Nicaragua verstrickt.

Anschläge hatte es schon früher gegeben, die ersten noch im Jahr der Befreiung von Somoza, 1979. Aber die Nationalgardisten, die nach dem Triumph über die Grenze nach Honduras geflohen waren und von dort aus versuchten, hier und da einen Grenzposten zu überfallen, stellten keine ernste Gefahr dar. Mit der Unterstützung aus Washington wurde das anders.

Die Vereinigten Staaten hatten zunächst Probleme mit der Mittelvergabe für die *Somozistas*. Da die *Guardia Nacional* bekanntermaßen verhaßt war bei der nicaraguanischen Bevölkerung, lief man Gefahr, den Nationalismus zu stärken, was das Gegenteil des für die USA Wünschenswerten bedeutet hätte. Andererseits aber waren die Nationalgardisten die einzigen, die man für einen Krieg gegen die Sandinisten benutzen konnte.

Die zweite Schwierigkeit für die Reagan-Administration lag in der Frage, wie die Aggression begründet werden sollte. Washington fürchtete Widerstand gegen eine offizielle Finanzierung eines Umsturzes in Nicaragua. So kam es zu den Erklärungen der Administration, Managua liefere Waffen an die salvadoranische Guerilla und das solle mit den US-Aktionen unterbunden werden.

Eine seltsame Situation: Washington finanziert Söldner, die Nicaraguas Regierung stürzen wollen, damit sie angebliche Waffenlieferungen nach El Salvador verhindern, die sie aber gar nicht interessieren.

Reagan bekam innenpolitischen Widerstand zu spüren. Eine offene, von Senat und Repräsentantenhaus sanktionierte Unterstützung der Konterrevolutionäre ist nach wie vor nicht durchsetzbar. So bleiben der Präsident und seine

Anhänger bei ihrer Version der Waffenlieferungen, und die Finanzierung der *Contra* nimmt immer größere Ausmaße an.

Dabei verbietet die US-amerikanische Gesetzgebung ihrer Regierung jegliche Anstrengung, die auf den Sturz einer anderen Regierung zielt, – ganz abgesehen davon, daß das US-Engagement internationale Abkommen, darunter die Charta der Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten, verletzt.

Wie eng die CIA vor allem mit der von Honduras aus operierenden *Fuerza Democrática Nicaragüense* (FDN) verwoben ist, zeigte spätestens ein Bericht des Nachrichtenmagazins *Time* vom April 1983. Danach steht an der Spitze der eigentlich rein militärischen Organisation FDN ein „politisches Koordinationskomitee“, das aus vermögenden Exil-Nicaraguanern und ehemaligen hohen Nationalgardisten gebildet wird. Sodann existieren drei Generalstäbe – einer aus früheren Offizieren der *Guardia Nacional*, einer aus Nationalgardisten, hondurenischen Militärs, argentinischen Ausbildern und CIA-Vertretern, und schließlich ein Stab, der sich aus CIA-Experten und US-Militärs zusammensetzt. Zu diesem rein amerikanischen Generalstab schreibt *Time*, er sei „angeblich das Gehirn des Aufstands“. Das Magazin beruft sich bei seinem Artikel im wesentlichen auf Quellen aus der FDN. Maßgebliche Führungskraft der FDN ist, berichtet *Time*, der US-Botschafter in Honduras, Negro-ponte. Eigentlich kein Wunder, daß Reagan die *Contras* im Mai 1983 als „Freiheitskämpfer“ bezeichnete – es sind ja seine eigenen Leute.

Nachdem diese „Freiheitskämpfer“ 1981 die versprengten Nationalgardisten in Honduras versammelt hatten, begannen sie – unter maßgeblicher Beteiligung argentinischer Geheimdienstler – mit dem Trainingsprogramm. Die ausgebildeten *Contras* starteten ihre erste nennenswerte Offensive Mitte 1982. In Gruppen von 20 bis 30 Mann kamen sie über die Grenze, attackierten die Zivilbevölkerung und versuchten, in verschiedenen Provinzen Lager einzurichten. Die sandinistische Armee jagte sie im November wieder aus dem Land. Schon im Dezember 1982 griffen die Söldner erneut an, diesmal mit einer klaren Strategie: Einzelne Gruppen sollten in den Städten Sabotageakte verüben, andere in den ländlichen Regionen Straßen und Brücken zerstören. Weitere Einheiten schließlich versuchten, das nahe der hondurenischen Grenze gelegene Städtchen Jalapa einzunehmen und ein Stück nicaraguanisches Territorium zu „befreien“. Der Plan schlug fehl, hauptsächlich aufgrund von Koordinationsproblemen der *Contras*.

Die Führungskräfte der FDN änderten die Taktik. Anfang 1983 wurden sogenannte *task forces*, flexible Gruppen mit etwa 250 Söldnern, ins Innere Nicaraguas geschickt mit dem Auftrag, einen Volksaufstand zu provozieren. Auch in diesem Plan war der Versuch enthalten, Jalapa einzunehmen; auch diese Attacke scheiterte an den Regierungstruppen. Die geschlagenen Konterrevolutionäre zogen sich nach Honduras zurück.

Honduras – das Armenhaus in Mittelamerika

Zu Zeiten Somozas hatte Nicaragua die Funktion eines Polizisten, der im Auftrag der USA in Zentralamerika nach dem Rechten sah. Diese Rolle hat jetzt Honduras übernommen.

Honduras ist das Armenhaus Mittelamerikas, 70 Prozent der Bevölkerung mangelt es an Nahrung, Trinkwasser, medizinischer Versorgung oder einem regelmäßigen Einkommen. Regiert wird das Land seit Januar 1982 (nach jahrelanger Militärherrschaft) von einem zivilen Präsidenten, Roberto Suazo Córdova, der aber faktisch machtlos ist: Das Sagen haben die Militärs. Eine besondere Rolle spielte dabei der Armeechef Alvarez, der die Grundsteine für die Militarisierung des Landes und die immer engere Anbindung an die USA legte. Alvarez wurde im April 1984 gestürzt und durch den General Walter López ersetzt, was aber die Stellung von Tegucigalpa gegenüber Washington nicht grundlegend verändern durfte.

Die USA haben Honduras zu ihrem Kasernenhof gemacht. Das Land liegt, mit seinen Grenzen zu Guatemala, El Salvador und Nicaragua, strategisch günstig, ist dünn besiedelt und hat keine bewaffnete Opposition, die der Staatsführung ernsthafte Kopfschmerzen bereiten würde. Ein Ansteigen der internen Repressionsmaßnahmen war vor allem unter Alvarez zu beobachten, erreichte aber nie solche Ausmaße wie im somozistischen Nicaragua oder in den übrigen Nachbarstaaten wie Guatemala oder El Salvador. Washington hat auch ein Interesse daran, derartige Vorkommnisse weitgehend zu unterbinden, um das demokratische Image Honduras' in der westlichen Öffentlichkeit nicht zu gefährden.

Honduras ist das Aufmarschgebiet der Vereinigten Staaten in Zentralamerika – Militärbasen, Truppenstationierung, ständige Manöver (immer im Verbund mit der erstklassig ausgerüsteten hondurenischen Armee) lassen daran kaum Zweifel aufkommen.

Wirtschaftlich würde das Land ein Ende der US-amerikanischen Unterstützung kaum verkraften. Aus der Bundesrepublik bekam Honduras von 1980 bis 1983 rund 53 Millionen DM. Auf die Auszahlung von zwei Millionen DM für „fernmeldetechnische Einrichtungen“, die im Haushaltssplan von 1982 vorgesehen waren, wurde bisher noch verzichtet.

Die Vertretung Washingtons in Tegucigalpa ist die größte Botschaft in Lateinamerika. US-Botschafter Negroponte koordiniert die Zusammenarbeit zwischen den *Contras*, der hondurenischen und der nordamerikanischen Armee. Langfristig zeichnet sich ab, daß in Honduras eines Tages ein Ersatzstützpunkt für das Südkommando der US-Streitkräfte, das sich in der Kanalzone von Panama befindet, aufgebaut werden soll.

Die hondurenische Armee stellt für Nicaragua auf militärischem Gebiet – neben den US-marines – die größte Gefahr dar.

Im August/September 1983 begann die nächste Offensive mit dem Ziel, ein Gebiet innerhalb Nicaraguas einzunehmen, zum „befreien“ Territorium zu erklären und die hondurenische Armee sodann zur „brüderlichen“ Hilfe zu rufen. Zu diesem Zweck sollten zunächst die Ortschaften Ocotal in der Provinz Nueva Segovia und Somoto im *Departamento* Madriz eingenommen werden. Die Sandinisten waren schneller und stationierten ihre Truppen in dem Gebiet. Es kam zu schweren Gefechten. Nach einem anfänglichen Rückzug fielen die *task forces* wieder ein, wohl auch ermutigt durch die US-Invasion auf der Karibik-Insel Grenada und die andauernden Manöver nordamerikanischer Streitkräfte mit der Armee von Honduras. Mitte Januar 1984 war auch diese Offensive zurückgeschlagen, es blieben nur kleine, von den Sandinisten eingeschlossene *Contra*-Gruppen in den Provinzen Jinotega und Matagalpa zurück.

Ende Februar 1984 starteten die *Contras* ihre Generaloffensive, der Jubiläumsangriff zum fünften Jahrestag der Revolution sozusagen. 5000 Mann, aufgeteilt in fünf Kommandos, sickerten in verschiedene Landesteile ein, mit einer völlig neuen Taktik. Hatten sie früher direkte Auseinandersetzungen mit der Armee Nicaraguas eher vermieden und sich immer so schnell wie möglich wieder über die Grenze begeben, so blieben die Söldner dieses Mal im Land.

Die Sandinisten schlugen sie zwar „wie niemals zuvor“, sagte ein nicaraguanischer Geheimdienstoffizier, dennoch zogen sich die Konterrevolutionäre nicht zurück. Als Grund dafür vermuten die Nicaraguaner, daß die FDN-Spitze eine allgemeine Ausweitung der Kämpfe glaubhaft machen will und bereit ist, die verbliebenen Kommandos zu opfern.

Bei den gesamten fünf Offensiven hat die FDN nach Angaben des nicaraguanischen militärischen Geheimdienstes allein zwischen Januar 1983 und Mai 1984 fast 2000 Leute verloren. Gleichzeitig kamen durch diese Angriffe rund 1800 Zivilisten ums Leben. Über die Verluste der Armee macht der Geheimdienst keine Angaben. Von 1979 bis Mitte 1984 sind nach einer Erklärung von Juntachef Daniel Ortega über 7000 Nicaraguaner Opfer des verdeckten US-Krieges geworden.

Daß sich die Unterstützung der USA für die *Contras* nicht nur in Geldmittel beschränkt, sondern daß US-Armee und CIA-Mitarbeiter auch direkt an den Kampfhandlungen beteiligt sind, zeigten die Angriffe auf die nicaraguanischen Häfen und deren Verminung. Die *Contras* sind fest in CIA-Hand. Die Ausbilder aus Argentinien waren nach dem Malvinen-Krieg abgezogen worden.

Zur Nachschublieferung an die Söldner innerhalb Nicaraguas haben die Konterrevolutionäre in der Nähe der Grenze auf hondurenischem Territorium ein Versorgungslager eingerichtet, das direkt von der Militärbasis El Aguacate in der hondurenischen Provinz Olancho beliefert wird. El Aguacate ist die

Kommandozentrale für die amerikanisch-hondurenischen *Big Pine*-Manöver und steht unter US-Kommando.

Das alles wird nicht sonderlich geheim gehalten. 1983 konnte ein skandinavischer Fernsehjournalist ohne Schwierigkeiten die Anlieferung von Waffen in einem Lager der *Contras* direkt aus den USA filmen. Es handelte sich um Maschinenpistolen, verpackt in Kisten mit der Aufschrift „NATO“.

Die USA versorgen auch die zweite Front Nicaraguas im Süden, wo die rund 3000 Mann der *Contra*-Gruppe ARDE operieren. Der bei dem Sturm auf den Nationalpalast im August 1978 als *Commandante Cero* bekanntgewordene Edén Pastora, seinem Lebenslauf nach eher ein Abenteurer, hatte die oppositionelle *Alianza Revolucionaria Democrática*, ARDE, 1982 zusammen mit dem Unternehmer Alfonso Robelo gegründet. Von Costa Rica aus fielen sie in kleinen Gruppen ins Land ein, richteten aber vergleichsweise nur geringen Schaden an. Die Vereinigten Staaten liefern der ARDE nicht nur Waffen und Lebensmittel, sondern unterstützten die Söldner auch beim Bau von Straßen, die das gesamte Jahr über benutzt werden können.

Die dritte *Contra*-Gruppe, die gegen die FSLN kämpft, besteht aus 2000 Indianern vom Stamm der Miskitos. 1982 flohen einige tausend von ihnen nach Honduras, darunter ganze Dorfgemeinschaften. Nicht alle gingen freiwillig mit. Die „Misura“-Armee ist aber militärisch unerfahren, nach Ansicht des nicaraguanischen Militär-Geheimdienstes „der schwächste Feind, den wir haben“.

Daß die Miskito-*Contras* ihre Kämpfer mitunter zwangsweise rekrutierten, gilt auch für die FDN und die ARDE, nur noch in stärkerem Maße. Aus diesem Grunde erließ die Regierungsjunta in Managua Ende 1983 eine Amnestie für Konterrevolutionäre, die aber nur für einfache Kämpfer, nicht für Offiziere, *Somozistas* und politische Drahtzieher gilt. Daß das Echo hinter den Erwartungen zurückblieb, erklären sich die Sandinisten mit der Tatsache, daß die Familien vieler *Contra*-Kämpfer in den Flüchtlingslagern jenseits der Grenze leben. Es wurden aber auch Fälle bekannt, in denen das hondurenische Militär Flüchtlinge die Rückkehr nach Nicaragua untersagte.

Die Konterrevolution ist trotz der massiven Unterstützung seitens der USA nicht in der Lage, die Sandinisten militärisch zu besiegen, was nicht zuletzt an der fehlenden Unterstützung durch die Bevölkerung liegen dürfte. Aber sie kann Zivilisten ermorden und mit ihren verstreuten Aktionen Einheiten der nicaraguanischen Armee binden. Das dient dann der Vorbereitung einer direkten Invasion ausländischer Streitkräfte, sei es durch die USA selbst, sei es durch ihre Stellvertreter des von den USA neu belebten Mittelamerikanischen Verteidigungsrates CONDECA, nämlich Honduras, El Salvador und Guatemala.

Die Konterrevolution kann die Wirtschaft Nicaraguas wenn schon nicht lahmlegen, so doch erheblich schädigen. Dazu gehörten etwa die Attacken auf die

El Salvador – der nächste Dominostein?

„Wenn Nicaragua gesiegt hat, wird auch El Salvador siegen“ – bei dem Gedanken daran, daß diese Parole Realität werden könnte, dürften Reagan und seine Mittelamerika-Strategen Alpträume bekommen. El Salvador befindet sich seit Jahren im Krieg, eine kleine Oberschicht aus Militärs und Oligarchie (eine Handvoll Familien, die den Großteil des bebaubaren Bodens ihr eigen nennen) wehrt sich verbissen gegen die Aufgabe ihrer Macht. Dabei bedient sie sich nicht nur der Armee, sondern auch der mit der militärischen Führung verquickten Todeschwadronen, die die Bevölkerung überall dort terrorisieren, wo die Soldaten zu sehr im Licht der Öffentlichkeit stehen. Tausende von Toten und Hunderttausende Flüchtlinge sind die unmittelbare Folge.

Gäbe es die immense Unterstützung der USA in Form von Militär- und Wirtschaftshilfe nicht, hätte die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí die Unterdrücker und ihr demoralisiertes Heer vermutlich längst aus dem Land gejagt. Die USA aber wollen ein „zweites Nicaragua“ nicht zulassen und pumpen daher Millionen von Dollars in das Land (Militär- und Wirtschaftshilfe zusammengenommen mehr als eine Million Dollar pro Tag), schicken Militärberater, lassen salvadoreische Soldaten in Honduras schulen und verkaufen geringe statistische Rückgänge der Morde an Zivilisten in der Öffentlichkeit als Besserung der Menschenrechtslage. Was die moralische Rechtfertigung für noch mehr Unterstützung liefern soll.

Die Guerilla kontrolliert erhebliche Teile des Landes, in denen sie ein Sozialsystem für die dort lebenden Menschen aufbaut. Um fehlenden Rückhalt der Befreiungsbewegung in der Bevölkerung vorzuspiegeln, organisierten die USA verschiedentlich Wahlen in El Salvador, die durchweg mit massiven Manipulationen verbunden waren. Aus der letzten Abstimmung ging der vor allem auch von konservativen westlichen Politikern geförderte Christdemokrat Duarte als Präsident hervor. Duarte ist ein Regierungschef ohne Macht, der etwa eine von verschiedenen Seiten angestrebte Verhandlungslösung in dem Konflikt – selbst wenn er es wollte – gegen die herrschende Führungskaste kaum durchsetzen könnte.

Für Nicaragua geht von El Salvador nur eine geringfügige Bedrohung aus, dazu ist das Land zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Der Einfluß läuft in entgegengesetzter Richtung: Die salvadoreischen Bauern haben am Beispiel Nicaragua erlebt, daß ein Sieg über die Unterdrücker möglich ist.

Sollte Washington die salvadoreischen Streitkräfte auffordern, sich an einer Invasion zu beteiligen, ist allerdings nicht mit Widerstand aus San Salvador zu rechnen.

Treibstofflager des Landes, die Angriffe auf die Häfen an Pazifik- und Atlantikküste sowie die Verminung der Häfen von Corinto, Puerto Sandino und El Bluff. Die Verminungen gefährdeten Nicaraguas Exporte und behinderten auch die Einfuhr von Lebensmitteln, Medizin und Rohstoffen. Die US-Firma Exxon (Esso) etwa, die die Raffinerie in Managua betreibt, weigerte sich, Öl von Mexiko nach Nicaragua zu transportieren – die *Contra* hatte gedroht, jedes ankommende Schiff zu sprengen.

Diese gezielten Schläge, auch gegen Erntehelfer, Agrarexperten, Lehrer, Ärzte und Kooperativenführer, sind nicht – wie immer wieder behauptet wird – innernicaraguanische Auseinandersetzungen. Sie sind der militärische Teil desselben Krieges, den die Wirtschaftsfachleute der Reagan-Administration vom Schreibtisch aus gegen Nicaragua führen.

Daß die CIA dabei offensichtlich auch nicht vor Gewalt gegen die eigenen Mitstreiter, wenn diese nicht „linientreu“ sind, zurückschreckt, zeigte das Bombenattentat vom 30. Mai 1984 auf Edén Pastora. Der Ex-Revolutionär hatte sich beharrlich geweigert, seine ARDE-Truppen mit denen der FDN zu vereinigen, weil ihm anscheinend mit den ehemaligen Nationalgardisten zu viele frühere Feinde in den Führungsgremien der im Norden operierenden *Contras* saßen. Pastoras Kollege Robelo dagegen befürwortete die von der CIA gewünschte Fusion von ARDE und FDN. Auf einer Pressekonferenz des *Commandante Cero* am 30. Mai 1984 explodierte eine Bombe, die neun Menschen tötete und etliche Verletzte forderte. Pastora wurde nur leicht verletzt. Am Tag vor dem Anschlag war ein Ultimatum der CIA an Pastora abgelaufen, sich für die Zusammenlegung der antisandinistischen Kräfte zu entscheiden, aber der Konterrevolutionär lehnte ab.

Nach der Tat zeigte er sich bereit, mit den „demokratischen Kräften“ der FDN zusammenzuarbeiten, da aber war die Fusion der anderen ARDE-Gruppen mit der FDN schon perfekt. Pastora und seine Leute wurden Ende Juni 1984 ausgeschlossen. Wer die Bombe gelegt hatte, konnte nicht eindeutig geklärt werden, wahrscheinlich aber war es ein uruguayischer Agent, der im Auftrag des nordamerikanischen Geheimdienstes handelte.

Die internen Streitereien sind übrigens nicht die einzigen Probleme, die die Konterrevolutionäre außerhalb Nicaraguas haben. In Honduras wurden nach dem Sturz des US-hörigen Armeekommandanten Alvarez im April 1984 Stimmen laut, die die FDN außer Landes wissen wollten. Der neue Armeechef, General Walter López, gilt als besonnener als sein Vorgänger.

Viel Bewegungsfreiheit hat Honduras aber in solchen Fragen nicht mehr. Die USA haben das ärmste Land der Region seit 1982 konsequent zu einen Militärstützpunkt verwandelt, Ausbildungszentren, Materiallager, Überwachungsstationen und Landebahnen für Militärmassen gebaut. Permanent finden gemeinsame Manöver statt, über 1700 US-Soldaten sind fest in Honduras stationiert, die Manöverplanungen laufen bis 1988. Bei den Übungen unter

Guatemala – 30 Jahre ununterbrochen Militärdiktatur

Die einzige demokratische Regierungsphase, die es jemals in Guatemala gegeben hat, dauerte zehn Jahre und wurde 1954 von der CIA beendet. Seitdem herrschen in dem Land ununterbrochen die Militärs und lösen sich gegenseitig hin und wieder durch Putsch ab. Seit Mitte 1983 regiert General Oscar Mejía Víctores. Er und seine Vorgänger haben in Guatemala eines der brutalsten Regime aufgebaut, die es in Lateinamerika überhaupt gibt. Die ungeheuren Menschenrechtsverletzungen führten sogar dazu, daß sich das offizielle Verhältnis zwischen den USA und Guatemala erheblich abkühlte. Die weiterhin gewünschte Militärhilfe leisten vertretungsweise Taiwan und vor allem Israel.

Guatemalas Bevölkerung besteht zu 70 Prozent aus Indianern, die nach Feststellung internationaler Menschenrechtsorganisationen systematisch verfolgt, das heißt ausgerottet werden. Die Armee ist im wesentlichen in Aufstandsbekämpfung geschult, die vorhandenen Guerilla-Organisationen wurden immer wieder aufgerieben.

Die Vereinigten Staaten haben an Guatemala auch ein wirtschaftliches Interesse: Im Norden des Landes gibt es Öl. Ansonsten kracht die Wirtschaft. Die dritt wichtigste Einnahmequelle, der Tourismus, ist aufgrund der Situation im Land praktisch zum Erliegen gekommen. Tausende von Guatemalteken sind auf der Flucht vor den Soldaten, leben schutzlos in den Bergen oder befinden sich in Lagern in Mexiko.

Guatemala gehört zu den Staaten, die sich an einer Stellvertreter-Invasion in Nicaragua beteiligen könnten. Ausbildungsstand und Ausrüstung der Armee sind ähnlich gut, zum Teil sogar besser als bei den hondurensischen Soldaten.

der Bezeichnung *Big Pine II*, die bis Anfang 1984 durchgeführt wurden, hieß der angenommene Feind „Corinto“ – in der gleichnamigen nicaraguanischen Hafenstadt flogen kurze Zeit später die Öltanks in die Luft.

Nicaragua hat der Aggression von außen nicht so viel entgegenzusetzen, wie etwa die USA gerne behaupten. Glaubt man den Verlautbarungen aus Washington, hat die FSLN eine 100 000-Mann-Armee aufgestellt, lauter durchtrainierte Elitesoldaten, angeblich bestens ausgerüstet mit dem Modernsten, was Moskau an militärischen Kleinoden zu bieten hat. Aber die Realität sieht anders aus, und nicht unbedingt zum Besten des Landes.

Am Ende des Krieges gegen Somoza hatte die FSLN rund 15 000 Nicaraguaner unter Waffen, gut ausgerüstet war davon aber nur ein Drittel. Nach dem Triumph wurden sie entwaffnet.

Seit Februar 1981 gibt es die sandinistischen Volksmilizen, eine Institution, an der sich Tausende von Frauen und Männern freiwillig beteiligen. Die Milizio-

näre erhalten eine militärische Grundausbildung und stellen Hilfskräfte beim Wiederaufbau des Landes, dienen aber auch zur Unterstützung des *Ejercito Popular Sandinista*, des Sandinistischen Volksheeres.

Dieses Heer hat nach offiziellen Angaben zwischen 13 000 und 15 000 Soldaten, andere Quellen sprechen von 30 000. Die Zahl der Milizangehörigen dürfte zwischen 150 000 und 200 000 Männern und Frauen liegen, die Frauen stellen etwa einen Anteil von 30 Prozent.

Aber auch wenn andere zentralamerikanische Staaten vergleichweise weniger Soldaten zur Verfügung haben, so ist ihre technische Ausstattung nicht zuletzt aufgrund der Aufrüstung durch die USA dem Potential Nicaraguas haushoch überlegen. Nicaraguas Luftwaffe verfügt über drei Militärmaschinen, die schon 20 Jahre alt sind, sowie über eine Handvoll Propellerflugzeuge aus dem Besitz der ehemaligen Nationalgarde. Schließlich gibt es noch acht Hubschrauber, die für den Transport von Material vorgesehen sind, nicht für Kampfeinsätze.

Die Seestreitkräfte sind noch schlechter ausgerüstet – außer fünf Schnellbooten verfügt Nicaraguas Marine nur über Fischkutter und Yachten. Gesetzt der Fall, Honduras – mit der größten Kampfhubschrauberflotte Mittelamerikas und 15 Düsenflugzeugen – ließe sich von den *Contras* zu einem Luftkrieg gegen Nicaragua überreden, dann wären die Sandinisten praktisch wehrlos.

Trotz dieser Fakten verbreiten die USA das Bild eines bis an die Zähne gerüsteten Nicaraguas, vor dem sich ganz Mittelamerika fürchtet. Außenminister George Shultz, Repräsentant des immerhin mächtigsten Staates der Welt, forderte gar eine Reduzierung der sandinistischen Armee. Ausgerechnet die USA kritisieren, daß Nicaragua über mehr Waffen verfüge, als es brauche.

Eine der Reaktionen der Regierung auf die immer stärker werdenden Angriffe der Konterrevolutionäre war die Einführung des Wehrdienstes. Am 13. September 1983 verkündete die Junta das Gesetz über den „Patriotischen Militärdienst“, welches das fast genau vier Jahre zuvor gegründete Volksheer auf eine verbesserte organisatorische Grundlage stellen sollte.

Nach dem Gesetz werden Männer zwischen 18 und 40 Jahren zum aktiven oder zum Reservedienst herangezogen, Einberufungen zum im Regelfall zweijährigen aktiven Dienst können bis zum 25. Lebensjahr ausgesprochen werden. Die Teilnahme der Frauen ist freiwillig. Die Frage der Kriegsdienstverweigerung ist bisher gesetzlich nicht geregelt.

Die Reaktionen der nicaraguanischen Massenorganisationen auf die Einführung des *Servicio Militar Patriótico* waren überwiegend positiv, einige politische Parteien meldeten Bedenken an. Der größte Widerstand, der dann auch im Ausland am meisten Beachtung fand, kam vom hohen katholischen Klerus: Die nicaraguanische Bischofskonferenz veröffentlichte eine Stellungnahme, die völlig im Widerspruch zum Prinzip der politischen Abstinenz steht, die die

Die „offene Ader“ Panamas ist sein Kanal

Als ehemalige kolumbianische Provinz, die mit Hilfe der am Kanal (zwischen Pazifik und Atlantik) interessierten USA ein eigener Staat werden konnte, gilt Panama als von den Vereinigten Staaten abhängig. Dort befindet sich das Südkommando der US-Streitkräfte mit über 10 000 fest stationierten Soldaten. 14 Militärbasen hat Washington dort und den Kanal, der aber zum Jahr 2000 von den USA zurückgegeben werden soll. Vom Südkommando aus unternehmen Spezialflugzeuge Aufklärungsflüge über Mittelamerika, deren Ergebnisse der *Contra*-Führung und dem salvadorenischen Militär für ihre Planungen zur Verfügung gestellt werden.

In Panama werden auch lateinamerikanische Soldaten für die Zwecke der USA ausgebildet. In der Militärbasis *Escuela de las Américas* etwa, die zum 1. Oktober 1984 in panamaische Hände übergeht, wurden von 1950 an mehr als 50 000 Offiziere aus US-befreundeten Ländern gedrillt. Panamas Regierung hat eine künftige Nutzung durch ausländisches Militär untersagt.

Nach sechzehnjähriger Herrschaft des Militärs waren die Bürger des Landes im Mai 1984 zu Präsidentschaftswahlen aufgerufen, aus denen der Kandidat der Armee, Nicolas Ardito Barletta, mit knapper Mehrheit als Sieger hervorging. Ardito, zuvor Vizepräsident der Weltbank, will Panama mit einem technokratischen Monetarismus-Kurs aus der wirtschaftlichen Krise führen, eine Politik, die die Zustimmung der internationalen Finanzmanager des „Bankenplatzes“ (*Neue Zürcher Zeitung*) Panama findet.

Das Land ist Mitglied der Blockfreienbewegung und gehörte 1978/79 zu den Unterstützern der *Frente Sandinista*. Auch heute läßt sich keine bedingungslose politische Ankopplung an Washington erkennen: Panama ist einer der Contadora-Staaten, die sich um eine Vermittlung in der von den USA geschürten Krisensituation in Mittelamerika bemühen.

Kirchenoberen wiederholten von fortschrittlichen Priestern forderten. In dem Papier, das die Legitimität der nicaraguanischen Regierung in Frage stellt, rufen die Bischöfe indirekt zur Meuterei auf: „Da niemand gezwungen werden kann, die Waffen zu ergreifen, um eine bestimmte Ideologie oder politische Partei zu verteidigen“, heißt es in dem Dokument, „ist es zulässig, den Gehorsam zu verweigern“.

Für den einzelnen Nicaraguaner ist es natürlich ein Unterschied, ob er sich dem Heer aus eigenem Antrieb oder per Rekrutierung anschließt, bemerkenswert aber ist, daß die lauteste Kritik an dem Gesetz aus Kreisen kommt, die

die Ursache der vermehrten Verteidigungsanstrengungen Nicaraguas, die Konterrevolution, verschweigen oder klammheimlich unterstützen.

Das nicaraguanische Volk muß durch den Krieg eine Reihe von Entbehrungen ertragen, die noch weit über das Ableisten der Wehrpflicht hinausgehen. Tote, Verletzte, Entführte, Flüchtlinge – und Tausende von indirekten Opfern der Kampfhandlungen. Das sandinistische Zentralorgan, die Tageszeitung *Barriada* stellte im Juni 1984 die Frage, wie denn die Menschenverluste gezählt werden sollten, etwa wenn ein Kind Polio bekommt, weil der Gesundheitsposten zerstört oder weil ein Mitglied einer Gesundheitsbrigade verschleppt worden ist.

1982 betrug der Anteil für Verteidigung im Staatshaushalt noch 18 Prozent, heute frißt dieser Posten schon ein Viertel. Für Bildungs- und Gesundheitsmaßnahmen fehlt Geld, die entsprechenden Etats mußten gekürzt werden. Vorrangiges Ziel ist die Versorgung der Frontkämpfer und der ärmsten Schichten des Volkes. Wie ernst die Lage ist, verdeutlicht die Handelsbilanz von 1983: Importe im Wert von 940 Millionen Dollar stehen Exporte in Höhe von nur 461 Millionen Dollar gegenüber.

Eine der einschneidensten Maßnahmen, die die Regierungsjunta ergriff, betraf die Subventionierung der Güter des täglichen Bedarfs. In dieser Sparte war der Verbrauch kontinuierlich gestiegen, die Staatsaufwendungen mußten demnach von 57 Millionen Dollar im Jahr 1981 auf 135 Millionen Dollar im Jahr 1983 angehoben werden. Hochgerechnet ergaben sich für 1984 notwendige Mittel in Höhe von 190 Millionen Dollar – zuviel für die angeschlagene Kriegswirtschaft. Die Regierung verringerte die Liste der Güter des täglichen Bedarfs, deren Herstellung und Verteilung unter staatlicher Kontrolle stehen, von 25 auf zehn, sämtliche Subventionen – außer für Milch und Zucker – wurden gestrichen. Um Hamsterkaufen vorzubeugen, sind verschiedene Lebensmittel sowie Treibstoffe rationiert.

Nach wie vor gilt der im März 1982 verhängte Ausnahmezustand, wenn auch in abgeschwächter Form. Damals wurden verschiedene Anordnungen getroffen, die die Verteidigungsfähigkeit Nicaraguas bei einem etwaigen Angriff gewährleisten sollten, darunter Alarmbereitschaft für die Armee und die Verpflichtung aller Betriebe, Schutzeinrichtungen für die Belegschaften zu erstellen. Demonstrations- und Versammlungsrecht sind im Zuge der Wahlvorbereitungen wieder in Kraft gesetzt worden, das Streikverbot wurde im August 1984 aufgehoben.

Die Zensur der Medien, eingerichtet mit dem Ziel, konterrevolutionäre Propaganda zu unterbinden, bezog sich von Anfang an im wesentlichen auf zwei Bereiche: die Berichterstattung über militärische Vorkommnisse und über die Versorgungslage. Dennoch hat gerade die Pressezensur Nicaragua erhebliche Kritik eingebracht und vermutlich nicht unwesentlich zum Bekanntheitsgrad der Oppositionszeitung *La Prensa* beigetragen.

Costa Rica – Tummelplatz für Konterrevolutionäre

Das Land an der Südgrenze Nicaraguas, das mehr oder minder freiwillig als Refugium für die ARDE-Contras dient, ist offiziell neutral. Die „Schweiz Lateinamerikas“, sogenannt wegen der angeblichen Stabilität inmitten einer krisengeschüttelten Region, ist aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten längst nicht mehr so stabil wie früher. Auffällig ist an Costa Rica seine vorwiegend weiße Bevölkerung und der mit knapp 90 Prozent sehr hohe Alphabetisierungsgrad.

Costa Rica hat seit 1948 keine Armee mehr, sondern nur eine kleine Polizeitruppe. Das Land widersetzt sich auch allen Versuchen – vor allem aus den USA – wieder ein Heer aufzubauen. Als sich der sozialdemokratische Präsident Luis Alberto Monge 1983 weigerte, der Reagan-Administration die Einrichtung regulärer Militärbasen auf costa-ricensischem Territorium zu gestatten, antwortete Washington mit dem Stopp der Wirtschaftshilfe. Den USA ist dringend daran gelegen, auch den südlichen Nachbarn Nicaraguas militärisch kontrollieren zu können.

Trotz des Widerstands gegen die USA ist Costa Rica kein mit Nicaragua solidarischer Staat. Des öfteren wurden in San José Befürchtungen geäußert, das Land könne in die Konflikte um Nicaragua hineingezogen werden. Aber zu der vorbeugenden Maßnahme, die ARDE-Söldner aus dem Land zu weisen, konnte sich Costa Ricas Regierung nicht entschließen.

Solche Maßnahmen, wie auch die Einführung der Wehrpflicht oder eine mit dem Krieg wachsende Militarisierung des täglichen Lebens, mögen unvermeidbar sein. Aber der Unmut der Bevölkerung darüber wird sich genausowenig verhindern lassen.

Und selbst das noch ist ein Ziel der Reagan-Administration. Warum sollten die USA nicht gegen eine Regierung in den Krieg ziehen, mit der die Bevölkerung unzufrieden ist? Washington versucht mit der Unterstützung der Konterrevolution die Situation im Land zu schaffen, aus der sich Gründe für eine Intervention konstruieren lassen.

Versuche, die Gefahr einer solchen Intervention oder auch einer Ausweitung des Krieges auf die ganze zentralamerikanische Region endgültig zu bannen, hat es viele gegeben, die Erfolge sind alle mehr oder weniger entmutigend. Honduras etwa sperrt sich vehement gegen bilaterale Verhandlungen mit Nicaragua. Die Gespräche zwischen Nicaragua und den USA, nach dem Besuch des US-Außenministers Shultz in Managua im Juni 1984 aufgenommen, dürften aus Sicht Washingtons vor allem einem dienen: das amerikanische Wahlvolk glauben machen, daß Präsidentschaftskandidat Reagan nicht nur mit dem *big stick* umgehen, sondern auch mit seinen Gegnern reden kann.

Fragt sich, ob das nach der US-Wahl im November 1984 beibehalten werden soll.

Größte Resonanz hat in aller Welt die Initiative der Contadora-Staaten gefunden, zu denen Mexiko, Panama, Venezuela und Kolumbien gehören. Die Gruppe hat ihren Namen von einer Insel vor Panama, auf der die Außenminister der beteiligten Länder Anfang 1983 erstmals Überlegungen zur Konfliktlösung in Mittelamerika angestellt hatten. Dabei schufen sie sich einen Freiraum, der es ihnen ersparte, sich mit einer Seite solidarisieren zu müssen (auch wenn diese Überlegung nicht das Hauptmotiv der vier Staaten gewesen sein wird).

Vorgeschlagen wurden von den vier Staaten unter anderem eine Eindämmung der Rüstung, Abzug aller ausländischen Militärberater aus den Ländern Zentralamerikas, Unterbindung des Waffenhandels, allgemeine Wahlen und soziale Reformen. Die Contadora-Gruppe versteht sich als Vermittlungsinstanz, um eine Ausweitung der lokalen Konflikte zu vermeiden, die einzelnen Staatschefs fürchten wohl auch ein Übergreifen der Auseinandersetzungen auf ihre Länder.

Die Mittel, die sie vorschlagen, sind allerdings zur nachhaltigen Lösung kaum geeignet. Was zum Beispiel den Komplex „soziale Reformen“ angeht, so sollen die Ursachen der Kampfhandlungen etwa in El Salvador oder Guatemala – die ungerechte Verteilung von Grund und Boden, die absolute Ausbeutung der Bauern und Arbeiter – keineswegs angetastet werden. Der Begriff Agrarreform kommt überhaupt nicht vor in den Dokumenten der Gruppe.

Zum Abzug aller ausländischen Militärberater zeigte sich auch nur Nicaragua bereit. Und schließlich ist der Staat, der die Konflikte schürt, nämlich die USA, an den Verhandlungen direkt nicht beteiligt und kann sich mit den Vorschlägen ohnehin nicht anfreunden – sie würden den Einfluß der USA auf Zentralamerika entscheidend schwächen. Daß daran in Washington niemand denkt, zeigte unter anderem der Bericht der Kissinger-Kommission vom Januar 1984, der sich aus der Sicht der USA mit den Problemen vor Ort befaßt: darin werden unter anderem eine massive Aufrüstung der Verbündeten Nordamerikas und die Einbindung der Wirtschaftshilfe in die militärische Strategie gefordert. Die nach außen vertretene Unterstützung Reagans für die Contadora-Initiative ist eher propagandistischer Natur. Die Zeichen stehen auf Sturm.

Die Revolution achtet die Religion

„Unser Dienst für Gott im Priestertum hat uns zum Amt der Nächstenliebe gebracht, das sich in Nicaragua verwandelt hat in das Amt zur Unterstützung der Befreiungsbewegung des Volkes“

Sie sagen euch, daß ihr euch ein für allemal entscheiden sollt, entweder Priester oder Politiker zu sein.

Wir haben uns ausreichend entschieden, seit vielen Jahren. Wir haben uns immer als Christen ... gesehen, die sich dem Kampf unseres Volkes angeschlossen haben wegen des Evangeliums und für das Evangelium. Unser Dienst für Gott im Priestertum hat uns zum Amt der Nächstenliebe gebracht, das sich in Nicaragua verwandelt hat in das Amt zur Unterstützung der Befreiungsbewegung des Volkes; wir begleiten es von innen heraus, indem wir zusammen mit den Armen an der Verwandlung der Strukturen für die Sache der Gerechtigkeit teilnehmen. Unsere erste grundlegende Erklärung hat auch eingeschlossen, daß wir wegen dieser historischen, konkreten Anforderungen an das Amt der Nächstenliebe die sandinistische Volksrevolution unterstützen.

Ich glaube, es ist nicht nötig, weitere Erklärungen abzugeben. Aber ich bin bereit, meine eigene Erklärung in jedem Augenblick abzugeben, jetzt gleich: Ich bin Christ, ich bin Priester, ich möchte immer dem Glauben treu leben, treu der Kirche, treu dem Priestertum, treu der Gabe Gottes. Und um diese Treuebekenntnisse in meinem Volk historisch zu erleben, werde ich nie daran denken, mein Volk zu verraten, noch seine Geschichte und seine Revolution. Denn, wenn wir mit den Augen des Glaubens diesen Prozeß betrachten, der die Sache der Armen verteidigt, so finden wir auf seinem Grunde Gott. Indem wir die Sache der Armen vertreten, vertreten wir zugleich die Sache Gottes. Ich glaube, daß diejenigen, die von uns eine Entscheidung verlangen, in Wirklichkeit wollen, daß wir uns von etwas trennen, von dem wir fühlen, daß es Gott hier in Nicaragua zusammengeführt hat. Sie möchten, daß wir entweder das Priestertum oder die Revolution des Volkes verlassen, diese beiden Sachen, die ich tief vereint in meinem Leben fühle, in meinem Glauben und in meiner Geistigkeit. Tief fühle ich mich als Priester und zu gleicher Zeit tief verbunden mit dieser Sache, unserer Revolution.

Auszug aus einem Interview mit P. Fernando Cardenal sj., nicaraguanischer Erziehungsminister.

DIE SONST SO WÜRDIGEN HERREN SPRÜHTEN GIFT UND Galle. Der Erzbischof bezeichnete die Führer der FSLN als „Lügner“ und gar als „wilde Tiere“, das päpstliche Periodikum *Osservatore Romano* gebrauchte Vokabeln wie „maßlos“, „ungerechtfertigt“ und „extrem gravierend“. Es ging um die Ausweisung zehn ausländischer Priester, die an einer antisandinistischen Demonstration teilgenommen hatten.

Hintergrund der Geschichte: Der nicaraguanische Geheimdienst hatte den Priester Luís Amado Peña Mitte Juni 1984 der Kontaktaufnahme mit der Konterrevolution zugerechneten Kreisen überführt. Der 54jährige Geistliche war bei einem Gespräch mit dem Chef der „Inneren (FDN-)Front“, Pedro Hernán Espinoza, gefilmt worden. In der „Inneren Front“ sind bürgerliche Konterrevolutionäre innerhalb Nicaraguas vereinigt. Espinoza wurde verhaftet, Peña begab sich unter den Schutz von Erzbischof Obando y Bravo. Drei Wochen später rief Obando zu einer Solidaritätskundgebung für Peña auf, nach deren Ende es zu den Ausweisungen kam. Selbstverständlich hatte der hohe Klerus die konterrevolutionären Aktivitäten seines Schützlings bestritten. Das Verhältnis von Kirche und Staat in Nicaragua war wieder einmal zum Zerreissen gespannt.

Über 90 Prozent aller Nicaraguaner sind praktizierende Katholiken. Die Kirche hat im Alltag der Menschen in Lateinamerika – nach der gründlichen Missionierung – einen wesentlich höheren Stellenwert, als dies etwa bei den Mitgliedern der westeuropäischen Service-Kirchen der Fall ist. Fast die Hälfte aller Katholiken der Erde leben in Lateinamerika, leben meist im Elend und wurden von der Kirche in der Regel auf das Jenseits vertröstet. Das änderte sich mit dem Aufkommen der „Theologie der Befreiung“. Nach dem II. Vatikanischen Konzil und der Konferenz von Medellin predigte der Klerus nicht mehr nur das Seelenheil, sondern wandte sich auch den konkreten Bedürfnissen der unterdrückten Bevölkerung zu.

Die hohen Herren der katholischen Kirche aber behielten ihre traditionell konservative Haltung weitgehend bei, solidarisches Verhalten war den niederen Geistlichen oder mutigen Kirchenmännern wie Erzbischof Oscar Arnulfo Romero aus San Salvador vorbehalten. Vor allem Revolution oder Gewalt gegen die Herrschenden waren Rom ein Dorn im Auge. In der Enzyklika *Populorum progressio* von 1967 stellte Papst Paul VI. erst einmal kategorisch fest: „Jede Revolution erzeugt neues Unrecht“ – der geringe Freiraum, der fortschrittlichen *Padres* zugesagt wurde, fand nur in einem eingeschobenen

Nebensatz Platz: „Ausgenommen im Fall der eindeutigen und lange dauernden Gewaltherrschaft, die die Grundrechte der Person schwer verletzt und dem Gemeinwohl des Landes ernsten Schaden zufügt.“

Das war in Nicaragua vor 1979 zweifellos der Fall gewesen, was zu der Schlußfolgerung verleiten könnte, auch der hohe Klerus unterstützte die Sandinisten. Doch die christliche Revolution Nicaraguas, die von den Mitgliedern der Basisgemeinden miterkämpft wurde und mitgetragen wird, geht den meisten Bischöfen zu weit. Erzbischof Miguel Obando y Bravo war zwar auch gegen Somoza und für Reformen, nicht aber für eine Änderung des Systems.

Rückendeckung bekommt der konservative Geistliche, der als Sprachrohr der Reaktion gilt, vom Heiligen Stuhl in Rom. Das direkte Engagement von *Padres* für die Revolution – Außenminister Miguel d'Escoto, Kultusminister Ernesto Cardenal, Erziehungsminister Fernando Cardenal und OAS-Botschafter Edgar Parrales sind Priester – wurde wiederholt gegeißelt. Weniger prominente Befürworter der Revolution entfernte der Erzbischof kurzerhand aus ihren kirchenlichen Ämtern.

Daß sich die Volkskirche Nicaraguas ihre mühsam erkämpften Errungenschaften aber nicht so einfach wegnehmen läßt und sich nicht nur von der Vorherrschaft der USA, sondern auch von der Vorherrschaft des Vatikans emanzipieren kann, zeigte sich beim Papstbesuch im März 1983 in Managua. Johannes Paul II., wohlwissend um die bevorstehende Spaltung, predigte auf dem Platz der Revolution von der Einheit der Kirche als „Geschenk Gottes in Jesus Christus“, das um so kostbarer sei, „gerade weil es ‚zerbrechlich‘ und ‚bedroht‘ ist“. Kein Wort zu den Aggressionen, kein Wort zu den Opfern der Konterrevolution. Ein Entrüstungsturm brach los, der „Papa“ wurde – unerhört – von Protestrufen seiner mehreren hunderttausend Zuhörer unterbrochen.

Dennoch hat der Papst – bei aller Emanzipation der Kirchenbasis – einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Gläubigen. Johannes Paul II. und seine Vertreter der nicaraguanischen Bischofskonferenz stürzten die Christen der Basisgemeinden in einen tiefen Gewissenskonflikt, den sich interessierte Kreise umgehend zunutze zu machen versuchten: Die FDN produzierte Plakate mit dem Abbild des Papstes und der Aufschrift „Mit Gott und Patriotismus werden wir den Kommunismus besiegen“, die ARDE-Kämpfer unternahmen ihre weiteren Attacken mit Rosenkränzen um den Hals.

Zwei Monate nach seiner Lateinamerikareise soll Johannes Paul II. seine Position bei einem Besuch nicaraguanischer Bischöfe in Rom etwas revidiert und seine Gäste zum „Streben nach sozialer Gerechtigkeit und dem Wohl aller“ aufgerufen haben. Aber zumindest auf Erzbischof Obando y Bravo hatte das keinen Einfluß. Ende August 1983 begrüßte er anlässlich eines festlichen Gottesdienstes zum 25jährigen Jubiläum seiner Priesterweihe in

aller Form den Botschafter der USA als Ehrengast – ein gezielter Affront gegen die Regierung.

Auch sonst spart der wortgewaltige Kleriker etwa bei seinen Rundfunkansprachen nicht mit Kritik an den Sandinisten, wirft ihnen sogar Verfolgung der Kirche vor. Dem haben aber unabhängige Institutionen wie der Kirchenrat der USA oder auch der mexikanische Altbischof Sergio Mendez Arceo öffentlich widersprochen. „Die Revolution achtet die Religion“, bemerkte Junta-Koordinator Daniel Ortega dazu, erklärte aber auch in Anspielung auf den Fall Peña, die Revolution bestrafte „ohne Rücksicht auf Stand und Beruf all jene, die sich in konterrevolutionäre Umrübe einlassen“.

Obando y Bravo hat sich mittlerweile offen hinter die bürgerliche Opposition Nicaraguas gestellt und deren Nicht-Teilnahme an den Wahlen im November 1984 „wegen fehlender Voraussetzungen“ verteidigt. Und der Erzbischof sagte auch, wen er an der Macht sehen möchte: „Die Kirche ist der Ansicht, daß das Volk, sobald die Voraussetzungen für wirklich freie Wahlen geschaffen sind, für jene Männer stimmen kann, die die Religion respektieren“.

Im Klartext: Nach Auffassung des höchsten Vertreters des nicaraguanischen Klerus sind die Wahlen nur akzeptabel, wenn die Bürgerlichen gewählt werden.

Mit einer Rüge aus Rom muß Obando trotz dieser wenig theologischen Äußerung wohl nicht rechnen, vermutlich nicht einmal für seine Bemühungen, in den USA Geld zur Vorbereitung eines Umsturzes zu sammeln. Im Juli 1984 veröffentlichten die nordamerikanische Zeitschrift *National Catholic Reporter* und die mexikanischen Zeitungen *Uno mas uno* und *Punto* gleichzeitig ein Dokument, demzufolge Obando y Bravo einen Monat zuvor die US-Firma Grace um finanzielle Unterstützung angegangen war. Bei dem Papier handelt es sich um ein internes Memorandum an den Firmenchef, in dem Hilfe für Obando als einem Vertreter der „massivsten Oppositionskraft“, der Amtskirche, empfohlen wird.

Der Erzbischof hatte vorgeschlagen, ein „Führungstraining“ für Leute zu finanzieren, die nach einem militärischen Sieg der *Contra* jede Regierung fördern und schützen sollen, die eine „wirkliche Demokratie“ zu installieren versucht. Außerdem wird in dem Memorandum die Unterstützung Obandos beim Ankauf von reaktionärem katholischem Unterrichtsmaterial befürwortet, das noch vor dem angenommenen Umsturz in den Gemeinden eingesetzt werden und eine streng antikommunistische Ideologie transportieren soll.

Tasba Pri – „Freies Land“ Wiedergutmachung für die Miskitos

Instrumentalisierung der Miskito-Problematik

„Jeane Kirkpatrick erklärte in einem Fernsehinterview, daß 250 000 Miskitos ermordet worden seien, das ist die dreifache Anzahl aller überhaupt lebender Miskitos an der Atlantikküste.“

Die offensichtliche Instrumentalisierung der Miskito-Problematik für die Begründung der Aggressionspolitik der USA ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die US-Regierung die Menschenrechte ihrer gesamten Sichtweise der sozialen und politischen Probleme Zentralamerikas unterordnet. „Mit der Menschenrechtssituation im somozistischen Nicaragua oder derzeit in El Salvador konfrontiert, dürfen wir nicht nur an die internen Situationen denken, sondern müssen überlegen, wie das fragliche Land in das System der Ost-West-Beziehungen eingefügt ist. Ich kann hier bestätigen, daß die Regierung ihre Menschenrechtspolitik in den Ost-West-Konflikt stellt.“

Elliot Abrams, Staatssekretär für Menschenrechte und humanitäre Angelegenheiten im US-Außenministerium, Februar 1982. Aus nahua Script 5, Edition Nahua, Wuppertal 1984

Stichwörter aus dem Handbuch der Kulturpolitik des BUNDESDEUTSCHEN BÜRGERSCHAFTS

ZU DEM BEGRIFF „INDIANER“ FÄLLT DEM BUNDESDEUTSCHEN Bürger vielleicht erst einmal Winnetou ein. Und dann erinnert er sich, daß „da neulich etwas in der Zeitung stand“ von den Miskitos, von der „linken Regierung“ in Nicaragua, von „Völkermord und Konzentrationslagern“. Womit schon erreicht wäre, was Ziel der seit Jahren andauernden Propagandakampagne zum Miskito-Konflikt ist: Nicaragua in die Schublade „totalitäre Regimes“ zu stecken.

Die Probleme sind viel älter als die Revolution. Historisch zerfällt Nicaragua in zwei Teile: die spanisch kolonisierte Pazifikküste mit den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zentren – und das Gebiet der Atlantikküste, das sich die Briten im 17. Jahrhundert aneigneten.

In dem Küstenstreifen, der praktisch das halbe Land ausmacht, leben Indianer vom Stamm der Miskitos, der Sumu und der Rama sowie Creoles, Nachfahren von schwarzen Sklaven. Die Miskitos stellen den größten Teil der *Costeños*, rund 130 000. Insgesamt leben an der Atlantikküste nicht einmal zehn Prozent aller Nicaraguaner. Früher waren die Indianer Fischer oder lebten vom Ackerbau, sofern der Urwald, der die heutige Provinz Zelaya überzieht, dies zuließ. Die Briten nannten die Gegend im Norden Mosquitia, wegen der Moskito-Mücke, eigentlich als Spottname gedacht, und krönten einen (machtlosen) Mosquito-König.

Schon damals wurde das Ende der „indianischen Idylle“ eingeleitet. Die Engländer brachten den Handel und das Geld mit, das Leben in losen Verbänden ohne festgefügte, europäische Familienstrukturen ging spätestens mit der „Zivilisierung“ durch ausländische Missionare verloren. Hier taten sich besonders Mitglieder der deutschen Herrenhuter Brüdergemeinde, der Mährischen Kirche hervor, die den Urvölkern den Protestantismus beibrachten. 1860 gaben die Briten die *Costa Atlantica* auf und das Gebiet kam unter die Oberaufsicht der *Spaniards* von der Pazifikküste. Die Missionare der Mährischen Kirche, besser bekannt unter dem Namen „Moravia Church“, blieben.

Nicaraguas Atlantikküste gilt als Rohstoffreservoir, der Urwald birgt Edelholzer, der Boden Gold. Aufgrund des völligen Fehlens von Infrastruktur aber gestaltete sich die Ausbeute schwierig. Nordamerikanische Firmen kamen Anfang des 20. Jahrhunderts an die Küste, nahmen sich der Schätze an, viele Indianer wurden als Lohnarbeiter gewonnen – keine Spur mehr von Idylle. In

den indianischen Sprachen gibt es kein Wort für Lohnarbeit, man verwendete deshalb den englischen Ausdruck „work“.

Trotz dieser Entwicklungen blieben die Miskitos weitgehend von den Ereignissen an der Pazifikküste unberührt. Nur ihr Unmut über die *Spaniards* wuchs, weil aus dem Westen Nicaraguas immer mehr Bauern nach Zelaya vordrangen. Die wiederum mußten sich neues Land suchen, weil ihre ursprünglichen Felder vom Somoza-Clan annektiert worden waren.

Außer in den beiden „Hauptstädten“ der *Costa Atlantica*, Puerto Cabezas im Norden und Bluefields im Süden, hatten die *Costeños* also kaum etwas mit dem Kampf gegen Somoza zu tun gehabt, wußten zum Teil nicht einmal, welche Umwälzungen im Gange waren. In diese Situation platzten nach dem 19. Juli 1979 die jungen, tatendurstigen, spanischsprechenden Revolutionäre.

Die Konflikte waren vorprogrammiert, nachdem die FSLN die Verstaatlichung aller Ländereien ohne Besitztitel verfügt hatte: Kein Indianer besaß in juristischem Sinn das Land, das er bearbeitete. Die Sandinisten wollten das Rohstoffpotential Zelyas nicht ungenutzt lassen, angesichts des Devisenmangels eine zwangsläufige Haltung. Aber auch die „Segnungen“ der Revolution stießen bei den Indianern nicht auf Gegenliebe: In schlichter Übertragung ihrer Programme von der Pazifikküste verordneten die *Sandinistas* die Alphabetisierung in Spanisch ebenso wie den Aufbau von Massenorganisationen und Milizen.

Vor allem an der Frage der Alphabetisierung und an der Frage der Landnutzung erhitzten sich die Gemüter. Die Indianer sahen keine Veranlassung, Spanisch zu lernen, und da es für sie zunächst weder eine emotionale noch eine materielle Beziehung zur Revolution gab, war ihnen auch unverständlich, wieso sie etwa die Holzverwertung ausgerechnet den *Spaniards* gestatten sollten.

Im September 1979 hatten verschiedene Indianerführer in Anwesenheit von *Commandante Daniel Ortega* in Puerto Cabezas die Organisation *Misurasata*, die „Vereinigung von Miskitos, Sumu, Rama und Sandinistas“, gegründet. Der Verband verstand sich als mit der Revolution solidarische Interessenvertretung der Indianer, betrieb die Landverteilung und machte Verbesserungsvorschläge zur Alphabetisierungskampagne. So ist es heute jedem *Costeño* freigestellt, ob er sich in Spanisch, Englisch oder in Miskito alphabetisieren lassen will. Für die Indianersprachen mußte dafür eigens eine Schrift entwickelt werden.

Zum Wortführer von *Misurasata* hatte sich ein gewisser Steadman Fagoth-Müller gemacht. Fagoth, wie sich später herausstellte ein ehemaliger Spitzel Somozas, war alles andere als solidarisch mit der FSLN: Er machte sich für die Abkopplung Zelyas von Nicaragua stark. Anfang 1981 spitzten sich die Konflikte zu. Ein halbes Jahr zuvor hatten die Regierung und *Misurasata* ein Abkommen getroffen, das den Holzeinschlag in Gebieten mit ungeklärter

Besitzlage betraf. Danach sollte Managua 80 Prozent der Einnahmen aus solchen Regionen, die sowohl vom Staat als auch von den Indianern beansprucht wurden, in einen Sonderfonds für Dorfentwicklungsprogramme einzahlen. Die Beträge blieben vorerst aus, das Abkommen wurde erst im Februar 1981 ratifiziert, *Misurasata* protestierte.

Im gleichen Zeitraum deckte der nicaraguanische Staatssicherheitsdienst Fagoths „Plan 81“ auf, der seine separatistischen Tendenzen mit Massendemonstrationen untermauern lassen wollte. Am 19. Februar wurde die gesamte *Misurasata*-Führung verhaftet; bei der Festnahme eines Indianersprechers kam es in Prinzapolka zur ersten bewaffneten Auseinandersetzung mit Toten auf beiden Seiten.

Die meisten *Misurasata*-Führer blieben bis März, Fagoth bis Mai 1981 in Haft. Kaum freigelassen, setzte sich der Ex-Spitzel über die Grenze nach Honduras ab und nahm intensiven Kontakt zu den Konterrevolutionären auf. 3000 Miskitos folgten ihm.

Die Stimmung in Zelaya wurde immer regierungsfeindlicher. Als Fagoth noch in Haft war, hatten Demonstrationen für seine Freilassung stattgefunden, die von den *Sandinistas* gewaltsam aufgelöst worden waren. Nun, da Fagoth in Honduras war, tat er ein übriges und verbreitete über den Contra-Sender „Radio 15 de Septiembre“ – so genannt nach dem Datum der Unabhängigkeit Nicaraguas von Spanien 1821 – Berichte über angebliche Massaker der FSLN an den Miskitos. *Misurasata*-Vertreter, die noch mit der Regierung verhandeln wollten, bedachte er mit Morddrohungen.

Im März 1981 hatte die Indianerorganisation ihre Landforderungen formulieren wollen, dazu war es wegen der Verhaftungen nicht gekommen. Ende Juli legte sie umfassende Vorschläge in Managua vor, die einer Autonomie Zelyas gleichgekommen wären. Uneingeschränkte Kontrolle über die Territorien der Dorfgemeinschaften (was geheißen hätte, ein Drittel Nicaraguas fünf Prozent der Bevölkerung zu überlassen) war darin ebenso enthalten wie Selbstbestimmung, alleiniges Recht auf Nutzung der Rohstoffvorkommen und Garantie der kulturellen Identität.

Die Präsentation dieses Papiers bildete den offenen Bruch zwischen *Misurasata* und der FSLN. In einer Grundsatzzerklärung vom August 1981 garantierte die Regierung den indianischen Gemeinschaften Landbesitz, Organisationsfreiheit, Erhalt von Sprache und Traditionen und Unterstützung bei Entwicklungsmaßnahmen, stellte aber ausdrücklich fest: „Nicaragua ist eine einzige Nation, gebietsmäßig wie politisch. Sie kann nicht zergliedert, geteilt oder ihrer Souveränität und Unabhängigkeit beraubt werden.“ Und: „Die natürlichen Ressourcen unseres Territoriums sind Eigentum des Volkes.“ Letzteres bedeutete, daß der Staat zwar Ansprüche der Indianer auf Nutzung oder Ausgleichszahlungen anerkannte, nicht aber deren alleinige Kontrolle über Boden- und Naturschätze zulassen wollte.

Und auch nicht konnte: Ohne den Erlös aus Vorkommen der Atlantikküste wären Schuldendruck und Devisenmangel noch gefährlicher für die nicaraguanische Wirtschaft geworden.

Misurasata existierte nicht mehr. Steadman Fagoth gründete später in Honduras die Miskito-Armee *Misura*, die ihre konterrevolutionären Kämpfer unter den 15 000 nach Honduras geflüchteten Indianern rekrutieren. Eine andere Gruppe unter dem Ex-*Misurasata*-Führer Brooklyn Rivera schloß sich den ARDE-Kräften in Costa Rica an.

Die *Contras* hatten bald gemerkt, daß die Auseinandersetzungen in Zelaya eine große Chance für sie waren: Sie begannen, die Konflikte nach Kräften zu schüren. Einheiten der FDN kamen über den Rio Coco, griffen Alphabetisatoren, Gesundheitshelfer und andere, mit den Sandinisten kooperierende Miskitos an, Militärposten und Versorgungseinrichtungen wurden ebenfalls attackiert. Die FSLN war gezwungen, ihre Truppenpräsenz vor allem in Nord-Zelaya zu erhöhen. Viele Miskitos, die noch nie so viel Militär auf einmal gesehen hatten, fühlten sich wie belagert.

Die ausufernden militärischen Auseinandersetzungen mit immer mehr Toten auf beiden Seiten und der Zivilbevölkerung zwischen den Fronten führten 1982 zu einer Aktion der FSLN, die ihr weltweit Kritik einbrachte: die Umsiedlung der indianischen Dorfgemeinschaften vom nicaraguanisch-hondurischen Grenzfluß Rio Coco ins Innere des Landes.

Es existieren sehr unterschiedliche Ansichten zu dieser Maßnahme. Während die internationale Rechte unplötzlich ihr Herz für die Indianer entdeckte und mit ungeheurem publizistischen Aufwand auf Nicaragua einschlug, meldeten sich auch ernstzunehmende Stimmen, die die Umsiedlung kritisierten. Ohne Frage waren die Miskitos selbst nicht einverstanden damit, daß sie ihr angestammtes Gebiet verlassen sollten.

Auf der anderen Seite kann die FSLN eine Reihe von Argumenten anführen, die die Aktion unumgänglich machten: Im Dezember 1981 war der Plan „Rote Weihnacht“ bekanntgeworden, der die militärische Annektierung Nord-Zelayas durch die Konterrevolutionäre vorsah. Schon zuvor hatten die *Contras* die Indianerdörfer als Schutzschild benutzt, wenn sie nach Angriffen innerhalb Nicaraguas über den Rio Coco in ihre Lager zurückkehrten. Die Gefahr, daß die Miskitos zwischen den kämpfenden Parteien aufgerissen werden würden, erwies sich als immer drohender.

Die Sandinisten entschlossen sich, die Grenze dicht zu machen. Im Januar 1982 wurden die Dörfer geräumt. Alte und Schwangere wurden mit Hubschraubern ausgeflogen, die übrigen mußten vier Tage zu Fuß gehen, dann gab es Wege, auf denen sie in Lastwagen in ihre neue Heimat gefahren werden konnten. Viel böses Blut gab es, weil die Armee die alten Dörfer dem Erdboden gleichmachte, Häuser niederbrannte und Vieh schlachtete. Aber auch da blieb den Sandinisten keine Wahl. Es wäre einer Unterstützung der

Contra gleichgekommen, ihr das nicht transportable Eigentum der Miskitos zu überlassen.

25 000 Miskitos hat die Regierung im Januar 1982 umsiedeln lassen, einige zogen zu Angehörigen, einige gingen über die Grenze nach Honduras, 8 000 wurden in den Neuansiedlungen von Tasba Pri – „Freies Land“ in der Miskito-Sprache – untergebracht. Im November desselben Jahres wurden noch einmal 7 000 Indianer umgesiedelt, die in staatlichen Betrieben ein neues Auskommen fanden.

Tasba Pri ist so etwas wie eine Wiedergutmachung für die Umsiedlung. 53 000 Hektar Land hat die Regierung in der Nähe der Minenstadt Rosita roden lassen und in Windeseile fünf *Asentamientos* (Siedlungen) aus dem Boden gestampft. In diesen Ansiedlungen verfügt jede Familie über ein eigenes, festes Haus aus Holz und über ein Stück Land für Ackerbau. Dorfgemeinschaften wurden nicht auseinandergerissen. Da der Urwaldboden nur begrenzt für Landwirtschaft zu nutzen ist, begann man sofort mit dem Aufbau einer holzverarbeitenden Industrie. Bei Bedarf finanzierte die Regierung Kleidung und Nahrung für die Umgesiedelten. Jedes der fünf neuen Dörfer, die von weitem ein wenig an deutsche Kleingartensiedlungen auf Stelzen erinnern, verfügt über einen Gesundheitsposten, eine Schule und eine Kirche.

Die Umsiedlung nach Tasba Pri bedeutete nicht, daß die Indianer gezwungen waren, dort zu leben. Es stand jedem frei, die *Asentamientos* zu verlassen und sich irgendwo anders anzusiedeln – nicht wenige machten anfangs von dieser Möglichkeit Gebrauch. Sie durften nur nicht wieder an den Rio Coco zurück. Auch das Tragen von Feuerwaffen ist Zivilisten in der Region verboten, ihre Macheten konnten die Indianer behalten.

Viele, die Tasba Pri kurz nach ihrer Ankunft wieder verlassen hatten, kehrten später zurück: nirgendwo in ganz Nicaragua können sie so viel staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Auch die Haltung vieler Miskitos zu den Sandinisten hat sich geändert, nachdem sich *Contra*-Überfälle auf ihre Dörfer häuften und immer mehr Indianer nach Honduras verschleppt wurden. Die Sandinisten melden sogar, daß sich in verschiedenen Gemeinden Milizen gebildet haben, die sich gegen die *Contras* selbst schützen wollen. Direkt nach der Revolution waren Versuche, die Miskitos in Milizen zu organisieren, fehlgeschlagen.

Als im April 1984 eine Gruppe von Söldnern versuchte, die Bewohner des Tasba-Pri-Dorfes Sumubila zu entführen, wehrten sich die Indianer. Acht wurden getötet, 15 verletzt, 40 verschleppten die *Contras*. Die übrigen konnten sich widersetzen oder fliehen und machten sich nach dem Überfall an den Wiederaufbau ihrer Siedlung.

Die FSLN tut ihr möglichstes, nach den anfänglichen Fehlern die Miskitos in Ruhe zu lassen und sie mit Gesundheitsfürsorge und Entwicklungsprogram-

men zu unterstützen. Aber es dürfte noch lange dauern, bis die Indianer die Sandinisten akzeptieren.

Daß die Regierungsjunta ihr früheres Versagen in diesem Bereich nicht vergißt, dafür sorgen schon die Konterrevolutionäre. Mit schöner Regelmäßigkeit verbreiten sie Meldungen über Massaker, Vergewaltigungen oder Morde an Miskitos, die in der Mehrzahl keiner Überprüfung standhalten würden, aber dennoch gerne von westlichen Zeitungen aufgegriffen und von konservativen Politikern angeprangert werden.

Anfang 1982 etwa bezichtigte der damalige US-Außenminister Haig die FSLN des Völkermords und legte zum Beweis einige Fotos vor. Die Aufnahmen zeigten zwar tote Miskitos, stammten aber aus der Somoza-Zeit. Zwei Wochen später kam das Dementi, eines der wenigen. Ohne Dementi blieb etwa die Behauptung eines Bonner CDU-Politikers, die Sandinisten würden einen ganzen Indianerstamm am Rio Coco „systematisch“ ausrotten. Die Welt schrieb seitenweise über die „Enteignungs-, Vertreibungs- und Mordpolitik der Sandinisten“.

Anläßlich des Falles von Bischof Salvador Schlaefer, einem Nordamerikaner, der seit 1947 in Nicaragua arbeitet und im Dezember 1983 mit Indianern aus dem Dorf Francia Sirpe nach Honduras ging, kam die Miskito-Problematik erneut in die westlichen Medien. Ein Trupp *Contras* war in das Dorf eingefallen und hatte die Bewohner – mehr oder minder freiwillig – mitgenommen. Schlaefer, der sich zufällig in Francia Sirpe aufgehalten hatte, schloß sich den Leuten an. Die Regierung meldete den Überfall und mutmaßte, der Bischof sei von der *Contra* umgebracht worden, was sich aber als falsch herausstellte. Im Zuge der Berichterstattung über den Fall fand auch wieder die Anschuldigung der Miskito-*Contra*, in Nicaragua fänden Massaker an den Indianern statt und es gebe Konzentrationslager, offene Ohren. Schlaefer selbst, der nicht gerade sandinistenfreudlich eingestellt ist, dementierte das nach seiner Rückkehr.

Aber auch damit fand der Propagandakrieg kein Ende. Vorläufiger Höhepunkt: Am 25. Mai 1984 veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau* einen Bericht über eine Pressekonferenz in Washington, auf der der französische Journalist Denis Reichle und der bundesdeutsche Regisseur Werner Herzog von Morden, Deportation und Konzentrationslagern berichteten. Reichle sagte, nach seinem „Augenschein“ hätten die Sandinisten in den letzten Jahren 15 000 Miskitos ermordet. An der Atlantikküste vegetierten die Indianer „in Lumpen“ dahin, 30 000 lebten in „Zwangs- und Arbeitslagern“.

Der Journalist und der Regisseur gaben an, sich mehrere Wochen illegal an der *Costa Atlantica* aufgehalten zu haben, „wohin die Regierung Nicaraguas niemanden läßt“. Diese Behauptung ist nachweislich falsch: In Nord-Zelaya herrscht zwar Ausnahmezustand und Ausländern ist das Betreten dieses ständigen Kriegsschauplatzes zunächst einmal verboten, dennoch haben sich

wiederholt Journalisten aus aller Welt und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen ein genaues Bild von der Situation der *Costeños* machen können – vermutlich ein genaueres als Reichle und Herzog, die, wenn sie illegal dort gewesen sein wollen, nur mit den *Contras* gekommen sein können.

Nach der Pressekonferenz hagelte es Proteste, die Anschuldigungen wurden „in der Luft zerrissen“. Selbst die „Gesellschaft für bedrohte Völker“, die den Sandinisten immerhin noch im Jahre 1982 den Vorwurf des Ethnozids, also des kulturellen Völkermords an den Indianern machte, erklärte die Angaben des Teams Reichle/Herzog für unhaltbar.

Aber darum ging es wahrscheinlich auch gar nicht. Nach Aussagen verschiedener Ex-Agenten der CIA gehört es schlüssig zur Destabilisierungstaktik der USA gegenüber mißliebigen Regierungen, Falschmeldungen verbreiten zu lassen, vorzugsweise von „integeren“ Personen. Selbst wenn sich solche Berichte als definitiv falsch erweisen und sogar offiziell dementiert werden müssen, erfüllen sie ihren Zweck: Irgend etwas bleibt hängen.

Die Miskitos sind zu einem Instrument geworden, ein Instrument in einem Krieg, in dem die Indianer der angreifenden Seite völlig egal sind. Dieselben Leute, die sich heutzutage so großherzig der Miskitos annehmen, haben noch nie ein Wort zum – nachgewiesenen – Völkermord an den Indianern Guatamas oder zum Krieg der USA gegen die Bevölkerung von El Salvador verloren. Sie sind nicht für die Indianer, sie sind gegen die Sandinisten.

Die Frage der Menschenrechte dient nur als Vehikel. Der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Jeane Kirkpatrick, wird eine Äußerung zugeschrieben, der zufolge die Sandinisten 250 000 Miskitos in Konzentrationslager gesperrt hätten. So viele Miskitos gibt es überhaupt nicht.

Niemand leugnet in Managua, daß es hauptsächlich im Jahre 1982 Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen durch die sandinistischen Truppen in Zelaya gegeben hat. Das Institut CIDCA, ein unabhängiges „Zentrum für Untersuchungen und Dokumentation über die Atlantikküste“, ist den Vorwürfen nachgegangen und hat im April 1984 einen umfassenden Untersuchungsbericht vorgelegt.

Danach hat es eine unbestimmte Anzahl von Toten außerhalb von Gefechten gegeben. 167 Miskitos wurden hauptsächlich in der Zeit der „Roten Weihnacht“ Ende 1981 willkürlich festgenommen. Daß es dabei nicht immer mit rechten Dingen zugegangen war, hat die FSLN Ende 1983 mit ihrer Amnestie für fast alle Miskitos, in deren Verlauf über 300 Personen freigelassen wurden, zugegeben.

Sechs Fälle von Vergewaltigungen sind bekannt, ebenso wie 27 weitere physische Übergriffe, von denen man acht laut CIDCA „wirklich als Folterung“ bezeichnen kann: Die betroffenen Gefangenen wurden mit dem Kopf unter Wasser getaucht, damit sie Informationen preisgaben.

Auch Plünderungen hat es gegeben. Als Konsequenz daraus garantierte die Regierung im Januar 1984 der Bevölkerung Entschädigungen für derartige Verluste. Führende Militärs, die Verantwortung für Übergriffe gegen Zivilisten trugen, waren größtenteils schon 1982 strafversetzt, verschiedentlich Soldaten verhaftet und verurteilt worden. Ein Leutnant, der Indianer mißhandelt und sich an ihrem Eigentum vergriffen hatte, bekam 18 Jahre Gefängnis. Bei allem handelt es sich um Einzelfälle, systematische Menschenrechtsverletzungen oder gar Bestrebungen zur Ausrottung der Indianer gibt es nur in den Köpfen der Kreise, denen so etwas gelegen kommen würde. Bisher nicht aufgeklärt ist lediglich ein Vorfall in dem Ort Leimus am Rio Coco, wo im Dezember 1981 nach unterschiedlichen Quellen zwischen zehn und 100 Zivilisten von der Armee getötet worden sein sollen.

Einen ersten Schritt, die Vertretung ihrer Interessen nicht mehr den selbsternannten Indianerfreunden im Ausland zu überlassen, haben die Miskitos Ende Juli 1984 mit der Gründung der Organisation *Misatan* („Vereinigung der Miskitos in Nicaragua“) getan. Delegierte aus drei Vierteln der Miskito-Siedlungen in Zelaya Norte hatten sich dazu in Puerto Cabezas eingefunden, nur die Vertreter der offen mit den *Contras* sympathisierenden Dörfer fehlten. Ziele der neuen Organisation sind zunächst die Zusammenführung der zahlreichen, durch den Krieg auseinandergerissenen Familien, die endgültige Klärung der Landfrage sowie die Anerkennung der Miskito-Sprache als zweite Landessprache Nicaraguas.

Daß die Bemühungen um Verständigung nicht einseitig bleiben, zeigte die Regierung mit der Absetzung des (von der Pazifikküste stammenden) Ministers für die *Costa Atlantica*, William Ramirez. An seine Stelle trat eine Miskita, die Ärztin Mirna Cunningham.

Demokratie heißt Partizipation

„Zwischen Gott und Teufel vermitteln“

Welche Bedingungen müssen nach Ihrer Sicht für freie Wahlen gegeben sein?

Ein nationaler Dialog zwischen allen politischen Kräften Nicaraguas, einschließlich derer, die gegen die Regierung mit Waffengewalt kämpfen und die Schaffung von Bedingungen, damit diese Kräfte wirklich am Wahlkampf teilnehmen können.

Trifft es zu, daß Sie von den Anführern der „Contras“ ermächtigt waren, über einen Waffenstillstand und für sie akzeptable Bedingungen für den Wahlkampf zu verhandeln?

Die Rebellenführer haben angedeutet, daß sie bereit sind, die Waffen niederzulegen, wenn die Bedingungen der zivilen Opposition für freie Wahlen erfüllt würden. Ich bin bereit, zwischen Gott und Teufel zu vermitteln, wenn dies einen Waffenstillstand herbeiführen kann.

Was passiert, wenn die Art von Wahlen, die Sie und Ihre Freunde fordern, nicht stattfinden werden?

Wenn es keine freien Wahlen geben wird, werden die bewaffneten Feinde der Sandinisten immer einen guten Grund haben, Krieg gegen sie zu führen.

Ist jetzt, da Sie an den Wahlen nicht teilnehmen, die bewaffnete Opposition die einzige Antwort?

Nicht unbedingt. Die Sandinisten verhandeln zur Zeit mit den USA. Und wenn sie das können, dann können sie mit der Opposition in Nicaragua verhandeln und den Krieg beenden.

Gekürztes *Newsweek*-Interview vom 6. August 1984 mit Arturo Cruz, dem Präsidentschaftskandidaten der oppositionellen „Demokratischen Koordination Ramiro Sacasa“

PARTICIPACIÓN, TEILNAHME DES VOLKES AN DEN POLITISCHEN PROZessen, findet in Nicaragua seit 1979 zum ersten Mal in der Geschichte des Landes statt. Keine fremde Macht, die die Abläufe bestimmt, kein Statthalter einer fremden Macht, der an den Interessen des Volkes vorbeiregiert – Bauern und Arbeiter, Frauen und kommunale Gruppen haben direkten Einfluß auf die Gesetzgebung, können sich artikulieren und Kritik, Vorschläge, Anregungen einbringen und durchsetzen.

Das Instrument dazu ist der Staatsrat, ein „Parlament“, das im Mai 1980 gebildet wurde und in dem alle Volksorganisationen, Gewerkschaften, politischen Parteien und Vertreter des privaten Unternehmertums sowie der Kirchen Sitz und Stimme haben.

Es ist demnach eine Fehleinschätzung – und nicht unbedingt unbewußt –, wenn westliche Politiker in der Ankündigung von allgemeinen Wahlen in Nicaragua für den 4. November 1984 einen „Schritt zur Demokratie“ sehen. Die Demokratie (Volksherrschaft) in Nicaragua existiert bereits, wenn auch anders als etwa in der Bundesrepublik: direkter.

Hinter dem vehementen Ruf der Opposition nach Wahlen (der nach der Festlegung des Wahltermins plötzlich umschlug in die Klage, das sei alles zu früh und zu kurzfristig), steht vor allem die Sorge, die Parteien könnten an Macht verlieren. In der Tat dürfte die Vertretung der Interessen der Bevölkerung, die Einbringung der Alltagssorgen und Probleme der Nicaraguaner durch Verbände, die konkret mit diesen Schwierigkeiten zu tun haben, um einiges effektiver sein als die indirekte Volksvertretung durch Parteien nach westlichem Vorbild.

Nicht zuletzt die diversen Parteienskandale in der Bundesrepublik, die Beeinflussbarkeit von Politikern, die mit dem Alltag „ihrer“ Wähler nichts mehr zu tun haben, sondern sich in einer abgehobenen Kunstwelt im Bonner Regierungsviertel tummeln, lassen das westliche Modell in einem reformbedürftigen Licht erscheinen.

Grundlage für die Bildung der *Organizaciones Populares y de Masas*, der Volks- und Massenorganisation (nicht jede Gruppe vertritt gleich „Massen“ der Bevölkerung), waren die Erfahrungen während des Befreiungskampfes. Mit durch die Repression wechselndem Erfolg versuchte die FSLN, in verschiedenen Bereichen halblegale Vertretungen aufzubauen und den Widerstand gegen Somoza auf eine breite Basis zu stellen. So entstanden vornehmlich in der Endphase des Krieges gegen den Diktator in diversen Städten zivile

Verteidigungskomitees, die die Vorläufer der heutigen *Comités de Defensa Sandinista*, der Sandinistischen Verteidigungskomitees, CDS, waren.

Heute sind die CDS die Gruppierung, in der die meisten Nicaraguaner organisiert sind: 500 000. Die Komitees haben die Aufgabe, die Revolution zu verteidigen. Das heißt konkret, daß in den einzelnen Stadtteilen oder Dörfern Wachen aufgestellt werden, die Sabotageakte verhindern sollen, was aber auch heißt, daß sich die CDS-Mitglieder an Gesundheitskampagnen, der Verteilung von Hilfsgütern und Grundnahrungsmitteln beteiligen. Das Aufgabenfeld ist schier unerschöpflich. Die CDS kümmern sich um Wohnungsprobleme und Wasserversorgung, haben auch einen wesentlichen Anteil daran, daß die Kriminalität in Nicaragua nach der Revolution um 70 Prozent zurückgegangen ist. Es braucht eigentlich nicht erwähnt zu werden, daß die Teilnahme an den Komitees freiwillig ist und daß die Vertreter demokratisch von der Basis gewählt werden.

Weitere Volksorganisationen sind die *Juventud Sandinista*, die Sandinistische Jugend, die 40 000 Mitglieder hat und auf deren Initiative etwa die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre zurückgeht.

30 000 Nicaraguanerinnen sind in der Frauenorganisation *Asociación de Mujeres Nicaraguenses Luisa Amanda Espinoza*, so benannt nach der ersten gefallenen FSLN-Guerillera, zusammengeschlossen. AMNLAE hat im Staatsrat beispielsweise das Alimentationsgesetz durchgedrückt, das uneheliche und eheliche Kinder gleichstellt, die nicaraguanischen Frauen aus ihrer rechtlichen Stellung von Minderjährigen (während der Somoza-Zeit) befreit und regelt, daß sich Frauen und Männer die Hausarbeit zu teilen haben. Auch stellt das Gesetz die „unverantwortliche Vaterschaft“ unter Strafe. Dazu gehört etwa, daß es im *Machismo* als besonders „chic“ gilt, von mehreren Frauen Kinder zu haben, diese aber nicht zu versorgen, die Frauen darüber hinaus nach Lust und Laune mit Kindern und Arbeit alleinzulassen.

Die Klein- und Mittelbauern und Viehzüchter haben sich im UNAG-Verband zusammengeschlossen, 80 000 sind dort – einschließlich der Kooperativenbauern – organisiert. Und schließlich existiert noch der sandinistische Kinderverband ANS.

Die Gewerkschaften, ebenfalls im Staatsrat vertreten, gehören größtenteils der „Nicaraguanischen Gewerkschaftskoordination“ CSN an. Unterhalb dieses im November 1980 gegründeten Gremiums bestehen sechs einzelne Gewerkschaftszentralen, die sich an bestimmten politischen Richtungen orientieren und deren Mitglieder in den unterschiedlichsten Branchen beschäftigt sind. Die mit Abstand größte ist die *Central Sandinista de Trabajadores* (Sandinistische Arbeiterzentrale) mit über 100 000 Organisierten. Erwähnenswert auch die Landarbeitergewerkschaft ATC, die maßgeblich an der Agrarreform beteiligt war und ist.

Der Staatsrat wird mit der Wahl der Nationalversammlung im November 1984 vorerst abgeschafft, ähnliche Einflußmöglichkeiten der Massenorganisationen sind bisher nicht geregelt. Dennoch rechnen Beobachter damit, daß in der neu zu erstellenden Verfassung die Einrichtung einer 2. Kammer vorgesehen wird, die dem jetzigen Staatsrat von der Zusammensetzung her gleichen könnte. Daß die *Organizaciones Populares* keine adäquate Stellung mehr im neuen System der politischen Partizipation haben könnten, dürfte mit dem sandinistischen Demokratieverständnis nicht vereinbar sein.

„Die Demokratie beginnt im ökonomischen Bereich, wenn die sozialen Ungleichheiten langsam schwächer werden“, hatte die nationale Leitung der FSLN im August 1980 erklärt. „Ist dieses Ziel erreicht, läßt es sich schnell auf andere Gebiete ausdehnen. In einer fortgeschrittenen Phase bedeutet Demokratie die Beteiligung der Arbeiter in der Leitung von Fabriken, *Haciendas*, Kooperativen und Kulturzentren.“

Und noch etwas bedeutet Demokratie in Nicaragua: daß ein Wiederaufleben des Somozismus absolut unmöglich ist.

Das im August 1983 verabschiedete Parteiengesetz legt dementsprechend fest, daß die Parteien „nicht die Rückkehr zum Somozismus oder die Einrichtung eines ähnlichen politischen Systems anstreben“ dürfen. Im übrigen gelten demokratischer Charakter, Patriotismus und Verteidigung der Revolution als Voraussetzung für die Bildung von politischen Parteien.

Die Wahlen dienen der Institutionalisierung der Revolution, sie sind, wie die FSLN erklärte, keine „Tombola zur Verlosung der Macht“. Ähnlich wie es in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg unmöglich gemacht werden sollte, daß der Nationalsozialismus je wieder auflebt, wird es auch in Nicaragua keinen *Status quo ante* geben – schon deswegen nicht, weil es dort im Unterschied zu Deutschland eine breite Volksbewegung war, die den Diktator gestürzt hat.

Volksherrschaft also, Wahlen, Parlament und Exekutive weitgehend nach westlichem Muster – was durchaus auch taktische Gesichtspunkte haben dürfte.

Seit 1979 wurden inner- und außerhalb Nicaraguas ständig Wahlen gefordert, nicht nur von den USA und den konservativ regierten NATO-Staaten, auch die Sozialistische Internationale drängte auf eine Legitimierung der Revolution, die Contadora-Initiative räumt dem Wahlakt ebenfalls großes Gewicht ein. Daß die Abstimmungsprozedur vom ursprünglich vorgesehenen Termin Anfang 1985 sogar vorverlegt und, nach eingehenden Studien über die verschiedenen Wahlsysteme anderer Staaten, mit größtmöglicher Sicherheit vor Manipulationen am 4. November 1984 durchgeführt werden wird, hat demnach auch etwas mit der Stellung der nicaraguanischen Regierung im Ausland zu tun.

Man kann davon ausgehen, daß das Ausland dem formalen Wahlakt mehr Bedeutung zumißt, als es die Nicaraguaner selbst tun. Zum einen haben Wahlen in der Dritten Welt allgemein aufgrund von Analphabetismus, fehlenden Informationsstrukturen und dringlicheren Problemen (wer Hunger hat, interessiert sich nicht in erster Linie für ein Kreuz auf einem Zettel) keinen so hohen Stellenwert wie in Europa, zum anderen haben die meisten Völker der Entwicklungsländer ihre einschlägigen Erfahrungen mit Wahlen hinter sich. Das gilt auch für Nicaragua. Die Wahlen am 4. November werden nicht die ersten, wohl aber die ersten freien sein.

1893 wurde das Wahlrecht in Nicaragua eingeführt, 72 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung. Aber es galt nicht etwa für alle Bürger, sondern nur für die, die Besitz vorweisen konnten: 700 oder 800 Personen. Die Wahlen von 1927 und 1932 „überwachten“ die USA. Zur Überwachung gehörte, daß das Wahlgesetz aus Washington stammte, daß der Wahlprozeß kontrolliert wurde und daß sogar die Parteien und Kandidaten, die gewählt werden wollten, die Zustimmung der USA dazu brauchten. Zwar wäre es theoretisch möglich gewesen, neue Parteien aufzustellen, das konnte aber nur, wer 40 000 Unterschriften vorzuweisen hatte. Auch während der Somoza-Zeit gab es Wahlen, die aber selbst mit dem Begriff „Farce“ nur unvollkommen beschrieben sind. Das neue Wahlgesetz wurde im März 1984 vom Staatsrat verabschiedet und sieht Wahlen für eine 90köpfige Nationalversammlung, den Präsidenten und den Vizepräsidenten vor. Die Nationalversammlung hat neben der Gesetzgebung die Aufgabe, innerhalb von zwei Jahren eine Verfassung auszuarbeiten. Ausnahmslos alle Parteien sind zugelassen, wahlberechtigt sind alle Nicaraguaner über 16 Jahre, gewählt werden können alle über 21 Jahre (in die Nationalversammlung) bzw. 25 Jahre (in die Präsidialämter). Angehörige der Streitkräfte dürfen zwar wählen, aber nicht kandidieren.

Das Wahlrecht gilt nicht für Strafgefangene, bisher noch nicht gerichtlich belangte Ex-Offiziere der *Guardia Nacional* sowie für *Contra*-Führer.

Alle Parteien haben das gleiche Recht auf Selbstdarstellung in den Medien (mit Ausnahme der beiden kirchlichen Radiostationen) und können – dafür wurden die Bestimmungen des Ausnahmezustands gelockert – uneingeschränkt Versammlungen und Demonstrationen durchführen. Der Staat zahlt jeder Partei für ihren Wahlkampf sechs Millionen *Cordobas*, etwa 600 000 DM. Darüber hinaus können sie unbegrenzt Spenden auch aus dem Ausland annehmen.

Schließlich gibt es noch eine Reihe von Bestimmungen, die die kleinen Parteien begünstigen. So wurde etwa von der ursprünglich vorgesehenen Pflicht zur Beibringung von 5 000 Unterschriften abgesehen, es gibt auch keine untere Prozentgrenze, deren Niederreichen einen Einzug ins Parlament verhindern könnte. Schon 1,1 Prozent der Stimmen bedeuten einen Sitz in der Nationalversammlung.

Alles in allem, so schätzt man, werden die Wahlen Nicaragua 800 Millionen *Cordobas* kosten, auch weil es diverse Bestimmungen gibt, die eine Manipulation praktisch ausschließen. Jeder Wähler muß sich vor dem 4. November registrieren lassen; 80 Prozent, anderthalb Millionen Bürger, haben das getan. Die Wähler bekommen eine Wahlkarte, die bei der Abstimmung vorgelegt werden muß. Befindet sich der Stimmzettel in der Urne, wird ein Daumen des Wählers in eine farbige Flüssigkeit getaucht, die innerhalb von 24 Stunden nicht entfernt werden kann.

Maximal 500 Stimmen sollen in einem Wahllokal abgegeben werden, alle Parteien können die Auszählung kontrollieren. Es besteht übrigens keine Wahlpflicht.

Zehn Parteien gibt es in Nicaragua: Die FSLN, die sozialistische PSN und die christlich-soziale Volkspartei PPSC bilden das Regierungsbündnis FPR („Patriotische Front der Revolution“). Bis März 1984 gehörte der FPR noch die Unabhängige Liberale Partei, PLI, an. Rechtsaußen steht die Konservative Demokratische Partei, PCD, die im April 1984 dem Oppositionsbündnis „Demokratische Koordination Ramiro Sacasa“ (CDN) beigetreten ist. Die *Coordinadora* wird ansonsten maßgeblich bestimmt von der konservativen Christlich-Sozialen Partei, PSC, der sozialdemokratischen PSD und der Liberalen Konstitutionalistischen Bewegung, MLC. Darüber hinaus gehören der CDN zwei kleine konservative Gewerkschaften sowie der Unternehmerverband COSEP an.

Links vom Regierungsbündnis stehen die Kommunistische Partei Nicaraguas, PC de N, sowie die als maoistisch eingestufte MAP-ML, die Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion.

Bis auf die drei CDN-Parteien PSC, PSD und MLC haben sich alle Gruppierungen für die Novemberwahl registrieren lassen und Kandidaten aufgestellt, das rechtsgerichtete Oppositionsbündnis aber erklärte am 25. Juli 1984 seinen Boykott. Kritik hatte es vorher schon gegeben, beispielsweise forderte die *Coordinadora*, daß nur die verfassunggebende Versammlung, aber noch nicht der Präsident gewählt werden solle. Auch daß der Ausnahmezustand – entgegen den Ankündigungen der Regierung – nur gelockert und nicht vollständig aufgehoben wurde, monierte der Oppositionsblock, trotz Kenntnis der Kriegssituation.

Hauptforderung der CDN, die das ehemalige Junta-Mitglied Arturo Cruz zum Kandidaten machen wollte, war aber ein „nationaler Dialog“ – Verhandlungen mit und Amnestie für die *Contra*-Chefs, die Somoza-Offiziere. Cruz ernannte sich selbst zum Vermittler, eine eher taktische Position: Auch die CDN weiß, das Verhandlungen oder gar Straffreiheit in bezug auf die „Mörder unseres Volkes“ (Daniel Ortega) außerhalb jeder Diskussion stehen.

Die unrealistische Forderung war kaum mehr als ein Manöver, um den nachfolgenden Boykott in der Öffentlichkeit nicht völlig ohne Begründung zu

lassen. Die *Coordinadora* mußte ihre Nichtteilnahme erklären, weil sie nach einer ordnungsgemäß verlorenen Abstimmung die Regierung hätte anerkennen müssen und auch illegale Aktionen nicht mehr rechtfertigen könnte. So wurde den Wahlen von vornherein ihre Rechtmäßigkeit abgesprochen.

Arturo Cruz, ein Freund Edén Pastoras und als „Vermittler“ von ARDE und FDN akzeptiert, sparte vor der Presse nicht mit großen Worten. Die Wahlen, meinte er, sollten eine „marxistisch-leninistische Tyrannie“, den „Totalitarismus“ legitimieren. Dennoch bemühte sich die FSLN weiterhin, das Oppositionsbündnis zur Teilnahme zu bewegen – ernsthafte Gegenkandidaten machen den Sieg plastischer.

Auch wenn die *Prensa* schreibt, daß Cruz die FSLN bei „wirklich freien Wahlen“ schlagen könnte, werden die Sandinisten – CDN hin oder her – mit größter Wahrscheinlichkeit auch nach dem 4. November an der Regierung beteiligt sein. Es gibt Beobachter, die der *Coordinadora* vor allem wegen der Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Versorgungslage Chancen eingeräumt hätten, im allgemeinen aber wird von einem Sieg der *Frente Sandinista* mit ihren Spitzenkandidaten Daniel Ortega für das Präsidenten- und Sergio Ramírez für das Vizepräsidentenamt ausgegangen.

Weil sich diese Einschätzung nicht nur nach Ansicht von Anhängern der Sandinisten im In- und Ausland bewahrheiten wird, verbreiten vor allem US-freundliche Kreise ihre Meinung, die Novemberwahl sei eine Farce – dieselben Leute, die über Chaos, Wahlfälschung, Ausgrenzung der Opposition und Manipulation der Wähler in El Salvador Anfang 1984 hinweggegangen sind.

Die westlichen Politiker, die so gerne formale Wahlen fordern und sich dabei selten um die Inhalte kümmern, so lange es um befreundete Staaten geht, erklären die Abstimmung in Nicaragua vorsichtshalber schon im voraus für manipuliert und ungültig. Und wo es an Argumenten fehlt, werden wie immer unhaltbare und an Verleumdung ausländischer Staatsoberhäupter grenzende Vermutungen geäußert. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, der CDU-Abgeordnete Marx, sagte schon im März 1984, seiner Erwartung nach werde zwar alles korrekt vor sich gehen, es gebe aber andere wichtige Hinweise dafür, daß die Sandinisten nicht bereit seien, die Macht abzugeben.

Und die USA, in der Bundesrepublik von Interessierten gerne als urdemokratisch gepriesen, machten unverhohlen deutlich, daß ihnen die Demokratiebeweise nicht-befreundeter Staaten völlig egal sind. Außenminister Shultz erklärte verschiedene Aspekte der Politik Nicaraguas für „schlicht unvereinbar mit der Art von Gesellschaft, die wir in dieser Region sehen möchten“ und sagte: „Mit oder ohne Wahlen – wir werden weiterhin an unserer Politik, Druck auf Nicaragua auszuüben, festhalten.“ So einfach ist das.

Die Bundesregierung boykottiert
den Wiederaufbau des freien Nicaragua

Solange Nicaragua nicht auf seine Revolution verzichtet...

„Frage: Wie vereinbart die Bundesregierung ihre Aussage, sie lehne es grundsätzlich ab, „die Gewährung von Wirtschaftshilfe an politische Bedingungen zu knüpfen oder durch Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen ein bestimmtes politisches Verhalten herbeizuführen“ mit der Tatsache, daß die Auszahlung von 40 Mio. DM Kapitalhilfe aus älteren Bewilligungen an Nicaragua ... davon abhängig gemacht wird, ob die Regierung Nicaraguas Blockfreiheit, politischen Pluralismus und gemischte Wirtschaftsordnung für die Bundesregierung erkennbar verwirkliche ... bzw. nur dann zur Auszahlung bereit ist, wenn eine gezielte Verwendung der BRD-Mittel zur Stärkung der von der Bundesregierung als pluralistisch eingeschätzten Kräfte garantiert werde?“

Antwort: Die Bundesregierung lehnt es auch weiterhin grundsätzlich ab, die Gewährung von Wirtschaftshilfe an politische Bedingungen zu knüpfen oder durch Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen ein bestimmtes politisches Verhalten herbeizuführen. Dies enthebt sie nicht der Pflicht, zu beurteilen, ob Maßnahmen der Zusammenarbeit entwicklungspolitisch sinnvoll sind. Die Qualität entwicklungspolitischer Zielsetzungen hängt nach Auffassung der Bundesregierung in besonderem Maße davon ab, ob durch sie pluralistische Strukturen gefördert werden. Eine Politik der Destabilisierung benachbarter Länder und des aggressiven Ideologieexports kann einer friedlichen Entwicklung nicht dienlich sein. Solange die Politik Nicaraguas nicht durch eindeutige Handlungen diesen Kriterien gerecht wird, betrachtet es die Bundesregierung als ihre Pflicht, diese Überlegungen im Dialog mit der Regierung Nicaraguas und auch öffentlich geltend zu machen.“

Schriftliche Anfrage der MdB Gottwald (Die Grünen) und Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim BMZ, Köhler (aus nahua script 3, Edition Nahua, Wuppertal 1984)

SAN JOSÉ, 2. OKTOBER 1983. BUNDESAUSSENMINISTER GENSCHER, wegen einer Botschafterkonferenz in Costa Rica, gibt der *Deutschen Welle* ein Interview. Eine Frage geht dahin, wie sich die Bundesregierung von dem – so der Journalist wörtlich – „leicht aggressiven Charakter“ der US-Politik gegenüber Nicaragua distanzieren könne. Genschers Antwort: „Die in Ihrer Frage liegende Behauptung einer aggressiven Politik der USA ist unzutreffend, deshalb erledigt sich die Frage in ihrer Gänze von selbst.“

Genscher sagt das zu einem Zeitpunkt, zu dem der geheime Krieg gegen Nicaragua längst nicht mehr geheim ist, Informationen über *Contra*-Finanzierung, Wirtschaftsboykott und Isolationsversuche jedermann zugänglich sind und das alles in Washington auch gar nicht mehr geleugnet wird. Nur der Chef des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland behauptet noch in aller Öffentlichkeit, der Krieg existiere nicht.

Der Vorgang ist symptomatisch. Hatte schon die sozialliberale Koalition unter dem Druck der USA ihre anfänglich positive Haltung zur Revolution in Nicaragua zurückgenommen, so ist die Mittelamerikapolitik der Regierung Kohl völlig zur Erfüllungshilfe für Washington geworden. Deutlich wurde dies vor allem dadurch, daß Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU), eigentlich Zonenrandexperte seiner Partei, 1983 40 Millionen DM fest zugesagter finanzieller Zusammenarbeit einfrieren ließ. Gestrichen wurden die Mittel nicht, weil das juristische Konsequenzen hätte haben können.

Zur Begründung diente etwa die Behauptung, Nicaragua habe keine ausreichenden Projektvorschläge eingereicht, was aber eindeutig falsch war: Eine Reise des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit Ende 1983 erbrachte den Gegenbeweis. Nicaragua hatte detaillierte Planungen nach Bonn geschickt, in denen auch der von Warnke favorisierte private Bereich, also die Förderung von privatwirtschaftlichen Projekten, vertreten war.

Entwicklungspolitisch waren die Begründungen der Regierung ohnehin nicht haltbar. Nicaragua ist nach Feststellung namhafter privater Entwicklungshilfeorganisationen das Land, in dem die Ansätze zur Beseitigung der Unterentwicklung am überzeugendsten sind und der Selbsthilfewillen der Bevölkerung zu konkreten Ergebnissen führt.

Das Bundesministerium verlege sich auf politische Argumentation. Wiederholt läßt sich der Vorwurf registrieren, Nicaragua halte sich nicht an seine eigenen Revolutionsziele der gemischten Wirtschaft, des politischen Pluralismus und der Blockfreiheit. Der Kanzler äußerte im April 1983 in einem

Interview, die diesbezügliche Entwicklung Nicaraguas erfülle ihn „zunehmend mit Sorge“.

Konkretisiert werden konnten die Anschuldigungen jedoch nicht: Nach wie vor dominiert der Privatsektor in Nicaraguas Wirtschaft, nach wie vor ist Nicaragua blockfrei, und die Wahlen werden im November 1984 trotz der Kriegssituation stattfinden. Vor allem die Kriegssituation wird von den bundesdeutschen Regierungsvertretern bei der Diskussion um Nicaragua gerne vergessen, wenn nicht gar – siehe Genscher – geleugnet.

Stattdessen übernehmen die Bonner ungeprüft die unbewiesene US-These, Nicaragua „destabilisiere“ Zentralamerika. Minister Warnke will neue Mittel erst bewilligen, wenn „die Sandinisten ihren Revolutionsexport einstellen“. Bonns UNO-Botschafter van Well sagte im März 1983 sogar, die Spannungen in der Region würden sich verringern, „sobald Nicaragua wieder zu einer glaubwürdigen Politik der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der Achtung der Menschenrechte und demokratischen Institutionen findet“.

Worum es der CDU/CSU/FDP-Koalition eigentlich geht, erklärte der christdemokratische Abgeordnete Lamers im Mai 1983 in einer Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die Länder der Region – also Mittelamerikas – müßten die Sicherheitsinteressen der USA berücksichtigen, meinte er.

Was nun, wenn sich ein Land dieser Region nicht als Vasall der USA begreift, eine eigenständige Politik betreibt und auf seine Souveränität pocht? Dann wird zum Knüppel gegriffen, und sei es auch nur zu dem kleinen Knüppel der Verweigerung zugesagter Hilfgelder.

Verweigerung übrigens auf der ganzen Linie: Nicht nur staatliche Gelder wurden blockiert, auch sogenannte Kofinanzierungen – Beteiligungen des Ministeriums an Entwicklungsprojekten nicht-staatlicher Organisationen – erschwere Warnke. Anträge für Vorhaben in Nicaragua wurden verschleppt, der Minister behielt sich jede einzelne Entscheidung persönlich vor. Sogar der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) wurde an die Leine genommen, darf nicht mehr mit Nicaragua werben und – nach einer Entscheidung vom 26. Juni 1984 – keine neuen Projekte starten. Vertragsverlängerungen von DED-Mitarbeitern in Nicaragua oder Neubesetzungen werden nicht mehr genehmigt.

Ende 1983 wurde durch Veröffentlichung eines internen Papiers des Warnke-Ministeriums bekannt, daß in Zukunft auf „kritische Anmerkungen zur Dritte-Welt-Politik der USA“ verzichtet werden soll – die waren zu dem Zeitpunkt schon längst nicht mehr zu hören. Stattdessen lud die CSU-nahe „Internationale Arbeitsgemeinschaft für Freiheit und Demokratie“ 1983 Vertreter der FDN-Contras nach Bonn ein, um diese auf einer Pressekonferenz zum bewaffneten Sturz der Sandinisten aufrufen zu lassen.

Nach außen ist einer der Grundsätze Bonner Entwicklungspolitik, daß die Gewährung von Wirtschaftshilfe nicht an politische Bedingungen geknüpft oder durch Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen ein bestimmtes politisches Verhalten herbeigeführt werden darf. Die Realität sieht, wie beschrieben, anders aus, besonders wenn die USA mit im Spiel sind. Grotesk wird es dann, wenn die Regierung einerseits den schönen Schein gewahrt, andererseits aber die Bündnistreue zu den USA in keiner Weise angekratzt wissen will. Verschiedenen offiziellen Verlautbarungen zufolge unterstützt das Kabinett Kohl die Contadora-Initiative (die eine Entmilitarisierung Zentralamerikas befürwortet), begrüßt aber gleichzeitig den Bericht der Kissinger-Kommission zu Mittelamerika (der eine massive Aufrüstung der dortigen US-Verbündeten fordert).

Die Vergabepolitik des BMZ richtet sich somit genau nach den Richtlinien der Kissinger-Kommission: Mittel für Nicaragua werden eingefroren, El Salvador hingegen erhält 1984 erstmals wieder Unterstützung – insgesamt rund 50 Millionen DM. Die Hilfe für das Regime dort war unter der sozialliberalen Koalition wegen der Menschenrechtsverletzungen gestoppt worden. Angelehnt an die US-Argumentation vertritt Warnke jetzt die Ansicht, die Tendenz zu Menschenrechtsverletzungen sinkt in El Salvador, steige dagegen in Nicaragua.

Konsequenz oder gar Unabhängigkeit sind, so bleibt festzustellen, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht gefragt. Warnke begreift sich offensichtlich nur als jemand, der pflichtschuldig den bundesdeutschen Beitrag zur US-Politik in Zentralamerika leistet. Von einer Regierung, die nicht einmal die eigene Bevölkerung vor den Raketen der Reagan-Administration zu schützen weiß, ist Selbständigkeit in einem so nachgeordneten Bereich wie Entwicklungspolitik wohl auch nicht zu erwarten.

Die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua wächst – und sie wird immer lauter

„Solidarität entsteht aus Betroffenheit“

„Ich lasse mich nach diesen zwei Monaten Nicaragua lieber ein wenig mitleidig als caritativ bezeichnen, weiß aber, daß die Kinder El Pochotes mit den Stiften, die ich mitgebracht habe, schreiben lernen, und daß mit den erheblichen Spendengeldern, die ich sammeln konnte, zum Beispiel ein Teil der Schule finanziert werden kann.

Solange wir nicht meinen, daß damit schon alles getan ist, sehe ich darin nichts Verwerfliches. Konkrete Hilfe ist es allemal, konkret auch in einem anderen Sinne: Solidarität, und, als deren Voraussetzung, Interesse, entsteht über persönliche Betroffenheit.

Meine Reise nach Nicaragua zieht Kreise. Plötzlich zeigt sich Interesse an diesem fernen Land. Nachbarn, die kaum wußten, wo Nicaragua liegt, erscheinen zum Reisebericht. Die Frauen meiner Friedensgruppe wollen einen Bericht hören; eine Dritte-Welt-Gruppe, Schüler eines Gymnasiums „in der Provinz“, lädt mich ein; im Familienkreis der Kirchengemeinde des Nachbarorts, der nur einige hundert Einwohner hat, erscheinen 30 Leute, um einen Bericht zu hören; vier von ihnen haben nach diesem Abend Interesse, in anderen Kreisen, in Kirchengemeinden, an Schulen, den Bericht zu wiederholen.

Ich kann von Nicaragua nicht berichten, ohne über die Bundesrepublik zu reden. Etwas verstehen von Nicaragua heißt, etwas zu verstehen von dem Zusammenhang zwischen Reichtum hier und Armut dort, „Frieden“ hier und Krieg dort.

Ich habe den Eindruck, daß Veränderungen, die wir hier in der BRD erreichen, sich durchaus in einer zunehmenden Bereitschaft ausdrücken können, Projekte wie „El Pochote“ zu unterstützen. Solidarität entsteht aus Betroffenheit: Ich habe die Erfahrung gemacht, daß all das, was ich berichten kann von den zwei Monaten in El Pochote, Betroffenheit auslöst. Ich habe die Hoffnung, daß hieraus ein kleiner Teil der Solidarität erwachsen kann, die Nicaragua so dringend braucht.“

Aus einem unveröffentlichten Manuskript von Claudia Heym, Teilnehmerin an einer Solidaritätsbrigade in Nicaragua.

SOLIDARITÄT HEISST HILFSBEREITSCHAFT, GEGENSEITIGE Verpflichtung. Aus emotionaler Betroffenheit meist über Mißstände oder aus theoretischer Erkenntnis (oder aus beidem) entsteht das Bedürfnis, „etwas“ tun zu müssen und auch andere dafür zu gewinnen. In den siebziger Jahren entwickelte sich die Solidaritätsarbeit zu Nicaragua in der Bundesrepublik, 1977 wurde das Informationsbüro Nicaragua e. V. in Wuppertal gegründet, vor allem um Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Es sollten möglichst viele Leute erfahren, was in Somozas Nicaragua vor sich ging, warum der Befreiungskampf notwendig war und welcher Verbrechen sich die USA schuldig gemacht hatten.

Nach dem Sieg der FSLN änderte sich die Situation grundlegend. Von Verfechtern der Revolution wurden die Solidaritätsgruppen zu Verteidigern der Revolution. Wieder gehörte zu den Hauptaufgaben, Informationsarbeit zu leisten, die (beabsichtigten) Lücken in der Berichterstattung der bürgerlichen Medien zu füllen, was nur zum Teil gelingen konnte und kann.

In der Anfangszeit, als den siegreichen jungen Revolutionären der FSLN noch von (fast) allen Seiten Sympathie entgegengebracht wurde (wer wollte schon etwas mit einem Tyrannen vom Schlag Somozas zu tun gehabt haben?) gestaltete sich das einfacher als in den Folgejahren, in denen sich die Position der USA gegenüber Nicaragua verhärtete.

Direkt nach dem Triumph rief die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung zur Unterstützung Nicaraguas bei der Beseitigung der größten Kriegsschäden auf; Spenden wurden gesammelt für Verletzte oder Hinterbliebene der Opfer der Kämpfe. 1980 gab es eine große Kampagne zur Unterstützung des Alphabetisierungskreuzzugs, 1981 begann das Informationsbüro, verschiedene Projekte sozialer und politischer Art in Nicaragua zu unterstützen.

1982 dann, als sich das militärische Engagement der USA erheblich steigerte, wurde die Anti-Interventionsbewegung ins Leben gerufen. Sie sah die verschiedenen Probleme Zentralamerikas als Einheit, als ein Komplex mit demselben Grundkonflikt. In Münster fand ein Anti-Interventionskongress mit über 1000 Beteiligten statt, in vielen Städten schlossen sich die Solidaritätsgruppen zu Bündnissen zusammen. Gleichzeitig wuchs das Interesse an praktischer Hilfe für Kleinprojekte in Nicaragua.

Ebenfalls 1982 entwickelte sich der ausufernde Krieg gegen Nicaragua zu einem Diskussionsthema im bürgerlichen Lager, in den Kirchen und Parteien. Nach einem vorübergehenden Absinken nahm die Zahl der Solidaritätskom-

tees 1983 wieder zu, verstärkt wurden Veranstaltungen und Aktionen – neben dem üblichen samstäglichen Büchertisch in der Fußgängerzone – organisiert. Am 23. April fand ein bundesweiter Aktionstag „Selbstbestimmung und Frieden für Nicaragua“ statt, an dem sich Gruppen in mehr als 30 Städten beteiligten. Parallel dazu lief die überörtliche Öffentlichkeitsarbeit. Tags zuvor hatten in einer Anzeige in der *Frankfurter Rundschau* verschiedene Prominente ihre Solidarität mit Nicaragua bekundet und in Bonn erklärten auf einer vom Informationsbüro einberufenen Pressekonferenz verschiedene Entwicklungshilfeorganisationen ihre Bereitschaft, Nicaragua gerade in der gegenwärtigen Situation der äußeren Bedrohung verstärkt unterstützen zu wollen.

Nach einem Überfall der *Contras*, bei dem auch der deutsche Arzt Albrecht „Tonio“ Pflaum umgebracht wurde, kam es in verschiedenen Städten zu spontanen Demonstrationen mit bis zu 7000 Teilnehmern, zumal die Bundesregierung nach dem Mord nicht nur nicht bereit war, die US-Politik gegenüber Nicaragua zu verurteilen, sondern sogar die Täterschaft der *Contras* als nicht erwiesen ansah. Entwicklungshilfeminister Warnke sprach in seinem Kondolenzschreiben von ominösen Tätern, von welcher Seite auch immer.

Im Juni 1983 fand eine Aktionswoche der Solidaritätsbewegung mit anschließender Spendenkampagne („100 000 DM bis zum 19. Juli“) statt, die Gelder waren für die medizinische Versorgung der Provinz Rio San Juan bestimmt. Ergebnis: 400 000 DM.

Neben dieser Arbeit setzten sich immer mehr solidarische Menschen für konkrete, kleine Hilfsprojekte in Nicaragua ein, besuchten sie oft selbst und brachten neue Hilfsvorhaben mit, was allerdings fast zu einer Projektinflation führte, die kaum noch zu überschauen, geschweige denn zu koordinieren ist. Einer der wesentlichsten Erfolge des Jahres 1983 war die Einbindung der Mittelamerika-Solidarität in die Aktivitäten der Friedensbewegung im „heißen Herbst“. Die Erkenntnis, daß es sich bei der US-Politik in Westeuropa und in Zentralamerika um ähnliche Aspekte einer globalen Hegemoniehaltung handelt, gewann Raum. Immerhin ist die Bundesrepublik als NATO-Mitglied auch aktiv in diese Politik einbezogen und beteiligt sich an den Boykottmaßnahmen der Reagan-Administration gegen Nicaragua. Ausdruck des Protests: Die Blockade des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Aktionswoche der Friedensbewegung, verschiedene Komitees führten parallel dazu Informationsveranstaltungen über die US-Aggression in Zentralamerika durch.

Mit der Antwort auf die zunehmende Invasionsgefahr im Dezember 1983, der Kampagne zur Bildung von Arbeitsbrigaden, erreichte die Solidaritätsarbeit eine neue Qualität. Die Brigadisten stellten sich als Bürger eines NATO-Staates mit ihrer persönlichen Anwesenheit gegen einen möglichen Einmarsch der USA und leisteten darüber hinaus mit ihrem Arbeitseinsatz einen Beitrag

+ TONIO PFLAUM

30. 4. 1983

Unser Bruder und Genosse ist tot.

Mit ihm starben 13 Nicaraguaner in einem feigen und brutalen Hinterhalt. Ermordet durch die konterrevolutionären Anhänger der ehemaligen Somoza-Diktatur.

Tonio arbeitete als Arzt im Norden Nicaraguas, um seine Vorstellungen von konkreter internationaler Solidarität zu verwirklichen.

Die Morde sind das Werk von imperialistischen Handlangern in Mittelamerika. Ohne die Unterstützung der USA könnten die Banden von honduranischem Gebiet aus die Revolution in Nicaragua nicht gefährden.

Trauer und Schmerz reichen nicht, wenn sie nicht umschlagen in das Bewußtsein, das wir brauchen, um selbst zu handeln und zu begreifen, daß sein Beispiel nicht stellvertretend sein kann für das, was wir selbst zu tun haben, wenn es uns ernst ist mit der Solidarität.

Deine Geschwister und Frankfurter Freunde.

Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrliech.

Bertold Brecht

Spenden zur Unterstützung Nicaraguas:

medico International e. V., Stadtsparkasse Frankfurt, Kto. Nr. 1800,
Stichwort „Nicaragua“.

Informationsbüro Nicaragua e. V., Wuppertal, Stadtsparkasse Wuppertal,
Kto. Nr. 976/38 (BLZ 330 500 00), Kennwort „Nicaragua“.

zur ökonomischen Hilfestellung, wenn auch einen geringen. Agrarreformminister Jaime Wheelock bezeichnete die wirtschaftliche Funktion der Brigaden als wichtig, aber zweitrangig – die wichtigste Funktion sei das unübersehbare Zeichen praktischer Solidarität. 1500 Brigadisten aus den USA und Europa kamen mit dem ersten „Schwung“ nach Nicaragua, 150 davon aus der Bundesrepublik.

Der ersten, am bekanntesten gewordenen bundesdeutschen Brigade *Todos juntos venceremos* („Gemeinsam werden wir siegen“), die bei der Kaffeeernte mithalf, folgten weitere, die Kampagne wurde auch 1984 fortgesetzt. Im Frühjahr 1984 beschloß die Bewegung, die Brigadisten vornehmlich in Projekten einzusetzen, die von Konterrevolutionären zerstört wurden.

In den Medien fand die Kampagne große Resonanz, im wesentlichen auch Zustimmung, von einigen arroganten oder verständnislosen Artikeln einmal abgesehen. Effektivere Öffentlichkeitsarbeit aber leisteten die Brigadisten selbst, die nach ihrer Rückkehr überall in der Bundesrepublik eine Unzahl von Informationsveranstaltungen durchführten.

Gleichzeitig entwickelte sich eine Initiative, die völlig anders gelagert war: Die Bemühungen um Partnerschaften zwischen nicaraguanischen und bundesrepublikanischen Städten, die nicht nur finanzielle Auswirkungen hätten, sondern eine institutionalisierte Form von Solidarität darstellen würden. Hier zeigte sich, wie wichtig es war, daß auch die traditionell nicht zur Bewegung gehörenden Gruppen wie Parteien und Gewerkschaften intensiv in die Solidaritätsarbeit mit einbezogen wurden.

Mittlerweile konnte die erste Städtepartnerschaft zwischen San Carlos am Rio San Juan und Nürnberg realisiert werden, weitere Bemühungen gibt es etwa zwischen Estelí und Essen und Tipitapa (bei Managua) und Duisburg. Förderkreise für Partnerschaften haben sich in mehr als 15 bundesdeutschen Städten gebildet.

Nicht sehr offiziellen Charakter haben dagegen Aktionen der Solidaritätsbewegung, die sich im Rahmen des zivilen Ungehorsams bewegen und die in nächster Zeit ebenfalls zunehmen dürften. Solche „direkten Aktionen“ stellen eine Verschärfung in der Auseinandersetzung um die Politik der USA zwischen Bewegung und Bundesregierung dar – da die Regierung Proteste nicht ernst und oft nicht einmal zur Kenntnis nimmt, wird das Klima rauher. Deutlichstes Beispiel für die Ignoranz in Bonn war die Reaktion auf die Volksversammlungen der Friedensbewegung im Herbst 1983: Das Kabinett Kohl freute sich über den friedlichen Verlauf der Massendemonstrationen, die in anderen Ländern Regierungen zum Wanken gebracht hätten, und ging zur Tagesordnung über.

Die „neuen“ Aktionen beweisen Phantasie und dürften in dem Maße zunehmen, wie die interventionistische Politik des Westens gegenüber Zentralamerika eskaliert. Auf die Verminung der nicaraguanischen Häfen reagierten die

Komitees mit einer symbolischen Verminung der US-Botschaft, beim Besuch des neuen salvadorensischen Präsidenten Duarte im Juli in Bonn fuhr eine Gruppe von Leuten mit einem Lastwagen im Regierungsviertel vor – auf dem Lkw nachgestellt eine alltägliche Szene aus El Salvador: Soldaten transportieren ihre blutüberströmten Opfer ab.

Auf dem Bundestreffen der Nicaragua-Solidaritätsgruppen wurde eine Resolution verabschiedet, nach der im Rahmen des Machbaren die im Herbst 1984 stattfindenden NATO-Manöver behindert werden sollen, um die Zusammenhänge zwischen „der Kriegsvorbereitung hier und den real stattfindenden Interventionen in der Dritten Welt deutlich zu machen“. Gleichzeitig werden die Komitees zu einer Großdemonstration „Für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika – Gegen Intervention, Hunger, Folter und Mord“ am 3. November 1984 in Bonn aufgerufen, die vom Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung organisiert wird. In dem Aufruf werden der Abzug aller US-Militärs aus Mittelamerika und die Einstellung jeglicher Aggression gegen Nicaragua und gegen die Bevölkerung von El Salvador und Guatemala ebenso gefordert wie die Auszahlung der Entwicklungshilfe an Nicaragua bzw. der Stopp jeglicher Hilfe an die Regime von El Salvador und Guatemala.

In den fünf Jahren seit der nicaraguanischen Revolution hat das Informationsbüro in Wuppertal mehr als fünf Millionen DM an Spenden für die FSLN und für Hilfsprojekte sammeln können, 140 Solidaritätskomitees existieren jetzt in der Bundesrepublik. Die Bewegung wächst. Und sie wird immer lauter.

Nicaragua: Basisdaten

| | |
|---|---|
| Staatsfläche: | Schätzungen variieren zwischen 130 000 und 148 000 qkm, die Landfläche (ohne Seen) beträgt 118 358 qkm. |
| Bevölkerung: | 2,92 Mio. Einwohner (1982) |
| Bevölkerungszuwachs: | jährlich 3,3 % (Durchschnitt 1970–75) |
| Hauptstadt: | Managua (1981: 819 700 Einwohner) |
| Urbanisierungsgrad: | In Städten über 20 000 Einwohner wohnten 1960: 21,2 % und 1975: 35,2 % der Bevölkerung. |
| Durchschnittliche Lebenserwartung: | 57 Jahre (1981) |
| Analphabeten: | 12 % (1981) |
| Währung: | Córdoba; 28 Córdoba = 1 US-Dollar (August 1984) |

Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts 1981–1983 (in %)

| 1981 | 1982 | 1983 |
|------|-------|------|
| 5,30 | -1,18 | 5,09 |

Quelle: Nicaraguanische Zentralbank

Inflationsindikatoren

| | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 |
|--|------|------|------|------|
| Warenkorb zur Deckung des Grundbedarfs | 100 | 110 | 125 | 138 |
| erweiterter Warenkorb | 100 | 128 | 167 | 236 |
| Löhne | 100 | 118 | 137 | 151 |
| Löhne/Warenkorb | 100 | 107 | 110 | 109 |

Quelle: INEC (Nicaraguanisches Institut für Statistik)

Besitzstruktur im Agrarsektor 1984 (in Manzanas, 1 Manzana = 0,705 ha)

| | Fläche | % |
|--|---------|-------|
| Einzelbesitz: mehr als 500 Mzs. | 932,5 | 11,0 |
| 200 bis 500 | 1 021,0 | 12,0 |
| 50 bis 100 | 2 463,0 | 28,9 |
| 10 bis 50 | 710,5 | 8,3 |
| unter 10 | 219,8 | 2,6 |
| Kredit- und Dienstleistungs-kooperativen: | | |
| 50 bis 200 | 107,5 | 1,3 |
| 10 bis 50 | 464,6 | 5,5 |
| unter 10 | 332,2 | 3,9 |
| Produktionskooperativen: | | |
| Staatliche Unternehmen | 1 557,4 | 18,3 |
| TOTAL | 8 508,0 | 100,0 |

Quelle: MIDINDRA (Agrarministerium), aus Envío Nr. 37, herausgegeben vom Instituto Histórico Centroamericano, Managua (IHCA).

Außenhandel in Mio. US-Dollar

| Durch- schnitt der Jahre 1973–1977 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 |
|---|-------|--------|--------|--------|
| Exporte | 442,4 | 503,0 | 500,0 | 408,0 |
| Importe | 539,9 | 930,0 | 999,0 | 776,0 |
| Defizit | -97,5 | -427,0 | -499,0 | -368,0 |
| | | | | -408,0 |

Quelle: Zentralbank Nicaragua und CEPAL, aus Envío Nr. 37.

Auslandsverschuldung und Schuldendienst in Mio. US-Dollar

| Durch- schnitt der Jahre 1973–1977 | 1980 | 1981 | 1982 | 1983 |
|---|------|-------|-------|-------|
| Auslandsschulden | 899 | 1 579 | 2 163 | 2 797 |
| Schuldendienst | 76,3 | 60,0 | 171,0 | 126,0 |

* Der geringe Schuldendienst im Jahr 1983 ist Ergebnis von Umschuldungsverhandlungen.

Quelle: Zentralbank Nicaragua und CEPAL, aus Envío Nr. 37.

Kredite und Schenkungen an Nicaragua (in %)

| | 1978 | 1980 | 1981-82 |
|---|-------|-------|---------|
| USA | 0,11 | 2,58 | 9 |
| Andere kapitalistische Industriestaaten | 0,150 | 0 | 15 |
| Dritte Welt | 0,64 | 0 | 17 |
| COMECON | 0,8 | 2,01 | 0 |
| | 8,61 | 10,00 | 10,00 |

Quelle: „Prinzipien und Politik der nicaraguanischen Regierung“, Junta de Gobierno de Reconstrucción Nacional, aus Envío Nr. 37.

Adressen

Bundesrepublik Deutschland

Informationsbüro Nicaragua e. V.
Katernberger Schulweg 123
Postfach 10 13 20
5600 Wuppertal 1
Tel.: (02 02) 76 05 27
Informationsstelle El Salvador e. V.
Sterntorbrücke 13
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 69 20 30
Informationsstelle Guatemala e. V.
Maistr. 29
8000 München 2
Tel.: (089) 53 66 25
Bundeskongreß entwicklungs-politischer
Aktionsgruppen (BUKO)
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
Tel.: (040) 39 31 56
Christliche Initiative El Salvador e. V.
(CIES)
Kardinal-von-Galen-Ring 45
4400 Münster
Tel.: (02 51) 89 50 03
Forschungs- und Dokumentations-
zentrum Chile – Lateinamerika e. V.
(FDCL)
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel.: (030) 6 93 40 29

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.
Kaiserplatz 3
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 21 06 48
Informationsstelle Lateinamerika e. V. (ila)
Römerstr. 88
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 65 86 13
Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
Kronenstr. 16
7800 Freiburg
Tel.: (07 61) 7 40 03
Karibik Informationszentrum Hamburg
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
Tel.: (040) 3 90 37 45
Medico International e. V.
Hanauer Landstr. 147-149
6000 Frankfurt 1
Tel.: (069) 49 03 50
Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft
Zentralamerika (SSZ)
Coerdestr. 42
4400 Münster
Tel.: (02 51) 27 73 30

Osterreich
Osterreichischer Informationsdienst
für Entwicklungspolitik
Buchvertrieb für Entwicklungspolitik
Tuchladen 13
A-1010 Wien
Tel.: (02 22) 6 33 75 50

Schweiz
Zentralamerika-Sekretariat
Baslerstr. 106
CH-8048 Zürich
Tel.: (01) 493 18 40



Fotos für Umschlagseiten: Cordelia Dilg